58 Fürs Beh.funk
1800 Bedaerode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Albert J. Rasker
Europas Verantwortung für die Welt

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer
Zur Frage der deutsch-israelischen Beziehungen

Gespräch mit dem indischen Außenminister Sardar Swaram Singh

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Planung ohne Planwirtschaft

2,50 DM IX. Jahrgang Dezember **12** 1964

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats November 1964 S. 927

Berichte und Kommentare
Wer siegte in Karlsruhe?
Kairo-Konferenz und Weltfriedenskongreß
Franzel und die „Furche" S. 930

Die Lage
Johannes Weidenheim
Die bitteren Früchte eines Jahres S. 939

Prof. Dr. Albert Rasker, Leiden
Europas Verantwortung für die Welt S. 946

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer
Zur Frage der deutsch-israelischen Beziehungen S. 953

Dr. Michail Wosslenski, Moskau
Gedanken über die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen S. 956

Gespräch mit dem indischen Außenminister
Sardar Swaram Singh S. 961

Dr. Ernest L. Moss
Die DDR auf neuen Wegen S. 963

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Planung ohne Planwirtschaft S. 972

Ulrich K. Preuss
Von den NS-Denkstrukturen und ihrer Langlebigkeit
(Dargestellt am Beispiel des Professors Günther Küchenhoff
in Würzburg) S. 980

Aus der Wirtschaft S. 986

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Nachdrückliche Warnung vor den Notstandsgesetzen
Minuten-Demokratie S. 991

Bücher
Vom Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper
Rußland-Reise mit viel Statistik
Neuerscheinungen S. 994

Fernsehspalte
Die arme Republik S. 1000

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 1001

Dokumente zum Zeitgeschehen
Amerikanische Warnung vor der MLF
Sowjetische Stellungnahme zum MLF-Projekt
Offener Brief zur Frage der deutsch-israelischen
Beziehungen
Telegramm an den SPD-Parteitag in Karlsruhe S. 1002

Berichte und Kommentare

Wer siegte in Karlsruhe?

Der kostspielige Rahmen pompöser Äußerlichkeiten, der den Karlsruher Parteitag der deutschen Sozialdemokratie schmückte, vermochte nicht über den Substanzverlust hinwegzutäuschen, an dem die Politik dieser Partei leidet. Die — von wenigen Ausnahmen abgesehen — perfekte Organisation dieser Mammutveranstaltung machte aber auch deutlich, daß ihre Regisseure über diesen Zustand nicht beunruhigt sind. Sie haben sich die gründliche Liquidierung dessen, was einst als „sozialdemokratische Opposition" zum Begriff geworden ist, zum Ziel ihrer politischen Wirksamkeit erkoren und beglückwünschen sich nun zu den augenfälligen Fortschritten, die die sozialdemokratische Partei unter ihrer Führung auf diesem Wege macht.

Es mag einer auf der marxistischen Methode fußenden Kritik überlassen bleiben, die Frage zu untersuchen, ob die SPD nach diesem Parteitag noch dem Kreis der — im weitesten Sinne — sozialistischen Parteien zuzuordnen ist. Dabei wäre nicht allein die aktuelle Politik der derzeitigen SPD-Führung, sondern auch die soziologische Struktur dieser Partei zu berücksichtigen. Daraus würden sich Rückschlüsse auf die Beantwortung der Frage ziehen lassen, ob der noch immer überwiegende Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft unter bestimmten Bedingungen zu einer Kursänderung der auf einen Abbau der sozialistischen Zielsetzung gerichteten Vorstandspolitik führen könnte.

Die prekäre Situation, in die sich die Bundesrepublik heute durch eine verfehlte Regierungspolitik hineinmanövriert sieht, lenkt das öffentliche Interesse zwangsläufig vor allem auf die Stellungnahmen des Karlsruher Parteitages zu den brennenden Tagesfragen der Innen- und Außenpolitik.

Die Bilanz ist alarmierend. Ohne sich grober Verallgemeinerungen schuldig zu machen, kann man ein nahezu vorbehaltloses Einschwenken des offiziellen SPD-Kurses auf die Positionen der Bundesregierung feststellen. In allen wesentlichen Fragen ist diese regierungskonforme Haltung durch die Entschließungsentwürfe des Parteivorstandes vorfabriziert worden. Der Verlauf des Kongresses veranschaulichte immer wieder das peinliche Bemühen seiner Regisseure Erler und Wehner, das Gemeinsamkeits-Dogma auch dann durchzusetzen, wenn Widerspruch bei einigen Delegierten laut wurde oder Fragen, die ausgeklammert werden sollten, unverhofft in die Debatte hineingezogen wurden. Die Führung der SPD versucht, die Anpassung an die Regierungspolitik mit der Behauptung zu rechtfertigen, es sei das Gebot der Zeit, sich von den parteipolitischen Traditionen zu lösen. Auch auf diesem Karlsruher Parteitag ist die Forderung nach einer Modernisierung der SPD mit der Haltung des Vorstandes zu den zentralen Fragen der Tagespolitik identifiziert worden. Das Einschwenken auf die Positionen der CDU wurde gewissermaßen als Funktion der Modernisierung dargestellt. Damit hat sich der Parteivorstand eines demagogischen Tricks bedient, der dazu dienen soll, den — wie zahlreiche Anträge aus den unteren Organisationen zeigen — durchaus regen Widerspruch gegen die Politik der Zentrale abzuwehren. Das Unbehagen der Mitgliedschaft über die Apologetik der CDU-Politik, erst recht aber die sich entwickelnden konkreten Gegenvorstellungen zum Vorstandskurs in der aktuellen Politik, werden mit dem Hinweis auf die notwendige — allerdings bewußt falsch interpretierte — Moder-

nität der SPD vom Tisch gefegt. Der Parteitag sollte zeigen, daß man dabei auch vor der Anwendung offenen Meinungsterrors nicht zurückschreckte, eine im Parteialltag der SPD ohnehin nicht seltene Erscheinung.

Ganz kraß offenbarte sich dieses rigorose taktische Verhalten des Vorstandes in der Diskussion über die Haltung des Parteitages zum Projekt der multilateralen Atomstreitmacht.

Hier war es in dem von Fritz Erler geleiteten Arbeitskreis „Deutschland und Europas Sicherheit" zu einer vergleichsweise heftigen Debatte über die MLF gekommen. Erler, Verfasser des entsprechenden Entschließungsentwurfs des Parteivorstandes, bekannte sich vorbehaltlos zum Aufbau der NATO-Atomstreitmacht unter Beteiligung der Bundesrepublik. Er argumentierte mit den der CDU-Propaganda entlehnten Thesen, daß kein Staat auf die Dauer einen „minderen Status" in der nuklearen Verteidigung akzeptieren werde und konstruierte als einzig denkbare Alternative zur MLF den Aufbau nationaler Atomstreitmächte nach gaullistischem Rezept. Wer letztere ablehne — und Erlers Haltung dazu ist derzeit ablehnend —, der müsse sich zwangsläufig für die MLF entscheiden. Daß es darüber hinaus noch die Möglichkeit einer atomaren Abstinenz für die Bundesrepublik gibt, erwähnte Erler nicht. Diesen nicht allein praktikablen, sondern für Deutschland einzig vernünftigen Gedanken verfocht dafür Hamburgs früherer Erster Bürgermeister Max Brauer. Im Namen jener SPD-Bezirke, die sich in den Anträgen an den Parteitag gegen die MLF ausgesprochen hatten — und mit Ausnahme des Vorstands-Entwurfs waren alle Anträge zur MLF ablehnend — warnte Brauer vor diesem „unglückseligen, verhängnisvollen Weg", der zu einem neuen atomaren Wettrüsten und damit zu einem Aufleben des Kalten Krieges in seiner alten Stärke führe. Brauer wies zudem auf den für den atomaren Ehrgeiz der Bundesregierung bezeichnenden Umstand hin, daß es nicht etwa die USA seien, die Bonn in Sachen MLF unter Druck setzen, sondern daß umgekehrt Washington von der Bundesregierung zur MLF gedrängt werde. Das habe er in den Vereinigten Staaten selbst von kundiger Seite erfahren.

Brauer vertrat diese Auffassung, die in der SPD eine weit breitere Basis hat, als es in Karlsruhe zum Ausdruck kam, dann auch vor dem Plenum des Parteitages. Hier wurde er von Fritz Erler nicht nur maßlos scharf, sondern auch maßlos unsachlich angegriffen. Der Fraktionsführer der Sozialdemokraten beschuldigte Brauer, mit der Ablehnung der MLF indirekt den Aufbau separater Atomstreitmächte zu befürworten, womit er wiederum Brauers Votum für eine atomare Neutralität der Bundesrepublik ignorierte. Eine bei Erlers vielfach gerühmtem „messerscharfen Intellekt" zweifellos beabsichtigte Fehlinterpretation zum Zwecke der Diffamierung des Andersdenkenden. Er verstieg sich dann aber noch zu einer Erläuterung seines Ja zur MLF, die haargenau in das Repertoire eines Franz Josef Strauß paßt. Erler erklärte nämlich, die MLF bedeute schließlich auch, daß Deutschland in der atomaren Planung mitsprechen und an der Fortentwicklung der atomaren Technik teilhaben könne, was nicht zuletzt auch der Industrie zugute komme. „Dazu gehört auch Hamburg und der Hamburger Hafen", rief Erler voller Erregung aus.

Diese in der Hitze des Gefechts gegen Brauer ausgebreitete Argumentationskette ist gewiß in mehr als einer Hinsicht aufschlußreich und bezeichnend für die politische Gedankenwelt des Fritz Erler. Sie verrät unter anderem, daß die von den führenden Leuten der SPD übernommenen CDU-Leitsätze — viele glaubten und glauben wohl noch, dies sei aus taktischen Gründen erfolgt — auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Sie werden eifrig ausgebaut und weiterentwickelt. Das Argument, die MLF diene der deutschen Industrie im allgemeinen und Hamburg im besonderen,

war von der CDU jedenfalls bislang noch nicht zu hören. Und wie hier von Erler das Streben nach atomarer Mitplanung mit Skrupellosigkeit und persönlichem Engagement gegenüber einem bewährten sozialdemokratischen Politiker verfochten wurde, das wäre fürwahr eines Franz Josef Strauß würdig gewesen. Eine Bejahung des Projekts einer multilateralen Atomstreitmacht, dessen Verwirklichung der Bundesregierung den Zugang zu atomaren Waffen fraglos erleichtern würde, präjudiziert Entscheidungen in den anderen Fragen der internationalen Politik. Wer sich für die MLF ausspricht, und zwar in voller Kenntnis ihres politischen Hintergrundes und ihrer errechenbaren Folgen, der kann schlechterdings kein glaubwürdiger Förderer der weltweiten Entspannungstendenzen sein, der kann sich nicht vorbehaltlos dafür einsetzen, daß die bundesdeutsche Politik auf eine Verständigung mit dem Osten im Rahmen unserer nationalen Belange orientiert wird. Der sozialdemokratische Parteitag in Karlsruhe hat sich in diesem Sinne durchaus logisch verhalten.

So hat sich auf diesem Parteitag eine Mehrheit gefunden, die — entgegen früheren Beschlüssen — die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten ablehnt, weil sie es für richtiger hielt, die Hallstein-Doktrin zu übernehmen, jenes für die deutsche Außenpolitik so verhängnisvolle Dogma, das vor kurzem noch von der SPD mit großer Schärfe und auch heute durchaus gültigen Argumenten verworfen wurde. Diese Ablehnung diplomatischer Kontakte erfolgt zu einer Zeit — und hier bietet sich eine Parallele zur Bejahung der MLF —, da diese starre Haltung auch im Westen bereits als unzeitgemäß und hemmend erkannt wird. Die sozialdemokratische Führung hat die fatale Neigung, Vorstellungen und Pläne der CDU immer dann zu übernehmen, wenn sie sich eindeutig als überholt erwiesen haben.

Natürlich soll man nicht übersehen, daß auf dem SPD-Parteitag nicht selten auch einer Verbesserung des Verhältnisses zum Osten das Wort geredet wurde. Es verdient wohl auch Beachtung, daß Willy Brandt den Austausch von Handelsmissionen, beziehungsweise seine diplomatische Vorbereitung ausdrücklich als Erfolg sozialdemokratischer Politik charakterisierte. Er empfahl, auf diesem Wege fortzufahren. Jedoch wird man bei einer realistischen Betrachtung dieser Passagen in den Parteitagsreden zu der Erkenntnis kommen müssen, daß eine strikte Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze, die demonstrative Forderung nach der Wiederherstellung der Grenzen von 1937, die Unterstützung der Aktivität der Vertriebenenverbände und ihres für eine demokratische Partei doch wohl suspekten Präsidenten, des SPD-Vorstandsmitglieds Wenzel Jaksch, schließlich die Weigerung, sich klar vom Münchner Abkommen zu distanzieren, daß diese Festlegungen einer tatsächlichen Normalisierung unseres Verhältnisses zum Osten die Grundlage entziehen.

Auch auf innenpolitischem Gebiet hat die SPD-Führung in einigen entscheidenden Fragen ihrem Programm — soweit es auf diesem Parteitag überhaupt deutlich wurde — ein Profil zu geben gewußt, das dem der CDU stellenweise zum Verwechseln ähnlich sieht. Zahlreiche Anträge aus der Mitgliedschaft, die sich klar gegen die von der Regierung geplante Notstandsgesetzgebung richteten, wurden ignoriert. Der Parteitag sanktionierte nicht nur die Mitarbeit an den Notstandsgesetzen, er räumte auch alle wichtigen sozialdemokratischen Vorbehalte aus dem Wege, die in letzter Zeit — so auch auf dem Kölner SPD-Parteitag vor zwei Jahren — gegen die Notstandspläne der Regierung gemacht wurden.

Mit der Annahme des vom Vorstand eingebrachten Entschließungsentwurfs ignorierte der Parteitag auch jene Mahnungen, die von zahlreichen um die Aufklärung der Bevölkerung in der

Notstandsfrage bemühten Kreisen außerhalb der SPD an ihn herangetragen wurden. So beispielsweise die klaren Anti-Notstandsbeschlüsse des DGB, den Appell einer Stuttgarter Forumsdiskussion, an der bekannte Rechtswissenschaftler teilnahmen (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"), und auch den auf Flugblättern verbreiteten Protest des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gegen die Bereitschaft der SPD zu einer „einschneidenden Änderung unserer Verfassung". Die Mehrheit des Parteitages akzeptierte bedauerlicherweise das Argument Erlers, Normen für den Notstand seien angeblich schon darum nötig, weil die Bundesregierung das Fehlen einer gesetzlichen Regelung benutzen würde, um unbeschränkte Vollmachten „auf dem Umweg über die Alliierten" zu erlangen. Dieses Scheinargument, das an dem — in dieser Zeitschrift ausführlich behandelten — politischen Kern der Frage vorbeizielt, soll die Gefahr verschleiern, die für die innere Ordnung dieses Staates von einer die Verfassung nicht nur ändernden, sondern notwendigerweise verletzenden Einräumung totaler Vollmachten für die Regierung ausgeht. Einwände, die in Karlsruhe gegen den Komplex des inneren Notstandes in den Gesetzentwürfen des Innenministeriums erhoben wurden, vermögen nicht die Gefahr zu beseitigen, die von den übrigen Normen ausgehen. Außerdem ist es nach diesem Parteitag mehr als fraglich geworden, ob sich die SPD-Fraktion im Bundestag selbst in diesen Einzelfragen noch energisch zur Wehr setzen wird.

In welch geradezu groteskem Maße dieser SPD-Parteitag die Vorstellungen der CDU reflektierte, zeigte sich auch an der Diskussion um die Verjährungsfristen für NS-Verbrechen. Entgegen zahlreichen Anträgen, die kategorisch und wohlbegründet eine solche Verlängerung forderten, entschied die Mehrheit dagegen. Vorstandssprecher Jahn hatte dem Plenum eine Version angeboten, derzufolge sich eine Verlängerung als „letzten Endes verfassungsrechtlich nicht gangbar" erweisen könnte; man möge statt dessen fordern, daß in den noch verbleibenden Monaten die Verfolgung der NS-Verbrechen forciert werde. Der Parteitag beschloß so.

Die hier angesprochenen Probleme sind — neben dem wirtschaftspolitischen Sektor, auf dem ebenfalls die Hinwendung zu den Maximen der CDU-Politik vollzogen wurde — nach wie vor die Grundsatzfragen sozialdemokratischer Politik. Dessen ungeachtet nahmen sie im Programm des Parteitages sowohl zeitlich als auch hinsichtlich des sachlichen Niveaus ihrer Erörterungen einen nur untergeordneten Raum ein. Den Regisseuren von Karlsruhe ging es nicht darum, vor dieser nach den Satzungen wichtigsten Instanz der Partei eine politische Alternative zur verfehlten Regierungspolitik zu erarbeiten. Sie strebten vielmehr danach, dem Kabinett Erhard eine personelle Alternative entgegenzusetzen. Die Verwirrung und das Gegeneinander im Regierungslager, dessen Ursachen im politischen Versagen der gegenwärtigen Führungskräfte liegen, inspirierten die SPD-Führung lediglich dazu, als Kontrastprogramm einen Parteitag der Einheit und Geschlossenheit über die Bühne gehen zu lassen, auf dem den „im Zustand dumpfer Verwunderung" (Süddeutsche Zeitung) verharrenden Delegierten eingeredet wurde, daß die SPD die kommende Wahl um so sicherer gewinnen werde, je weniger sie politisch auffalle.

Wir wollen hier keine Prognosen über den Ausgang der Bundestagswahl aufstellen. Trotz der in bombastischer Rhetorik dargebotenen Siegeszuversicht des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin weiß der Parteivorstand, wissen die Delegierten und erst recht die Mitglieder, daß die Entscheidung der Wähler von Faktoren abhängt, die die SPD noch längst nicht in den Griff bekommen hat. Denn eines dürfte unbestreitbar sein: mit der Be-

schränkung auf eine personelle Alternative zur CDU würde sich die SPD in die Hand der derzeitigen Regierungsparteien geben. Der selbstgefällige Hinweis auf die eigene Geschlossenheit im Gegensatz zum Durcheinander beim Gegner, verliert seine Wirkung schnell, wenn es Barzel, Rasner und Dufhues noch einmal gelingt, angesichts einer drohenden Wahlniederlage die CDU/CSU-Mannschaft — und sei es auch nur kurzfristig — zu einen. Die neuerdings auf politische Marktforschung spezialierte SPD-Führung wird wissen, daß Erhard vorerst hierzulande noch immer „beliebter" ist als Willy Brandt. Wer beweisen will, daß er anders, besser ist als die abgewirtschaftete CDU, deren Politik von der Bevölkerung in zunehmendem Maße als gefährlich, den deutschen Interessen abträglich erkannt wird, der wird ein eigenes politisches Profil zeigen müssen.

Horst Heiden

Kairo-Konferenz und Weltfriedens-Kongreß

Der Weltkongreß für Frieden und internationale Zusammenarbeit in Neu-Delhi (14. bis 18. November) folgte rasch auf die Konferenz der Staatschefs der blockfreien Länder, die vom 5.—10. Oktober in Kairo zusammengekommen waren und dort ein detailliertes „Programm für Frieden und internationale Zusammenarbeit" entworfen hatten. In Kairo waren 57 Staaten vertreten, nach Neu-Delhi hatten 48 Nationen und 12 internationale Organisationen ihre Delegierten entstandt. 20 der in Neu-Delhi repräsentierten Nationen waren auch Teilnehmer der Kairo-Konferenz.

So muß man die beiden Konferenzen zusammensehen, um ihre Bedeutung für die Weltpolitik zu verstehen. Was in Kairo als ein Programm von Regierungen konzipiert war, die in ihrer Einstellung zu einigen Grundfragen unserer Zeit übereinstimmen und vereint dieser Einstellung ein größeres Gewicht verleihen wollen, das galt es nun in Neu-Delhi als Losung einer weltweiten Massenbewegung zu formulieren, die auch in solchen Staaten ihre Anhänger hat, deren Regierungen nicht den Leitideen von Bandung, Belgrad und Kairo folgen. Das heißt: was in Kairo letztlich aus der gemeinsamen Interessenlage und zeitgeschichtlichen Position der Entwicklungsländer erwachsen war, hatte sich vor dem anders zusammengesetzten Forum der Weltfriedensbewegung zu bewähren. Es mußte sich zeigen, ob das Wort eines indischen Delegierten — „Nonalignement ist nicht allein eine Politik der ehemaligen Kolonialvölker" — in Gegenwart von Angehörigen der Großmachtstaaten standhalten würde.

Gewiß, es war eine andere Ebene; und die Teilnehmer einer Weltfriedenskonferenz sind sich gemeinhin über die Ablehnung von Militärpakten, Rüstungsmaßnahmen und Aggressionen einig. Immerhin sind es aber doch Realpolitiker aus allen Ländern, die das Zusammenkommen und die möglichen Bedingungen einer Friedensordnung der Welt erörtern, so daß ihre Ergebnisse einen Beweiswert für die Anwendbarkeit der von den „Blockfreien" aufgestellten Thesen bekommen.

So etwa konnte das Redaktionskomitee der Kommission für Entspannung und friedliche Koexistenz, dem ich angehörte, im wesentlichen auf die Punkte der Kairo-Deklaration zurückgreifen, als es seine Resolution formulierte und die Vorbedingungen für eine friedliche Koexistenz herausarbeitete: Respekt vor der Souveränität aller Staaten, ob groß oder klein, und vor der Sicherheit ihres Gebietsstandes; Respekt vor dem Völkerrecht und eingegangenen internationalen Verpflichtungen; Bereinigung aller Probleme zwischen Nachbarstaaten — einschließlich Grenzfragen — durch friedliche Verhandlungen, die direkt oder durch Vermittlung befreundeter Staaten stattfin-

den können; Verzicht auf den Gebrauch von Gewalt in internationalen Beziehungen, möge diese die Form militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Drucks annehmen; unmittelbares und unbedingtes Recht aller Völker auf Unabhängigkeit; das Recht aller Völker und Länder, ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles System ohne äußere Einmischung zu wählen; internationale Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Dienste des Wohlstandes der Nationen. — Diese Punkte sind weder utopisch noch parteiisch; sie sind einfach die formalen Bedingungen der Möglichkeit des Zusammenlebens von Menschengruppen, die sich nicht auf den bellum omnium contra omnes und auf das Überleben des Stärkeren verlassen wollen. Und sie sind so konkret, daß die Lösung des indisch-chinesischen Grenzkonflikts durch Vermittlung der befreundeten Staaten der Colombo-Konferenz ebenso darin eingeschlossen ist wie die Lösung der deutschen Frage durch unmittelbare innerdeutsche Verhandlungen. Das heißt: die hier niedergelegten allgemeinen Bedingungen der Möglichkeit friedlicher Koexistenz sind anwendbar auf die besonderen Bedingungen der aktuell bestehenden Spannungsfelder in der Welt. So etwa müßten sich bei strikter Anwendung der Koexistenzresolution unter Abwägung der jeweiligen Konstituentien einer Spannungssituation für alle der etwa zwanzig akuten Gefahrenzonen dieser Welt Wege der Befriedung aufzeigen lassen.

Naturgemäß mußte Indien bei dieser Konferenz eine führende Rolle zufallen. Nehru hatte noch kurz vor seinem Tode die Einberufung der Konferenz begrüßt, sie wurde mit einer eindrucksvollen Feier zu Ehren seines fünfundsiebzigsten Geburtstages eröffnet. Und immer wieder wurden von Rednern aller Nationen der Name und der Geist Nehrus beschworen. Er war gleichsam der spirituelle Schirmherr des Kongresses. Sein Nachfolger, Premierminister Lal Bahadur Shastri, hielt eine sorgfältig abgewogene einstündige Rede vor dem Plenum, in der er sich und die Politik der indischen Regierung mit der Arbeit der Weltfriedensbewegung identifizierte — eine offizielle Anerkennung und Unterstützung, die dieser Bewegung bisher nur aus dem Lager der sozialistischen Staaten zuteil geworden war. Auch sonst ließ sich der Rang, den der Weltfriedensrat gewonnen hat, am Rang der Delegationen abmessen: Finnlands Vertretung wurde vom Parlamentsabgeordneten Matti Kekkonen, dem Sohn des amtierenden Präsidenten, angeführt. Die Arabische Liga ließ sich offiziell als teilnehmende Organisation einschreiben, was der Kongreßleitung einiges Kopfzerbrechen bereitete, da sie den Nicht-Regierungs-Charakter der Konferenz gewahrt wissen wollte. Die algerische Delegation wurde von einem Mitglied des Politbüros der FLN geleitet, aus Ghana war der Verteidigungsminister angekündigt, der allerdings in letzter Minute nicht kommen konnte. Und so ließe sich die Liste der Prominenz aus allen Teilen der Welt fortsetzen. Stark war die Teilnahme der gelehrten und literarischen Welt — etwas zahlreicher hätten wohl die Männer der ökonomischen Praxis anwesend sein sollen.

Wäre der Moskauer Vertrag über die teilweise Einstellung der Atomwaffenversuche von allen Staaten der Erde unterzeichnet worden, so hätten wohl die Ziele der Genfer Abrüstungskonferenz den Hauptpunkt des Kongresses bilden müssen. Indessen schlossen sich Frankreich und China den Vereinbarungen von 1962 nicht an und lösten beide neue nukleare Testexplosionen aus. So bildete auch diesmal wieder die Atomgefahr ein wesentliches Thema des Kongresses — und der Wille der Teilnehmer, ihr vordringlichstes Bemühen als deutlich wahrnehmbare Warnung der Welt kundzutun, mußte sich noch einmal der Atomwaffenfrage zuwenden. Als Alarmruf und als politisch-moralisches Postulat wurde ein-

stimmig der „Appell von Neu-Delhi" verabschiedet. Er lautet:

„Die ständige Zunahme der Herstellung und Verbreitung nuklearer Waffen, die Fortdauer nuklearer Versuche und die Erweiterung der Zahl der Atommächte haben eine schwere Bedrohung der ganzen Menschheit geschaffen. Nur eine vereinte Aktion der Völker kann diese Bedrohung beenden. Wir appellieren an alle Regierungen, die sich an dem atomaren Wettrennen nicht beteiligen, und an alle Regierungen, die gewillt sind, sich jenen anzuschließen, ohne Verzug zusammenzukommen und zu fordern:

1. einen totalen Bann auf alle Atomwaffen und Massenvernichtungsmittel;

2. eine sofortige Beendigung der Herstellung aller Arten nuklearer Waffen und aller Formen der Erprobung dieser Waffen;

3. die Zerstörung bestehender Vorräte;

sowie in Verbindung mit den Völkern die Mittel und Aktionen zu studieren, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen."

Darüber hinaus faßte der Kongreß in neunzehn Einzelresolutionen seine Einschätzung der Weltlage und seine Vorschläge zusammen. Vier dieser Resolutionen galten den Hauptthemen: Entspannung und friedliche Koexistenz; Abrüstung; Kolonialismus und nationale Unabhängigkeit; internationale Zusammenarbeit. In 15 Einzelerklärungen wurden die Spannungsgebiete behandelt, die aus fremder Einmischung oder Überresten alter Kolonialherrschaft entstanden sind. Dabei sei vermerkt, daß unter dem Einfluß des Bundesgeschäftsführers der Deutschen Friedensunion, Pfarrer Heinrich Werner, zum erstenmal eine Verpflichtung der arabischen Regierungen und Völker ausgesprochen wurde, eine friedliche Lösung des Israel-Problems zu suchen. Das für Deutschland besonders gravierende Projekt der MLF wurde in der Abrüstungsresolution berücksichtigt:

„Der Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Errichtung einer multilateralen nuklearen Flotte innerhalb der NATO ist ein äußerst gefährlicher Vorstoß, weil er gegebenenfalls dazu führen würde, der einzigen europäischen Regierung, die noch auf die Gebiete anderer Nationen Ansprüche erhebt, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Zugang zur Kontrolle über Atomwaffen zu verschaffen. Die Konferenz nimmt mit Befriedigung von dem wachsenden Widerstand der Bevölkerungen in allen NATO-Ländern, einschließlich der Bundesrepublik, gegen diesen Plan Kenntnis und unterstützt voll und ganz die Feldzüge der verschiedenen Friedensorganisationen in den NATO-Ländern gegen die MLF und für eine vereinte Demonstration in Paris anläßlich der Dezembertagung des NATO-Rates. Wir teilen die Überzeugung der Friedenskräfte überall, daß die Annahme der MLF der Sache des Friedens in der Welt und allen Hoffnungen auf eine Fortsetzung der Ost-West-Entspannung einen schweren Schlag zuführen würde."

Damit hat nun, so scheint mir, die Weltfriedensbewegung einen Punkt erreicht, an dem eine Änderung ihrer bisherigen Methoden fällig wird. Gingen die Weltkongresse in der Vergangenheitv im wesentlichen darauf aus, eine gemeinsame Linie und übereinstimmende Standpunkte zu den Grundfragen zu erarbeiten und durch das Gewicht einer breit fundierten Massenbewegung einen Einfluß auf die Regierenden auszuüben, so kann man heute sagen, daß dieses Ziel in gewissem Sinne erreicht ist. Zwar gilt es, die gewonnene Position zu erhalten und auszubauen, die Massenbasis darf nicht aufgegeben werden; hinzukommen muß nun aber eine neue konkrete Aufgabenstellung: die in langen Jahren der Diskussion gewonnenen Erfahrungen gilt es jetzt in der Ausbreitung detaillierter Einzelvorschläge für die Lösung bestimmter Spannungsknoten fruchtbar zu machen. Die an der Friedensbewegung beteiligten Organisationen, Insti-

tutionen und Einzelpersonen wären in der Lage, in kleineren Spezialkonferenzen sich nacheinander die Gefahrenherde für den Weltfrieden vorzunehmen und auf der Basis der allgemeinen Resolutionen Pläne auszuarbeiten, die den beteiligten Regierungen und allen Nationen beweisen würden, daß unter Wahrung der vernünftigen Interessen der Kontrahenten Entspannungsmöglichkeiten bestehen. Damit würde eine Basis für die Intensivierung der Arbeit späterer Weltkongresse gegeben und zugleich der realpolitische Einfluß der Bewegung erheblich erweitert. Die weitgehende Identität der Thesen des Weltfriedenskongresses von Neu-Delhi und des Programms der blockfreien Staaten gestattet eine Ausdehnung der Friedensarbeit auf gleichsam vor-diplomatische Erörterungen und Kontakte. Der Erfolg des Kongresses von Neu-Delhi ermutigt, diesen Schritt weiter in der Entwicklung der Weltfriedensbewegung zu gehen.

Hans Heinz Holz

Franzel und die „Furche"

Eine „offensichtlich zwischen Moskau, Prag und Wien sitzende einheitliche Kampfleitung" habe eine Atmosphäre geschaffen, in der man nicht arbeiten könne, so ließ sich Oberregierungsrat a. D. Dr. Emil Franzel vernehmen, ehe er Wien ein wenig überstürzt verließ. Sein Besuch war auf eine Ablehnung von so seltener Einmütigkeit gestoßen, daß man sich an die besten Zeiten eines patriotischen österreichischen Widerstandes erinnert fühlen konnte. Es handelt sich um den Versuch der Okkupation der katholischen Wochenschrift „Die Furche", die aus einer nach Franzels Auffassung bedauerlichen „regionalen" Verkümmerung herausgeführt und in ein Sprachrohr einer Franz Joseph Strauß unterstützenden und gleichzeitig Otto von Habsburgs Rückkehr die Wege ebnenden Politik verwandelt werden sollte.

Nun gehört zu den erfreulichsten Erscheinungen unter den nicht eben zahlreichen und keineswegs immer erfreulichen Wiener Zeitschriften gerade diese „Furche", eine kulturpolitische, von dem verstorbenen Dr. Friedrich Funder, dem Chefredakteur der seinerzeitigen christlich-sozialen „Reichspost", gegründete Wochenschrift. Nach dem Tod des auch von seinen Gegnern stets mit großem Respekt behandelten Mannes hat das Blatt zwar gewisse Wandlungen durchgemacht, ist jedoch bis heute unter der Chefredaktion des jungen Dr. Kurt Skalnik stets das Organ eines unorthodoxen, sehr österreichisch akzentuierten Katholizismus. Zu den bedeutenden ständigen Mitarbeitern zählen neben dem Historiker und Publizisten Friedrich Heer noch eine Reihe anderer Schriftsteller von ungewöhnlich hohem Niveau, die für österreichischen Patriotismus, aber auch für Neutralität des Landes und für friedliche Koexistenz eintreten. Zu einem Gespräch mit jener linkskatholischen Gruppe (zu deren Gründern neben Heer auch der verstorbene Soziologe der Wiener Universität, Prof. August M. Knoll und dessen Schüler Wilfried Daim gehören) habe man ihm keine Gelegenheit gegeben, beklagte sich Emil Frenzel.

Der Leitartikel der Nummer vom 14. November, gezeichnet von Kurt Skalnik, analysiert unter der Überschrift „Mitteleuropa" die Bedeutung des Besuches des österreichischen Außenministers Kreisky in Budapest und schließt:

„Als »einen der großen Umschlagsplätze der Welt« erkannte gerade der Gründer der „Furche", Friedrich Funder, Österreich, dessen Aufgabe es sei dem europäischen und dem Weltfrieden zu dienen. Deshalb müssen wir bleiben, was wir sind."

Dem nur einigermaßen Eingeweihten

war es klar, gegen wen sich diese Sprache richtete. Denn im Zimmer des ehemaligen Herausgebers Funder wartete bereits ein neuer Mann auf die Übergabe: Dr. Emil Franzel, führender Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Intimus von Franz Joseph Strauß, der ihm gesagt haben soll: „Ich muß Gott auf den Knien danken, daß ich Sie habe."

Der ehemalige Lehrer und pensionierte bayerische Beamte glaubte sich offenbar nicht länger mit dem Wirkungskreis im Münchner „Volksboten" und in der Würzburger „Deutschen Tagespost" begnügen zu können. Inzwischen hat ihn der Proteststurm außer Landes getrieben, er hat das Kuratorium des Wiener Herold-Verlages gebeten, ihn unter Hinweis auf die eingangs zitierte Begründung von seinen Verpflichtungen zu entbinden. —

Emil Franzel, der in der sudetendeutschen Sozialdemokratie begann — der verstorbene Chefredakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung" Oskar Pollak nannte ihn einen „Doppelrenegaten" —, beweinte 1937 noch Masaryk mit Krokodilstränen, wurde 1938 Leiter der Prager „Urania", von der er bereits im November desselben Jahres der deutschen Gesandtschaft berichtete, „er werde den jüdischen Einfluß dort so rasch wie möglich liquidieren". Er gehörte bereits vor dem Einmarsch Hitlers in Prag zu den Getreuesten von Henlein.

Bei solcher Vorgeschichte konnte ihm die Entwicklung Österreichs in der Nachkriegszeit begreiflicherweise nur ein Dorn im Auge sein. Zum österreichischen Staatsvertrag wußte er nur zu sagen: „Für die anscheinend unaufhaltsam fortschreitende Fellachisierung Europas ist vielleicht nicht einmal so sehr die Schaffung eines Protektorates Österreich bezeichnend als die Tatsache, daß man diesen Akt als Befreiung feiern kann ..." (Deutsche Tagespost, 18. Mai 1955.)

Gegen Sätze wie „ein überregionales Blatt für den gesamten süddeutschen Raum" ist man hier sehr empfindlich geworden. Eine der wenigen Stellungnahmen für Franzel versuchte gleichzeitig die Abwehr gegen ihn als sich zusammenrottende „Volksfront" zu diffamieren. Nicht zufällig, daß diese Stimme aus einer großen Tageszeitung kam, zu deren Ressortchefs ein Mann gehört, der nach Aussage sowohl des „Spiegels" wie der „Zeit" als Propagandachef von Franz Joseph Strauß gilt. Doch hat die überwiegende Mehrheit der Wiener erfreulicherweise unmißverständlich bekundet, daß Befürworter Otto von Habsburgs, Goldwaters und ähnlicher Tendenzen hier nicht am Platz sind.

Elisabeth Freundlich, Wien

Gespräch mit dem indischen Außenminister Sardar Swaram Singh

Der indische Außenminister Sardar Swaram Singh hatte die Freundlichkeit, unseren Mitarbeiter Hans Heinz Holz im Anschluß an die Weltkonferenz für Frieden und internationale Zusammenarbeit in Neu-Delhi (vgl. auch „Berichte und Kommentare") am 20. November 1964 zu einem Informationsgespräch zu empfangen. Wir veröffentlichen im folgenden in Übersetzung aus dem Englischen die Passagen dieser Unterhaltung, die sich auf die Probleme der Sicherung des internationalen Friedens beziehen. *D. Red.*

Holz: „Wir sind Euer Exzellenz sehr dankbar, daß Sie uns die Gelegenheit zu diesem Gespräch geben. Wir haben bei der Weltkonferenz für Frieden und internationale Zusammenarbeit mit tiefer Bewegung die Rede gehört, die Ihr Premierminister, Mr. Lal Bahadur Shastri, vor dem Plenum dieser Konferenz gehalten hat. Wir sind überzeugt, daß der Kongreß, der eine so nachdrückliche Unterstützung durch die indische Regierung gefunden hat und dessen Programm mit den Prinzipien der indischen Politik so sehr in Einklang steht, wesentlich zum Abbau der Spannungen in der Welt beitragen kann. Wir in Deutschland sind an jeder Chance der Entspannung mit Rücksicht auf unser geteiltes Land besonders interessiert. Und wir sind überzeugt, daß die Politik der Blockfreiheit, die von Ihrem verstorbenen Premierminister, Jawaharlal Nehru, konzipiert wurde, auch auf unser Land anwendbar wäre."

Swaram Singh: „Die Politik des non-alignement ist zweifellos nicht eine indische Originalerfindung und nicht auf Indien beschränkt. In Indien allerdings ist die Methode, politische Ziele auf friedlichem Wege und mit gewaltlosen Mitteln durchzusetzen, seit der Zeit des Widerstandes gegen die Engländer populär geworden. Als Konzeption internationaler Politik bedeutet non-alignement einfach, daß einem Staat in kritischen Situationen der Weltentwicklung die Hände nicht durch Bündnisverträge gebunden sind und er sich frei für eine friedliche Lösung einsetzen kann. Der Gedanke des non-alignement hat sich mehr und mehr in der Welt durchgesetzt und stellt einen bedeutenden stabilisierenden Faktor in der Weltpolitik dar."

Holz: „Wir sind von dem indischen Beispiel einer Politik friedlicher Koexistenz stark beeindruckt. Wir und unsere Freunde in der Bundesrepublik Deutschland bemühen uns auch, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf dieses Beispiel zu lenken und daraus Lehren für die eigene deutsche Politik zu ziehen."

Swaram Singh: „Die Grundsätze des non-alignement sind natürlich nicht überall und in allen Situationen gleich anwendbar. Indessen können auch innerhalb der Militärblöcke die Staaten eine Politik des Friedens und der Versöhnung betreiben, statt einer Politik, die Konflikte schafft und die Verständigung erschwert. Eine aus dem Geiste der Versöhnung erwachsene Politik würde den Charakter der Militärblöcke entscheidend verändern und entschärfen und zur Verbesserung der internationalen Lage beitragen."

Holz: „Selbstverständlich wissen wir auch, daß die Blockbindung nur Schritt für Schritt abgebaut werden kann. Wir sind jedoch der Meinung, daß die bisherige Linie der Integration der beiden Teile Deutschlands in die jeweiligen militärischen Bündnissysteme die Vereinigung unseres Landes erschwert und einen ständigen Herd der Spannung in Europa darstellt, der auf die allgemeine Weltsituation zurückwirken muß, weil die beiden Großmächte darin verwickelt sind."

Swaram Singh: „In der Tat sind die Probleme Deutschlands sehr schwierig. Vor allem aber ist die Erkenntnis wichtig, daß diese Probleme von den Deutschen selbst gelöst werden müssen. Was Krieg bedeutet, wissen die Deutschen selbst am besten; sie haben die Zerstörungen in ihrem Lande gesehen und haben schwere Menschenverluste erlitten. Und doch ist der letzte Krieg nur geringfügig gewesen gegenüber dem, was jeder künftige Krieg angesichts der heute existierenden Massenvernichtungsmittel werden müßte. So ist es eigentlich selbstverständlich, daß die Deutschen aus den Erlebnissen des letzten Krieges gelernt haben, nur eine Politik des Friedens könne der Menschheit und auch ihnen selbst dienen."

Holz: „Im Zusammenhang mit dem Abbau der internationalen Spannungen und der Verminderung der enormen Rüstungsausgaben wird immer wieder darauf hingewiesen: die heute für Rüstungszwecke aufgewandten Mittel würden besser und volkswirtschaftlich sinnvoller für die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungsländern eingesetzt. Wir waren von der Not, die in Ihrem Lande herrscht, tief erschüttert und bewundern die Leistungen Ihrer Regierung beim Aufbau einer modernen Landwirtschaft und Industrie. Aber wir sind uns bewußt, wie viel auf dem von Ihnen beschrittenen Wege noch zu tun bleibt und stellen uns vor, daß die reichen Mittel Deutschlands bei einer Verminderung der Rüstungslasten im Rahmen der internationalen Entspannung in einem weitaus größeren Umfang als bisher für Wirtschaftshilfe in den Entwicklungsländern freigesetzt werden könnten."

Swaram Singh: Die indische Regierung ist der festen Überzeugung, daß es der bessere Weg ist, Wirtschaftsentwicklung statt Rüstung zu betreiben. Bereits ein kleiner Teil der Rüstungsaufwendungen der Welt würde ausreichen, um den Lebensstandard in den Entwicklungsländern erheblich zu verbessern und zu einer Linderung der dringendsten Not beizutragen. Insofern ist ein Erfolg der Abrüstungsbemühungen ein vitales Interesse der Menschheit im ganzen und müßte auch zu einem neuen ökonomischen Impuls in den industriell hochentwickelten Staaten führen. Im übrigen gibt es natürlich auch jetzt zahlreiche Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Beziehungen Indiens zu Deutschland sowohl in der Vielfalt als auch im Umfang beachtlich zu erweitern."

Hans Heinz Holz schreibt uns dazu noch:

Es war deutlich zu spüren, daß die ungelöste Deutschlandfrage auch in Indien Sorge bereitet und eine innerdeutsche Verständigung von der indischen Regierung begrüßt werden würde. Wenn sich Minister Swaram Singh auch bemühte, mit seinen Äußerungen nicht in Probleme einzugreifen, die — von Indien aus gesehen — als solche der deutschen Innenpolitik betrachtet werden müssen, so gab doch schon die Art, wie er sich einer Einmischung in die internen Probleme des anderen Landes enthielt, Aufschluß über die darin angelegte Grundhaltung: das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander ist als innerdeutsches Problem aufzufassen; die Bindung Deutschlands an Militärblöcke sollte durch einen Geist der Versöhnung gemildert und überwunden werden; die Rüstungsaufwendungen sind weltpolitisch und volkswirtschaftlich unerfreulich — ein Aspekt, der dem früheren Industrieminister, der seine jetzige Funktion auch wesentlich unter dem Gesichtspunkt des Außenhandels versteht, natürlich besonders naheliegen muß. Und immer wieder klang die Sorge um die Erhaltung des Friedens durch, die Minister Swaram Singh seinem Besucher mit auf den Weg gab.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang Dezember 1964 Heft 12

Chronik des Monats November 1964

1. 11. — Südvietnam. Bei einem Angriff auf den US-Stützpunkt Bien Hoa in der Nähe von Saigon vernichten Einheiten der Vietvong-Armee sechs amerikanische Düsenbomber und beschädigen elf weitere Flugzeuge. Das Pentagon gibt die Zahl der im laufenden Jahr in Vietnam gefallenen amerikanischen Soldaten mit über einhundert an. — Am 29. 11. beruft Präsident Johnson seinen Botschafter in Saigon, Taylor, „zur Berichterstattung" nach Washington, um über neue militärische Maßnahmen zu entscheiden.

2 11. — Jemen. Vertreter der seit September 1961 in einen Bürgerkrieg verwikkelten königlichen und republikanischen Truppen handeln nach einer längeren, durch Vermittlung von Präsident Nasser und Prinz Faisal von Saudi-Arabien zustandegekommenen Geheimkonferenz einen Waffenstillstand aus. Auf einer weiteren Zusammenkunft soll über die politische Zukunft des Landes entschieden werden.

3. 11. — USA. Die Bevölkerung stimmt mit großer Mehrheit für eine weitere Amtsperiode Präsident Johnsons. Für die von ihm geführte Liste der Demokraten werden 61,6% der Stimmen abgegeben, Senator Goldwater und seine Republikanische Partei erhalten 38,9%.

— Großbritannien. Mit der traditionellen Thronrede, die das Arbeitsprogramm der Labourregierung enthält, eröffnet Königin Elisabeth II. das neugewählte Parlament. Als Hauptziele in der Außenpolitik werden die Minderung der Ost-West-Spannung und weitere Maßnahmen zur Abrüstung genannt. Die gegenwärtige Verteidigungsstruktur (einschließlich der atomaren Bewaffnung) sei nach verschiedenen Gesichtspunkten „zu überprüfen". Das Kabinett kündigt Gesetzentwürfe über die Verstaatlichung der Stahlindustrie und die Wiedereinführung der staatlichen Mietenkontrolle an. — Am 10. 11. trifft Außenminister Gordon Walker in London mit Bürgermeister Brandt zusammen und erneuert bei dieser Gelegenheit die „britischen Verpflichtungen bezüglich Berlins".

— Bundeswehr. Der parlamentarische Wehrbeauftragte Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye, der seit Monaten heftigen Angriffen aus den Reihen der CDU/CSU ausgesetzt war, erklärt seinen Rücktritt.

4. 11. — Bolivien. Nach einer Militärrevolte muß Präsident Estenssoro demissionieren und das Land verlassen. Chef einer neugebildeten Militärjunta, der ein „Revolutionsrat" zur Seite steht, wird der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Barrientos Ortuno.

— Europa-Pläne. Das Auswärtige Amt unterbreitet den Mitgliedstaaten der EWG

den Text der seit langem angekündigten Vorschläge zur „fortschreitenden europäischen Einigung". Die Bundesregierung schlägt darin vor, „innerhalb eines bestimmten Zeitraumes einen Vertrag über die Europäische Politische Union auszuarbeiten und dabei auch die Voraussetzungen für den Beitritt weiterer europäischer Staaten festzulegen". Zur Vorbereitung sollten Konsultationen zwischen den Regierungen „in den Bereichen der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kultur" stattfinden.

— Israel. In der Fragestunde des Bundestages antwortet Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt auf eine entsprechende Frage, die Bundesregierung beabsichtige zur Zeit nicht, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Diese Haltung liege „im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten". (Vgl. den Beitrag in diesem Heft.)

7. 11. — Sowjetunion. Anläßlich der Feiern zum 47. Jahrestag der Oktoberrevolution konferieren in Moskau führende Politiker der osteuropäischen Staaten mit dem neuen Parteichef Breschnew und Ministerpräsident Kossygin. Albanische Vertreter sind nicht eingeladen. Vom 8. bis 12. 11. trifft der chinesische Ministerpräsident Tschu En Lai, der sich ebenfalls in Moskau aufhält, verschiedentlich mit den Mitgliedern des Parteipräsidiums zu Beratungen über die Beilegung der ideologischen Meinungsverschiedenheit zusammen. — Am 16. 11. wird der frühere Chefredakteur der Regierungszeitung „Iswestija" Alexej Adschubej „wegen begangener Fehler" aus dem Zentralkomitee der KPdSU ausgeschlossen. — Am 20. 11. schreibt das Organ der KP Chinas, „Rote Fahne", die Absetzung des früheren Partei- und Regierungschefs Chrustschow sei unabhängig von ihren möglichen Gründen ein „großer Sieg der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt" und ein „Fiasko des modernen Revisionismus". Die „Rote Fahne" fordert die Bekämpfung des Chrustschowismus" in der internationalen Arbeiterbewegung.

— Japan. Zum Nachfolger des wegen schwerer Krankheit zurückgetretenen Regierungschefs Ikeda bestellt das Parlament Eisaku Sato.

11. 11. — NS-Verbrechen. Staatssekretär von Hase berichtet über eine Sitzung des Bundeskabinetts vom 5. 11. zur Frage der Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Das Kabinett sei „nach langer Diskussion zu der Überzeugung gekommen, daß eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Verbrechen mit rückwirkender Kraft durch Artikel 103 des Grundgesetzes ausgeschlossen ist". Die Bundesregierung erklärt in einem Aufruf, sie sei bis zum Ablauf der Frist, am 9. Mai 1965, bereit, alle Unterlagen über solche Verbrechen zur Ermittlung der Täter von allen Seiten entgegenzunehmen. — Am 9. 11. hatte auch die ungarische Regierung den Verjährungstermin aufgehoben. Das belgische Parlament verabschiedet ebenfalls am 11. 11. ein Gesetz, das die Verfolgungsfrist für schwere Vergehen gegen die Sicherheit des Landes während der Besetzung bis zum Jahre 1975 verlängert.

12. 11. — Berlin. Die im Passierscheinprotokoll vom 25. September vereinbarte vierzehntägige Besuchsperiode läuft ab. In der Zeit vom 30. 10. bis 12. 11. besuchten 571 000 Westberliner ihre Verwandten im östlichen Teil der Stadt.

13. 11. — Bundestag. Das Plenum behandelt eine große Anfrage der SPD zur Europapolitik und den Beziehungen zwischen Bonn und Paris. (Zum gleichen Thema hatte sich wenige Tage vorher der frühere Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Dr. Adenauer geäußert und dabei die Bundesregierung und besonders Minister Schröder wegen ihrer „kühlen Haltung" gegenüber Frankreich kritisiert. Am 9. und 10. 11. führte Adenauer in Paris Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle.) Im Verlauf der Parlamentsdebatte widerspricht Bundeskanzler Erhard den umlaufenden Gerüchten über einen Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes.

14. 11. — Kernwaffen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS warnt in einer Erklärung vor der Errichtung einer multilateralen Atomstreitmacht, die eine Verstärkung des atomaren Wettrüstens zur Folge haben würde. Die MLF, so heißt es weiter, biete den „„militaristischen Kreisen in der Bundesrepublik" die Möglichkeit, sich „den Schlüssel zu den Atomwaffenarsenalen zu erkaufen". (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen")

18. 11. — USA/Sowjetunion. Botschafter Kohler und Außenminister Gromyko unterzeichnen in Moskau einen Ver-

trag über gemeinsame amerikanisch-sowjetische Forschungen zur Umwandlung von Meerwasser in Süßwasser mit Hilfe der Atomenergie.

19.—20. 11. — E F T A. In Genf tritt der Ministerrat der Europäischen Freihandelszone zusammen, der neben Großbritannien, die skandinavischen Länder, Österreich, die Schweiz und Portugal angehören. Im Verlauf der Sitzung wird scharfe Kritik an den kürzlich eingeführten britischen Importabgaben geübt.

20. 11. — U N O. Generalsekretär U Thant vertritt in seinem Jahresbericht die Ansicht, die bisher nicht in New York vertretenen Staaten sollten in die Lage versetzt werden, „Kontakte mit der Weltorganisation zu unterhalten und den Beratungen zu folgen", wie es bisher schon den Nichtmitgliedern mit Beobachterstatus möglich sei. Bisher nicht vertreten sind neben der Volksrepublik China vor allem Nordkorea, Nordvietnam und die DDR. — Am 30. 11., am Vorabend der 19. Vollversammlung, führen in New York die Außenminister der USA und der Sowjetunion, Rusk und Gromyko, ein Gespräch über aktuelle Fragen.

21. 11. — V a t i k a n. In Rom endet die dritte Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils. Am 19. 11. hatten Beobachter über einen „Tumult in St. Peter" berichtet, als der Präsidialrat unter Leitung von Kurienkardinal Tisserant die Abstimmung über das „Schema über die Religionsfreiheit" vertagt. Eine von vielen Bischöfen unterstützte Petition an Papst Paul VI. blieb ohne Erfolg.

22. 11. — F r a n k r e i c h. In einer Rede zum 20. Jahrestag der Befreiung von Straßburg plädiert Staatspräsident de Gaulle für „die Schaffung eines europäischen Europa", das in politischer, wirtschaftlicher und auch militärischer Hinsicht unabhängig von den Vereinigten Staaten sein müsse. Der „Prüfstein" für die weitere Entwicklung der EWG sei eine fristgerechte Einigung über gemeinsame Agrarpreise.

22.—23. 11. — I t a l i e n. Stimmenverluste für die Christlichen Demokraten und ihren Koalitionspartner, die Sozialisten, Gewinne für die Liberalen und Kommunisten sind das Ergebnis der Wahlen zu den Kommunalvertretungen und 74 Provinzräten.

23.—29. 11. — S P D. Im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Parteitages steht ein Grundsatzreferat des Vorsitzenden Willy Brandt über die „Vorschläge der deutschen Sozialdemokratie zur Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft". Zur Abstimmung gelangen zahlreiche Anträge und Entschließungen. Auf der Schlußsitzung benennt Brandt, der ebenso wie seine beiden Stellvertreter Erler und Wehner von den Delegierten in seinem Amt bestätigt wird, eine zehnköpfige „Regierungsmannschaft" für den Fall eines Wahlsieges der SPD im Herbst 1965. (Vgl. „Berichte und Kommentare".)

24. 11. — K o n g o. Über der von Gegnern der Regierung besetzten Stadt Stanleyville setzen amerikanische Truppenflugzeuge belgische Fallschirmjäger ab. Die militärische Intervention wird in Brüssel und Washington mit der Notwendigkeit einer Hilfe für die in den umkämpften Gebieten internierten Ausländer begründet. Einen Tag später rücken Regierungstruppen in Stanleyville ein. Am Sitz der Vereinten Nationen protestieren zahlreiche Regierungen afrikanischer und asiatischer Länder gegen das Vorgehen Belgiens und der Vereinigten Staaten. — Am 29. 11. beginnt der Rücktransport der belgischen Luftlandeeinheiten.

25. 11. — D D R. Das Finanzministerium verfügt einen obligatorischen Geldumtausch für westliche Besucher der DDR und Ostberlins. Die Tauschquote beträgt im Verhältnis 1 : 1 für Besucher aus der Bundesrepublik und für Ausländer 5,— DM, für Besucher Westberlins 3,— pro Tag. Ausgenommen sind Rentner und mitreisende Kinder. Die Anordnung erfolgt mit dem Hinweis auf die in Westberlin „illegal tätigen Wechselstuben".

28. 11. — W e l t r a u m. Amerikanische Wissenschaftler starten die Raumsonde „Mariner 4", die den Planeten Mars im Juli 1965 erreichen soll.

29.—30. 11. E W G. Bundeskanzler Erhard empfängt Vertreter des Bauernverbandes und der Koalitionsparteien zu abschließenden Gesprächen über die bevorstehende Entscheidung über eine westeuropäische Agrarpreisordnung. Es wird beschlossen, den übrigen EWG-Mitgliedsstaaten einen einheitlichen Getreidepreis zum 1. Juli 1967 vorzuschlagen.

Die Lage

Johannes Weidenheim

Die bitteren Früchte eines Jahres

I.

Es neigt ein Jahr sich seinem Ende zu, das kaum jemandem sonst ein so gerüttelt Maß Enttäuschungen und Mißerfolge gebracht haben kann wie unserer Bundesregierung in Bonn und den sie stützenden Kräften. Wenn wir das feststellen und mit ein paar besonders markanten Beispielen zu belegen versuchen, so bewegt uns dazu alles andere mehr als Schadenfreude oder Genugtuung, sondern einfach jene staatsbürgerliche Misere (und die Suche nach Auswegen aus ihr), die in unserem äußerlich so kraftstrotzenden Staat längst wie eine Seuche um sich zu greifen begonnen hat.

Allein schon am Exempel des MLF-Projekts könnte bis ins einzelne analysiert werden, daß und warum Bonns Macht-Träume nicht Wirklichkeit geworden sind — und zumindest solange nicht mehr Wirklichkeit werden können, als sie auf deutsche militärische Vormachtstellung in Westeuropa gerichtet sind, die zu gegebener Stunde dann die gesamte eigene, mit Hilfe mechanistischer vertraglicher und faktischer Verschlingungen vor allem aber auch die Stärke aller Verbündeten in die Waagschale einer Revision im Osten werfen würde. Wenn eine diesbezügliche Klarstellung noch erforderlich gewesen wäre, so hat das Jahr 1964 sie erbracht: keiner der Verbündeten Bonns betreibt eine Politik, aus der auch nur die Spur der Hoffnung abgeleitet werden könnte, die „deutschen Kastanien im Osten" würden vielleicht doch noch von anderen aus dem Feuer geholt werden.

Bonn hatte darauf gedrängt, den MLF-Vertrag noch vor Jahresende unter Dach und Fach zu bringen. So nahe am Ziel man sich geglaubt haben mochte, so weit ist man in Wirklichkeit in diesen letzten Wochen 1964 davon entfernt, und es kann keinen bewußten und sich für die Zukunft des deutschen Volkes verantwortlich fühlenden Bundesbürger geben, der die ernüchternde Entwicklung seit dem Sieg der Labour Party und de Gaulles massiven Interventionen nicht mit vorläufiger Erleichterung zur Kenntnis nähme: aus der MLF, in der Gestalt, wie v. Hassel sie mit verdächtiger Hartnäckigkeit anstrebte und wie sie für die Beziehungen zur Weltmacht Sowjetunion vermutlich das Überschreiten des Kritischen Punktes bedeutet haben würde, wird es, wenigstens zunächst einmal, nichts werden: es ist Zeit gewonnen worden, die strategische Gesamtlage und die Nukleartendenz der NATO unter dem Aspekt des Entspannungsklimas von Grund auf neu zu durchdenken. Am Ende dieses Prozesses sollte nur der vollständige Verzicht auf jede wie auch immer geartete Nuklearpolitik stehen können, die den Kalten Krieg von neuem beleben müßte.

Auch die Gestalwerdung der EWG steckt, über alle nur organisatorischen Malaisen hinaus, in einer substantiellen Krise. (Um es an dieser Stelle gleich zu sagen: Alle diese Struktur- und Umwandlungskrisen, die es auf vielen Gebieten und in allen Industrieländern in Ost wie West gibt, sind Ausdruck des weltweiten, tiefgreifenden Umwandlungsprozesses von der Überlieferung zur Moderne, vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert, und daß dann

auch kleineuropäische Protektionspläne aus den 50er Jahren in den 60ern vorne und hinten nicht mehr klappen wollen, ist nur natürlich.) In der Frage des Getreidepreises hat Bonn sich mit seinem Kronverbündeten von gestern, Paris, bis auf den Grund überworfen. Ein so klarer, scharfer Denker wie Pisani hat im Blut-und-Boden-Mythen verhafteten, emotional und rein traditionell argumentierenden westdeutschen Bauernführer Rehwinkel keinen ebenbürtigen Gegenspieler. Mag D. Gerstenmaier (der zu unser aller Schreck plötzlich seine Lust für große Politik entdeckt zu haben scheint) das Volk noch so augurenhaft beschwichtigen, Frankreichs Ultimatum in der Frage des Getreidepreises sei gar kein Ultimatum (der große General habe ihm das persönlich versichert): alle Welt weiß, daß es eben doch ein Ultimatum ist — auch wenn es vielleicht prolongiert werden sollte. Einem „Bild"-hörigen Volk kann man zwar vieles weismachen; aber nicht auf die Dauer. Konrad Adenauers Paradestück (und übrigens auch sein einziger gewonnener außenpolitischer Skat in seinem ganzen langen Leben), die gloriose „Freundschaft mit Frankreich", droht von Bonn verspielt zu werden — ohne daß, und das ist dabei das Entscheidende, zugleich die Umrisse einer größeren multilateralen, das Kleinere fruchtbringend und vorwärtsdrängend in sich aufnehmenden Lösung, politisch wie militärisch, sichtbar wären.

Zählen wir weitere bittere Früchte dieses Jahres auf: Vergebens hat Bonn sich im Kreise seiner Verbündeten dafür stark gemacht, den Sowjets keine über 5 Jahre hinaus laufenden Kredite zu gewähren; nun macht also auch Frankreich diese aus der Periode des Rollback-Aberglaubens stammende Sperr-Politik nicht mehr mit. Mit dramatischer Geschwindigkeit wird immer deutlicher, daß de Gaulle sich an die engen und ängstlichen Vorstellungen seiner Freunde aus der Kleinstadt Bonn am idyllischen Rhein nicht gebunden fühlt: nach der Anerkennung der Volksrepublik China empfängt er nun der Reihe nach die Außenminister der osteuropäischen Verbündeten Moskaus und des kommunistischen Jugoslawien, und er wäre nicht der, der er ist, wenn das alles nur in platonischen Unverbindlichkeiten stecken bliebe. Auch hier droht dem verschlafenen, im Netz seiner eigenen Doktrinen gefangenen Bonn die Entwicklung davonzulaufen: Frankreich, nicht Deutschland, wird es sein, das sich den Völkern des Ostens als westeuropäische Kulturnation ins Gedächtnis bringt.

Nehmen wir zu allem Überfluß auch noch die im Verlaufe dieses Jahres 1964 ruchbar gewordene Krise d e s Unternehmens hinzu, in das wir alle seit Jahren unser meistes Geld und bestimmte Kreise ihr ganzes Prestige stecken: der Bundeswehr. Was da von Vizeadmiral Heye (und nach ihm plötzlich auch von anderen!) an Mängeln, Problemen, Webfehlern aufgedeckt wurde, läuft letzten Endes auf die zulässige Gesamtfeststellung hinaus: unsere Bundeswehr, das stärkste Landheer Westeuropas, weiß heute im Grunde nicht so recht, wozu sie da ist. Aus dieser Disproportion zu sich selbst erklären sich alle Störungserscheinungen, die dem Staatsbürger (vielleicht doch noch nicht zu spät) publik gemacht zu haben, ein Verdienst Heyes bleiben wird — auch wenn dieser wackere Mann zum Schluß den Fehler beging, sein Amt freiwillig zu räumen, lediglich auf internen Druck hin, und nicht erst, wie es fruchtbringender gewesen wäre, nach einem offenen Skandal vor aller Welt. (Natürlich gehört bei uns nicht viel dazu, einen im politischen Taktieren und Finassieren unbewanderten aufrechten, biederen Kerl zum Resignieren zu bewegen: Heye hatte womöglich auf konsequente Deckung durch die Sozialdemokraten gehofft — und als die dann, wie so oft schon in der neueren deutschen Geschichte, ausblieb, hatten die Kräfte der Reaktion wieder einmal das leichteste, risikoloseste Spiel.)

Die ursprüngliche Konzeption der Bundeswehr: äußerster östlicher „Schild" einer gigantischen, auf den sofortigen „massiven Vergeltungsschlag" dressierten

Waffenmaschinerie zu sein, hat sich in diesen unseren dramatisch schnellen Jahren in kurzer Zeit so sehr abgenutzt, daß man ruhig sagen kann: sie liegt beim alten Eisen. Man kann nicht beliebig lang ohne Folgen auf „massive Vergeltung" dressieren, wenn sich allmählich auch für die Profis des Kriegspielens herausstellt, daß ja gar kein Angriff drohe. Und auch die Leitidee der „Vorwärtsverteidigung" (die gleichfalls den Nuklearschlag im Gewande führt) kann nicht typenbildend wirken, wenn jedermann weiß (und es wissen es auch diejenigen, die es nicht zugeben), daß der Weg der „Vorwärtsverteidigung", unbeirrbar weitergegangen, nur in der Einäscherung unseres Landes enden kann. Welcher Bundeswehrangehörige kann so irrsinnig sein, diese Perspektive ungerührt ins Auge zu fassen? So steht dieser hochgeschossene Knabe Bundeswehr mit nicht ganz mitgekommenen inneren Organen etwas linkisch da, eingeschworen auf ein Konzept von gestern (von dem klar geworden ist, daß es nicht mehr geht) und von den Traditionalisten daran gehindert, sich in Aufbau, Stil und Bekenntnis (etwa durch Umwandlung in ein Berufsheer) auf die einzig sinnvolle — und dann auch unsere Steuergelder verdienende — Alternative einzutrainieren: auf den Fall, daß eines Tages ein fremdes Heer unprovoziert die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland überschreiten sollte. Alles andere geht auf die Dauer weit über unsere Möglichkeiten, ohne daß der Block der „politischen Lösungen" (im Osten), der von unserer Superstärke bewegt werden soll, sich von der Stelle rührte. Im Gegenteil: seit der Ablösung Chrustschows scheint er, wenn das überhaupt möglich war, noch schwerer, noch unverrückbarer geworden zu sein.

Dies offensichtlich spürend, geben, nebenbei bemerkt, bei uns seit ein paar Wochen Leute vor, dem gleichen N. S. Chrustschow nachzuweinen, dem sie, solange er im Besitze der Macht war, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften außenpolitische Erfolge verweigerten und sich die Hände rieben, wenn sie sahen, daß die ihm immer wieder von neuem aufgezwungenen Rüstungskosten seine innenpolitischen Programme belasteten. Nun, da er nicht mehr da ist, läßt man durchblicken, man habe mit ihm verhandeln wollen, eventuell. Die gleiche Heuchelei wurde seinerzeit kolportiert, nachdem Stalin gestorben oder Malenkow gestürzt war. Man verhandelt, im Geiste selbstverständlich, immer nur mit denen, die nicht mehr da sind.

Dieser Stil ist ein persönliches und politisches Erbe aus der Zeit, als Konrad Adenauer deutscher Kanzler war: das Übertreiben verständlicher diplomatischer Unaufrichtigkeit bis zum Boykott der Realität und bis zur Schizophrenie. Indessen, nicht dieses allein ist uns von Adenauer überkommen; es geistern heute in Bonn viel schwerer wiegende Schemen aus seiner „Ära" herum. Der Verfasser dieser Zeilen hat in dieser Zeitschrift vor Jahren einmal geschrieben, man könne Konrad Adenauer nur wünschen, daß er steinalt werde und bis an sein Ende im Amt bleibe, damit er die Früchte seiner Politik noch selber ernte. Leider ist er dieser Verantwortung entgangen — was ihn nicht daran hindert, alle die hier angedeuteten und andere Sackgassen mehr, in denen Bonn gelandet ist, arglistig seinem Nachfolger anzukreiden: als habe nicht er selbst, Konrad Adenauer und kein anderer, die Weichen so gestellt, daß die Folgen eines Tages gar nicht anders eintreffen konnten, als sie eingetroffen sind.

Allerdings sollen solche Personalia unsere letzte Sorge sein; auch hat Prof. Erhard infolge seiner hervorstechendsten Eigenschaft: zuerst aufzubegehren und dann den Schwanz einzuziehen, uns bisher wenig Grund gegeben, Mitleid mit ihm zu empfinden, — obwohl der rasante Verschleiß seines Nimbus innerhalb 14 Monaten nicht nur ein persönliches, sondern auch ein politisches Debakel ist: ein weiteres Glied in der Kette der bitteren Bonner Früchte des Jahres 1964.

II.

Das zwielichtige Verhältnis, das die Bundesregierung zu den Landsmannschaften und Vertriebsorganisationen unterhält, vor allem zur gut organisierten Sudetendeutschen Landsmannschaft (die Reaktionäre waren in Deutschland immer besonders gut organisiert), signalisiert abermals eine Stufe auf dem Wege zu Restauration und Revision, in die dieses mit allen seinen schöpferischen, Werte schaffenden Kräften nach vorne drängende Land von einer unbelehrbaren Minderheit zurückgepreßt werden soll. So ist es in der Tat: Nicht nur, daß die Sudetendeutschen eine kleine Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland darstellen, es gehören ihrer Landsmannschaft auch bei weitem noch nicht alle an, und doch maßt sich dieser verbliebene Rest der Allgemeinheit gegenüber Forderungen an, die um so radikaler werden, je mehr diese Leute sich von der internationalen Entwicklung an die Wand gedrückt spüren.

Und niemand wagt es, ihnen Halt zu gebieten und ihnen endlich reinen Wein einzuschenken! Die CSU und CDU nicht, weil sie es vielleicht gar nicht wollen (jedenfalls sind sie den Beweis des Gegenteils bisher schuldig geblieben), die FDP nicht, weil sie sich scheut, den Männern aus den eigenen Reihen, die eine Lippe riskierten, beizuspringen, und die SPD nicht, weil sie auf die Wählerstimmen der Vertriebenen spekuliert (wie die anderen Parteien natürlich auch) und weil sie meinen mag, in ihrem Parteigenossen Wenzel Jaksch stehe letzten Endes (z. B. im Vergleich zu Schellhaus) doch ein Mann der Mäßigung an der Spitze der Vertriebenenverbände. Aber was hat die Welt davon, daß Herr Jaksch einst Antifaschist und ein Gegner Henleins war, wenn er heute in das gleiche Horn stößt wie damals Henlein. Schließlich war er nicht damals bundsrepublikanischer Politiker, sondern heute.

Der Beobachter des alarmierenden Vorgangs, daß (über die Vertriebenenverbände hinaus) die gutwillige, zur Versöhnung entschlossene Mehrheit — die für sich längst auf dem Boden der neuen Tatsachen einen neuen Anfang vollzogen hat — sich von radikalen Minderheiten (international aber z. B. auch von den Arabern in der Politik Bonns gegenüber Israel) erpressen und sich den Willen zum Krieg tendierender Mächte aufzwingen läßt, muß den Eindruck bekommen, daß hier (womöglich unbewußt) wieder einmal die Staatsform der Demokratie in den Augen des deutschen Bürgers so lange ausgehöhlt und entwertet werden soll, bis erneut „der starke Mann" aus der Versenkung auftaucht... Denn wer anders als ein „Führer" könnte die unverantwortlichen Hoffnungen, die die Demokratie den Vertriebenen macht, auch wirklich „einlösen"?

So hat uns die Praxis der Sackgassen nicht nur in ein politisches, sondern auch in ein moralisches Dilemma gestürzt. Man sage nicht, Politik und Moral hätten nichts miteinander zu tun: Ein Blick nach Bonn belehrt uns über das Gegenteil.

Wenn man Israel Geld zusteckt, aber die diplomatische Anerkennung verweigert; wenn man die deutschen Raketenspezialisten in Ägypten rhetorisch verurteilt, aber weiter gewähren läßt; wenn man der CSSR gegenüber beiläufig erklärt, man habe an sie keine territorialen Forderungen, zugleich aber als freiwilliger Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches das „Münchner Abkommen" (auf dem die Abtrennung Westböhmens von der Tschechoslowakei durch Hitler basierte) nicht in aller Form aufkündigt; wenn man Freiheit predigt und nach Notstandsgesetzen strebt; wenn man beteuert, man wolle die „verlorene deutsche Heimat im Osten nur mit friedlichen Mitteln" wiederhaben, zugleich aber, wie besessen, die Große Bombe nicht aus den Augen läßt; und wenn man schließlich für die „Brüder und Schwestern in der Zone menschliche Erleichterungen" fordert, ohne den Staat, in dem sie leben und arbeiten, anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln: dann stimmt in allen diesen und vergleichbaren weiteren Fällen

nicht nur politisch, dann stimmt vor allem moralisch etwas nicht. Dann ist des Menschen klarstes Gut, die Integrität des Gedankens, in Gefahr. Dann droht tatsächlich, wie der Rat der EKD zum Buß- und Bettag von den Kanzeln herab verkünden ließ, die „Diktatur der Unanständigkeit": allerdings aus einer gänzlich anderen Ecke! (Aber wie kämen wir nach allen bisherigen Erfahrungen dazu, von einer kirchenrätlichen Mahnung auf einmal die wahren Urheber des „Verfalls genannt zu bekommen.)

Möge der westdeutsche Wirtschaftswunderbürger, der das alles bisher sanktioniert oder geduldet hat, in dieser heiligen Weihnachtszeit mit ihrer stillen Ermunterung zum Nachdenken (wenn er dazu vor Konsumieren und „Feiern" überhaupt noch kommt) ein bißchen der echten, nicht der vorgetäuschten Moral auf die Spur kommen: der Moral, die sich weder im Transzendenten noch im Sexuellen erschöpft (wohin Gesellschaftskrisen so gern abgebogen werden), sondern am Hier und Heute praktizierend mißt: im Politischen verwirklicht und vom Wirklichen ihre schönste (und einzig wahre) Würde erhält.

Dazu würde, wenn wir schon davon sprechen, auch die Erkenntnis zählen, daß man nicht gut zuerst dem Erhard'schen Konsumevangelium des Den-Kanal-nicht-vollkriegen-könnens huldigen kann, um dann aber, wenn der Kanal tatsächlich nicht voll werden will, diejenigen zu schmähen, die den Wunderbringer beim Wort genommen haben.

III.

Mit der Vokabel „gesund" ist in biologistischer Verblendung in Deutschland einst viel blutiger Unfug getrieben worden, aber man kann schließlich nicht einen plastischen Begriff aus der Sprache eliminieren, nur weil er einmal mißbraucht worden ist: Also, die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bedürfen in einer bestimmten Hinsicht erst noch ganz schlicht der G e s u n d u n g , bevor unser Staat sich organisch in die Völkerfamilie integrieren läßt. Wir meinen damit die bisher noch nicht zum Allgemeingut gewordene Erkenntnis, daß die Bundesrepublik sich politisch, kulturell, wirtschaftlich, militärisch selbst im Wege steht, solange sie die Krankheit des Revisionismus (des Mehrwollens, als was 1945 ihr beschieden) nicht aus sich herausgeschwitzt hat. Wir meinen konkret, daß die Bürger der Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit erst noch lernen müssen, an diesem ihrem Nachfolgestaat des Zweiten Weltkrieges g e n u g zu haben.

Unser Staat ist nicht gesamtdeutsch; Gesamtdeutschland gibt es, zumindest staatspolitisch genommen, nicht mehr. Unser Staat ist die Bundesrepublik Deutschland: zu i h r sagen wir Ja, auf dem Boden i h r e s Grundgesetzes stehen wir. Mehr aber auch nicht: Unsere Dynamik hat sich innerhalb, nicht außerhalb der vom Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen zu entfalten! Jedes darüber hinausgehende missionarische Verlangen trägt den Keim der Apokalypse in sich; die Welt dürfte sich schwerlich ein drittesmal von einem wie auch immer etikettierten deutschen Expansionsdrang düpieren lassen.

Wenn der Freiherr zu Guttenberg mit der ihm eigenen gepflegten Ignoranz postuliert, die Bundesrepublik Deutschland k ö n n e gar nicht an sich selbst genug haben, sie m ü s s e nach Osten wirken, dann ist das zwar nicht dasselbe wie das, was im Kopf eines manchen alten Offiziers und eines manchen Vertriebenenbosses rumoren mag (o nein, es ist schon feiner gemeint), aber das gleiche ist es eben doch, der gleichen Wurzel entsprungen: der Weigerung, sich mit dem Spruch der Geschichte abzufinden, und der alten Wahnvorstellung vom deutschen Sendungsauftrag.

Damit geraten wir international in eine immer größere Isolierung; denn wir sind im Osten wie im Westen, im Süden wie im Norden von Völkern umgeben,

die von den Deutschen erwarten, „daß sie endlich Ruhe geben". Und nicht in der Epoche der technischen Massenzivilisation, der Entwicklungshilfe, der globalen Zusammenarbeit, der riesigen Produktions- und Bildungsplanungen wegen nationaler Hegemonien aus einer versunkenen Zeit den dritten Welkrieg provozieren.

Sollen diese Erwartungen (die vor allem im deutschen Interesse selbst liegen, auch wenn die aufgeputschte Millionengemeinde um den Springer-Konzern das nicht geglaubt) Aussicht auf Realisierung haben, so muß in Bonn eine neue Politik, vor allem eine neue Ostpolitik ihren Einzug halten. Meinetwegen nicht von heute auf morgen, nicht radikal, sondern Schritt um Schritt. Aber wer soll eine solche neue Politik kreieren und wer sie gegen den Widerstand der Extremisten durchsetzen (nachdem man diesen so viele Jahre hindurch den Mund wässerig gemacht hat)? Die gegenwärtige Regierungsmannschaft hat sich öfter als nötig und lautstärker als vertretbar dagegen ausgesprochen; sie ist zum Gefangenen ihrer eigenen Dogmen geworden. Bliebe als Hoffnung die SPD-Mannschaft. Soeben wurde sie beim Karlsruher Parteitag voll Zuversicht der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun, physiognomisch hat sie gegenüber unserer jetzigen Regierung nach meinem Geschmack ein deutliches Plus. Da ist offensichtlich ein Mehr an Intellekt investiert als bei den Repräsentanten der alten Stände. Auch darf diese große Partei sich rühmen, bis hinunter an die Basis über ein großes personelles und fachliches Reservoir zu verfügen?

Aber wird sie mit ihren Pfunden wuchern? Wird sie allmählich das Steuer herumziehen, wenn sie 1965 die Bundestagswahl gewinnen sollte? Wird sie darangehen, dieses Land und dieses Volk vom Dämon aller seiner irregeleiteten Machtambitionen zu erlösen? Nichts deutet bisher darauf hin; die Taktik der „Anpassung" (an Bonn) wurde in Karlsruhe auf die Spitze getrieben. Taktik oder Glaubensbekenntnis? Das bleibt vorerst undurchsichtig (und soll es ja wohl auch bleiben). Die Nervosität, mit der man in Bonn auf den Karlsruher Parteitag und seinen Optimismus reagiert hat, läßt beinahe den Schluß, man fürchtet dort im stillen, es könnten hier echte Alternativkräfte hinter dem Schild einer ausgefeilten, überlegenen Taktik nach vorne drängen. Ist es in Deutschland noch denkbar, daß solche „Befürchtungen" etwas für sich haben?

Wenn aber nicht — wer soll uns d a n n heraushelfen aus all dieser Verkrampfung, die es uns zum Beispiel plausibler erscheinen lassen möchte, Beziehungen zum fernen China anzuknüpfen als zum anderen deutschen Staat vor unserer Tür? Dann müßten wir wieder einmal von außen „befreit" werden, wie damals, als die Deutschen nicht aus eigener Kraft mit Hitler fertig zu werden vermochten. Bis heute jedenfalls müssen die Kräfte der Entspannung in der Bundesrepublik ihren Optimismus hauptsächlich im Ausland beziehen: in den Hauptstädten unserer westlichen Verbündeten. Paris läßt die ersten Silhouetten eines großen Arrangements mit dem Osten (unabhängig von Amerika) über die Kulissen der Weltbühne geistern, aus dem neuen London des tatstarken Harold Wilson müssen die Bonner Dogmatiker stündlich den Blitzstrahl eines Disengagement-Planes befürchten, und Washington zeigt trotz aller Bonner Pressionen und trotz mancher Widersprüche im Detail keine Neigung, die große Linie der Entspannungsstrategie zu verlassen.

Erst neulich wieder hat Dean Rusk Bonn animiert, eine „aktivere" Politik „gegenüber Ostberlin" zu betreiben. Undenkbar und unvereinbar mit dem Geist der 60er Jahre, daß er damit eine Intensivierung der Forderungen und Ansprüche gegenüber „Pankow" gemeint haben könnte. In die große Linie der Entspannungsstrategie paßt nur noch eins: eine Aktivierung nicht mit Zielrichtung auf Revision, sondern mit Zielrichtung auf Arrangement. Dabei kann es freilich auf die Dauer nicht bei einer, und wenn auch noch so aktiven, Politik „gegenüber" Ostberlin

bleiben, sondern es muß, peu à peu, zu einer Politik „mit" Ostberlin kommen. Das Minimum an nationaler Grund-Strömung, das man den Deutschen auch nach Hitler zugestehen muß, wird dabei mithilfen.

Zu den Schüssen vor den Bug, die der gegenwärtige Bonner Kurs im Verlaufe des Jahres 1964 hat hinnehmen müssen (bis jetzt, wie es scheint, ungerührt), gehört in vorderster Reihe der Abschluß des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der DDR. In gewissen Kreisen bei uns hatte man vordem hinter vorgehaltener Hand vernehmen können, Eingeweihte wüßten, daß den Sowjets „die Zone" für 30 Milliarden feil sei. Seither (und erst recht nach dem Amtsantritt der neuen Kremlherren Kossygin und Breschnew) sind alle solche Kombinationen und Wuschträume verstummt. Und es wurde ja auch höchste Zeit — denn wie lange noch wollen wir unsere Kräfte (die wir ganz anderswo bitter nötig brauchen, zum Beispiel auf dem Felde der Bildung) an Chimären verschwenden?

Während wir, dem Gesetz der Trägheit folgend, nach wie vor alle unsere Ausstrahlungen in den Osten auf „Aufweichung" abstellen, ist die SED drüben in aller Stille nach schwerem Ringen „aus dem Schneider gekommen". Die 60jährigen Funktionäre, oft auch beim besten persönlichen Willen aus ideologischer Engstirnigkeit nicht mehr herausfindend, werden planmäßig von 30jährigen abgelöst, beweglichen, gutgeschulten jungen Leuten ohne Sentimentalität und ohne Predigerdrang. Die evangelischen Landeskirchen auf dem Staatsgebiet der DDR, Jahre hindurch Schutz- und Trutzburgen der Gegner des Regimes, rücken immer mehr von Bischof Dibelius' These ab, kommunistische Behörden seien im Sinne der Schrift keine „Obrigkeit", und gewinnen ein zunehmend unbefangenes, aktives Verhältnis zu ihrem Staat. Die junge Intelligenz hat zwar zu einem erheblichen Teil sehr wohl eine Vorstellung von einer Alternative zu Walter Ulbricht, nicht aber zum Sozialismus: Der Sozialismus fängt in der DDR selbstverständlich zu werden an. Was die Menschen bewegt, ist kaum noch die Frage nach seiner Abschaffung, als vielmehr nach seiner Verbesserung, Liberalisierung und Humanisierung, und an der Erreichung dieser Ziele arbeiten alle mit. Und „dagegen sein" ist im weitaus größten Teil aller Fälle schon lange kein „für die Bundesrepublik sein" mehr.

So bildet sich in dem gleichen Maße, wie der größere westdeutsche Staat lernen muß, an sich selbst genug zu haben, der kleinere ostdeutsche heran, lebensfähig trotz aller Schwierigkeiten und Mängel, bewohnt und gestaltet von fleißigen Bürgern, die, mehr aus eigener Kraft als wir hier im Westen, die Früchte ihrer anfangs mühseligen Arbeit inzwischen zu ernten begonnen haben, und, wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam auf dem Wege zur Befreiung aus dogmatischen Fußeisen der Klassenkampf-Zeit. Unser Argument, die DDR sei aber doch kein „freiheitlicher Rechtsstaat", ist von sekundärer Bedeutung: sie wird schon noch einer werden. Kümmern wir uns lieber darum, daß die Bundesrepublik einer bleibt!

Ein aktuelles Beispiel unterhalb der Schwelle zur Politik illustriert, von wie vielen vorgefaßten Meinungen der Weg zu politischen Vereinbarungen noch blockiert wird: Infolge einstimmiger Beeinflussung durch unsere konformistische Presse war bei uns bis gestern jedermann überzeugt, Walter Ulbricht lasse seine Rentner nur deshalb endlich doch noch zu uns ausreisen, weil er auf diese Weise wie von selbst ein paar Zehntausend „lästige Esser" loswerden könne (also aus „kalter Berechnung", wie man nüchternes Kalkül bei uns gern herabsetzend nennt) — denn daß ein großer Teil dieser alten Leute, einmal für Wochen freigelassen, nicht wieder in „Ulbrichts Gefängnis" zurückkehren würde, stand für unsere Öffentlichkeit ebenfall fest, klar, konnte ja gar nicht anders sein. Nun

stellt sich aber zu unserer peinlichen Überraschung heraus, daß die meisten, die allermeisten sehr wohl wieder in die DDR zurückfahren, wenn ihr Urlaub abgelaufen ist. Aus Sympathie für den Kommunismus? Kaum. Sie sehen ganz einfach, daß man sie, soweit sie noch arbeiten können, drüben braucht und ästimiert — und hier bei uns nicht. Und das Gefühl, noch gebraucht zu werden, ist für alte Menschen lebenswichtig. Wer es in der DDR vermittelt bekommt, entdeckt auch als bürgerlicher Mensch neue Seiten am „ersten deutschen Bauern- und Arbeiterstaat".

Schließen wir mit der bei uns noch lange nicht überflüssig gewordenen Erinnerung daran, daß es über solche sozusagen intime Fehleinschätzungen hinaus sehr viel brisantere Probleme zwischen den beiden deutschen Bruderstaaten zu lösen gibt: auf beiden Territorien stehen sich thermonuklear gerüstete Weltmächte Aug in Auge gegenüber, und solange das so ist, kann jedes innerdeutsche Grenzgeplänkel in eine Götterdämmerung ausarten. Von der Möglichkeit dieses End-Punktes aus bleibt es für jede Bonner Regierung primäre (bisher unbefolgte) geschichtliche Verpflichtung, permanent nach den Chancen einer innerdeutschen Entspannung Ausschau zu halten und zu handeln, wann und wo etwas konkretes ins Blickfeld tritt. 1964 hat immerhin ein neues Passierschein-Abkommen gebracht — und damit erneut den Beweis, daß Verhandlungen einen Sinn haben und zu Ergebnissen führen können. 1965 muß mehr bringen. Eine reiche Skala von deutschen Kontaktmöglichkeiten und Kontaktnotwendigkeiten liegt ungenutzt vor uns.

Prof. Dr. Albert J. Rasker, Leiden

Europas Verantwortung für die Welt

Diesem Aufsatz liegt ein vor wenigen Wochen vom Verfasser vor der Deutschen Friedensgesellschaft in Nürnberg gehaltener Vortrag zugrunde. D. Red.

Man pflegt uns Laien gerne vorzuwerfen, daß wir nur Dilettanten seien, Schmalspurpolitiker, und daß wir besser täten, die großen politischen Probleme den Fachleuten, den Sachverständigen zu überlassen. Aber wenn wir an die Demokratie als politische Möglichkeit glauben, wenn unsere Völker sich dafür als ihr Ideal einsetzen, dann müssen wir als Staatsbürger mit den Politikern, den Fachleuten, die Verantwortlichkeit tragen. Dann sind wir die eigentlichen Politiker und sie unsere Beauftragten. Dann müssen sie die Gewißheit haben, in ihrem Bemühen den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen — und dann ist es unsere Sache, diesen Willen zu bilden und von ihnen mit Einsicht und guten Gründen zu verlangen, das Mögliche schon heute und das Unmögliche erst morgen zu tun.

Was ist Politik? Formell ist sie eine historische Aufgabe — sie besteht darin, daß wir, auf der Schwelle zwischen gestern und morgen, zwischen vorgestern und übermorgen, kommend aus der vergangenen Geschichte, die zukünftige vorbereiten; sie ist: verantwortlich geschichtsbildend tätig sein. Inhaltlich ist sie eine humanistische Aufgabe: es soll ihr darum zu tun sein, daß die Zeit, das Leben, daß ein lebenswertes Leben für das heutige und für die kommenden Ge-

schlechter sichergestellt wird — daß Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit, Friede und Gerechtigkeit Bestand haben, in der Zukunft besser als in der Vergangenheit.

Die historische Funktion der europäischen Kultur

Auf dem Globus ist Europa nur ein kleiner Flecken, im Vergleich zu den so viel größeren Kontinenten. Es unterscheidet sich aber durch eine große landschaftliche Differenziertheit und eine komplizierte Küstenlinie. Das hat ihm die Möglichkeit der Entwicklung vieler unterschiedlicher Kulturformen gegeben, und dazu die Möglichkeit einer in viele Richtungen gehenden äußeren Expansion. Europa ist wie ein menschliches Antlitz: kompliziert gestaltet in sich selbst und in viele Richtungen geöffnet nach der Umwelt.

Wir haben die Neigung, dabei nur an Westeuropa zu denken, weil dieses Gebiet bei aller Differenziertheit für unser Empfinden doch einen großen kulturellen Zusammenhang zeigt — aber wir tun besser, zu bedenken, daß Europa vom Atlantik bis zum Ural reicht. Dann wird das Bild zwar komplizierter: von alther ist dieses Europa von zwei Kulturzentren bestimmt: dem östlichen und dem westlichen römischen Reich, Byzanz und Rom, der Orthodoxie und dem Katholizismus. Wenn heutzutage die Ost-West-Teilung Europas wieder stark akzentuiert ist, so sind unschwer im östlichen Europa noch immer viele Merkmale des byzantinischen, wie im westlichen Europa viele Merkmale des römischen Reiches zu erkennen — auch wenn an der Oberfläche der Gegensatz jetzt hauptsächlich bestimmt ist von einer marxistisch-solidaristischen und einer personalistisch-freiheitlichen Ideologie, welche beide ihre tiefsten Wurzeln in einem unterschiedlichen (aber in beiden Fällen säkularisierten) Verständnis der christlichen Tradition haben. Die Lage wird noch extra kompliziert, indem heute in Zentral-Europa große Gebiete kulturgeschichtlich nach dem Westen, politisch nach dem Osten ausgerichtet sind — aber das können wir zunächst ausklammern.

Dieses differenzierte, unübersichtliche, zweigeteilte und dennoch im tiefsten zusammengehörende Europa hat während der letzten Jahrhunderte das Antlitz der Welt umgestaltet. Es war namentlich die westeuropäische Kultur, welche seit dem sechzehnten Jahrhundert als erste in der Weltgeschichte mit einem missionarisch-theokratischen Elan das Netz ihrer Ökonomie, Technik, Religion über die ganze Welt geworfen hat und noch immer in einem säkularisierten missionarischen Bewußtsein die Aufgabe zu erfüllen sucht, mit ihrem Geistesgut die Welt zu beglücken — während im Zwanzigsten Jahrhundert es der osteuropäischen Kultur in ihrer marxistischen Phase mit einem in der ganzen Geschichte nie dagewesenen missionarischen Erfolg gelungen ist, sich ein Drittel der ganzen Menschheit innerhalb von fünfundvierzig Jahren hörig zu machen und Hunderte von Millionen zum Glauben an das sozialistische Heil zu führen.

Das ist Europa — ein differenziertes, sogar in sich gespaltenes, sich ideologisch bekämpfendes und dennoch im tiefsten polar zusammengehörendes Kulturgebiet, Träger eines gemeinsamen Erbes, getrieben von einem unaufhaltsamen Sendungsbewußtsein, hinzugehen in alle Welt und das „Evangelium" allen Kreaturen machtvoll zu verkündigen und alle Völker zu ihm zu bekehren.

Die Beschämung Europas

Es ist zu bedenken, daß unsere europäische Christlichkeit von Anfang an eine Mischung oder Osmose (v. Ruler) von Evangelium und Heidentum gewesen ist. Das sollen wir unseren Vorfahren nicht übelnehmen, denn es wird wohl nie ein anderes Christentum als in einer solchen Mischung existieren können: ein vom Evangelium temperiertes Heidentum oder eine vom Heidentum pervertierte

Christlichkeit. Die Völker der Welt aber haben bei unserer explosiven Ausbreitung über die Welt je nach der Lage die heidnische oder die evangelische Komponente unseres Christentums am intensivsten erfahren und sie oft erstaunlich gut unterscheiden können.

Wir wollen jetzt in der Hauptsache unsere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung dieser Dinge im westeuropäischen Raum richten. In L. Feuchtwangers Roman „Die Jüdin von Toledo" erleben wir das Entsetzen der Mohren und der Juden über die ungezügelte Kampflust, Grausamkeit und Zerstörungswut der Germanen, die Spanien vom Zwölften Jahrhundert an für Christus zu erobern meinten. In Vorderasien war es schon früher zum Schrecken der Kreuzzüge gekommen (Christen gegen Araber, aber mehrfach auch die westlichen gegen die östlichen Christen!). In Hinterasien wie in Latein-Amerika sind die bösen Erfahrungen, welche man seit dem Sechzehnten Jahrhundert mit der westeuropäischen Kolonisation machte, noch keineswegs vergessen. Die Völker fragen uns, wie es denn komme, daß wir soviel vom Kreuz, vom Opfer, von Liebe und Versöhnung geredet haben, während unser praktisches Verhalten so sehr von Machtbegierde und Egoismus, von Grausamkeit und Haß erfüllt war.

Unsere Vorfahren und wir selber haben gemeint, eine große Aufgabe in der Welt zu erfüllen — wir haben gehandelt mit einer christlichen Überzeugung im Zentrum unserer Kultur und christlichen Lebensformen als ihrer äußeren Hülle; wenn wir aber aufrichtig sind, so entdecken wir, daß in unseren Herzen dieses Zentrum schon seit langer Zeit leer und daß für die Augen der anderen Völker die äußere Hülle fast von Anfang an unglaubwürdig gewesen ist. Als im Zweiten Weltkrieg Japan sich zum Vorkämpfer der asiatischen Autonomie aufgeworfen hatte — „Asien für die Asiaten!" —, sagten wir uns im Internierungslager: Jetzt wird uns die koloniale Rechnung präsentiert. Gerade wir von der Mission sagten es uns, weil uns vom Evangelium her wohl etwas eher und mehr als den anderen die Augen dafür geöffnet worden waren. Das hatte aber im Ersten Weltkrieg schon angefangen — als die Völker der Welt mit Entsetzen sahen, wie sich die christlichen Völker ausmordeten und dazu den Namen ihres Herrn anriefen. Groß wurde aber das Entsetzen, als im Zweiten Weltkrieg fast die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen wurde, als der erste Abwurf einer Atombombe auf Menschen von einer christlichen Nation geschah und als nach Ablauf dieses Krieges festgestellt werden konnte, daß die sich christlich nennenden Völker in den noch nicht siebzehnhundert Jahren ihrer Geschichte mehr Blut vergossen hatten als alle anderen Völker, solange die Welt besteht, zusammen.

Seitdem sind es die großen christlichen Völker, die die atomare Aufrüstung vorantreiben, und die von Westeuropa und Amerika tun es in der Meinung oder mit der Ideologie, damit christliche Kultur gegen Atheismus, Liebe und Freiheit gegen Grausamkeit und Sklaverei zu verteidigen.

Wir sollten viel mehr als wir, als unsere Zeitungen, unsere Politiker es tun, zu Herzen nehmen, wie uns der Abscheu der fernen, der farbigen, der meistens armen Völker wegen unserer Massenvernichtungsmittel und wegen unseres damit verbundenen ökonomischen Egoismus entgegentritt. Zu welchem Wahnsinn sind wir gekommen, daß wir in unsere politischen Erwägungen zur Sicherstellung unseres Anteils an den kulturellen und materiellen Gütern der Welt Mittel bereitstellen, welche die Zukunft der Menschheit aufs höchste gefährden; daß wir, während Politik die Verantwortung für kommende Geschichte beinhaltet, das eventuelle Ende aller Geschichte in unsere Planungen einkalkulieren!

Das ist das Urteil der Völker, denen wir das Evangelium schuldeten, aber was haben wir ihnen noch zu bringen, wenn wir so sehr abgewichen sind nach einem fremden Evangelium hin, das keines ist?

Wir mögen uns Sorge machen um den Vorsprung, welchen der Kommunismus und der Atheismus in Osteuropa und sonst in großen Teilen der Welt auf unsere christliche Kultur und Ideologie gewonnen haben. Solange wir auf unseren heutigen Wegen weitergehen, wird dieser Vorsprung nur noch zunehmen. Denn die geheime Waffe, die der Kommunismus gegen uns hat, sind das Entsetzen und die Verzweiflung vieler Millionen, gegen die wir umsonst unseren Egoismus verteidigen, statt ihnen auf dem Wege nach einer besseren gemeinsamen Zukunft voranzugehen.

Die Erwartung eines neuen Heils wendet sich gegen uns

Noch im Jahre 1948 hat kein Geringerer als der britische Historiker Arnold Toynbee[1]) erwartet, daß der Marshall-Plan die ganze Welt mit Ausnahme der sowjetischen Gebiete vereinigen würde: die westeuropäischen Länder würden ihre afrikanischen und asiatischen Besitztümer und abhängigen Gebiete, die Vereinigten Staaten würden Latein-Amerika und China in diese weltweite Union einbringen.

Wie ist das alles innerhalb von wenigen Jahren anders gelaufen! Die Vereinigten Staaten und Westeuropa versuchen jetzt ziemlich isoliert, ihre gemeinsamen Interessen unter dem Namen der „freien Welt" zu verteidigen gegen die großen kommunistischen Gegenspieler, die ein Drittel der ganzen Menschheit umfassen, und sie werben ziemlich aussichtslos um noch einmal ein Drittel der Menschheit, das seine Freiheit versteht als Unabhängigkeit, nicht weniger von unserer westlichen als der sozialistischen östlichen Welt.

Wie ist das so gekommen?

Das von uns gebotene Heil ist für viele Völker seit langem unglaubwürdig gewesen oder immer mehr geworden. Sie vermuten, daß wir in unserer Christlichkeit Wesentliches verleugnet haben; für unsere säkularisierte Christlichkeit unter dem Namen Freiheit und Demokratie haben sie wenig Interesse; und die Ideale von Freiheit und Unabhängigkeit, welche sie wahrhaftig auch haben, sind ganz anders als die unseren. Das Glück, das wir — nach viel Unglück — heute über den ganzen Erdball werfen möchten, wird zu unserm Staunen von vielen nicht als Glück erfahren. Wir haben aber einen Gegenspieler bekommen — in unserem eigenen ehemaligen östlichen Partner in der gemeinsamen europäischen Kultur — dessen Angebot die Völker der Entwicklungsländer in mancher Hinsicht mehr interessiert als das unsere.

Und wenn dann die Vereinigten Staaten, als die radikalsten Westeuropäer, in Asien an den Grenzen der kommunistischen Gebiete einen verzweifelten Kampf um letzte Bastionen ihrer Ideologie und ihrer Interessen führen — übrigens von den meisten Westeuropäern dabei schon nicht mehr unterstützt (wir vermögen kaum mehr einzusehen, daß es in Süd-Vietnam um unsere Sache gehen soll) — und wenn ihnen dafür kein Dank gebracht, sondern Neukolonialismus vorgeworfen wird, dann ist das nur ein Beweis mehr, daß unser Heilsangebot nicht mehr überzeugen kann, daß das Salz faul geworden ist.

Eine andere Antwort

Merkwürdig verknüpft sind bei uns einerseits eine idealisierende Überzeugung, Heilbringer der Welt zu sein, mit andererseits einer beinahe resignierten Defensivhaltung, wenigstens für uns selbst zu behaupten, was wir bisher erworben haben. Nicht nur in unserer atomaren Aufrüstung, auch in der Bemühung um eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft tritt das an den Tag. Es hat viele

---

[1]) Im Aufsatz „The Dwarfing of Europe", Civilisation on Trial, Oxford 1948.

Europäer und Amerikaner verwundert, daß die „nicht gebundenen" Staaten im vergangenen Frühjahr auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nur für einen schön maskierten Egoismus der reichen Staaten angesehen haben; es könnte und möge aber ihr Mißtrauen eine heilsame Mahnung zur Selbstkritik für uns gewesen sein. Nicht weniger bedenklich ist auf militärischem Gebiet die Diskussion über die multilaterale Kernwaffenflotte, die bei allen schönen Worten von Abrüstung nur bezeugt, daß die Aufrüstung unentwegt weiter geht. Dazu enthüllt die Schwierigkeit, über diese Sache zur Übereinstimmung zu kommen, daß sogar unsere westeuropäische Interessengemeinschaft mehr bestimmt ist von der Angst vor den Anderen, immer vor den Anderen, als daß sie wirklich erfüllt wäre von einem Einsatz für eine gemeinsame Verantwortlichkeit oder ein gemeinsames Ideal!

Unser Geistesgut und unser christliches Ethos sind ausgehöhlt, und nichts ist besser imstande, das zu beweisen, als unser ökonomischer Egoismus und unsere Zuflucht zu den unbeschränkten Mitteln der Macht. Wo Geisteskraft fehlt, muß der fette Wohlstand und die zynische Gewalt die Lücke füllen. Das heißt aber auch, daß jetzt definitiv in unserm Christentum, im christlichen Abendland und dessen Kultur die heidnische Komponente die stärkere, die auffälligste geworden ist. Die ganze Welt sieht es, nur wir selber scheinen dafür blind zu sein. Wir meinen, daß die anderen die Atheisten sind — während wir nicht einsehen, daß deren offener theoretischer Atheismus eine geringere Gefahr sein könnte als unsere praktische, verhüllte, uns selbst kaum bewußte Gottlosigkeit und die damit verbundene Inhumanität.

Wäre es nicht an der Zeit, uns selbst zu fragen, was in unserem politischen Ethos zu verändern wäre? Wäre es nicht an der Zeit, zu fragen, ob statt politischer Rechtfertigung politische Bekehrung not tue? Wäre es nicht an der Zeit, einzusehen, daß die von uns gefürchtete Gottlosigkeit, Aggresivität und Unmenschlichkeit anderer die Projektion jenes Atheismus, jener Aggressivität und jener Unmenschlichkeit sein könnte, welche den Völkern der Welt während vieler Jahrhunderte und am schlimmsten in diesem Zwanzigsten Jahrhundert unsererseits widerfahren ist? Ist es nicht im tiefsten Grunde nicht so sehr ihre Bosheit als vielmehr unsere Angst, dasselbe, was wir ihnen angetan haben, könnten sie eines Tages uns antun?

Darum brauchen wir ein anderes politisches Ethos und eine andere politische Praxis, brauchen wir etwas, das man politische Bekehrung nennen könnte. Wenn unsere christliche freie Welt als solche glaubwürdig sein soll, so sollte sie mehr christlich und weniger westlich sein, so sollte endlich das Evangelium mehr und das Heidentum weniger an den Tag treten. Wie wäre das, was wäre das für ein politisches Ethos, wenn etwas mehr Evangelium und Kreuz, etwas weniger Gewalt und Selbstbehauptung sichtbar würden? Christliche Zentralbegriffe sind Bußfertigkeit und Versöhnung, Dienst und Brüderlichkeit. Nicht die harte Forderung eines „Selbstbestimmungsrechtes", sondern ein eifriges Fragen nach Verständnis für die Sorgen und Bedürfnisse der anderen sollte darum unser Verhalten bestimmen. Und es könnte sein, daß das, entgegen der meistens verkündigten Meinung, nicht illusionistisch, sondern die einzig realistische Politik wäre. Wenn man das nicht will, wenn man meint, das gerade Gegenteil sei das Unvermeidliche in der Politik, dann sollte man wenigstens nicht den Namen Christi damit verbinden, wie man es tut. Es wäre dann auch Anlaß zu der beschämenden Erkenntnis, daß es außerhalb der sich christlich nennenden Kulturkreise Lebensformen und Menschen geben könnte, die von dem, was wir Christen versäumen, etwas mehr verstehen als wir, und die in diesem Sinne, ohne es zu wissen oder gar zu wollen, näher beim Reiche Gottes sind.

Man möchte auch darum bitten, daß wir wenigstens die Ehrlichkeit aufbringen würden, die andere Partei, die Gegenpartei, wirklich kennen zu lernen, wie sie ist, und uns nicht länger auf das mythische Bild versteifen, das die Propaganda und die Angst und die Projektion unserer verborgenen Schuldgefühle aus ihm machen.

Es haben einmal, vor zwei Jahrtausenden, das Römische Reich und das Chinesische Reich auf demselben Planeten existiert, ohne zu ko-existieren — es war kaum etwas an politischem, ökonomischem oder geistigem Austausch vorhanden. Dafür hatten sie voneinander nur ganz verschwommene Vorstellungen, wie von einem halb mythischen Märchenland.

Vor weniger als eintausend Jahren existierten die westeuropäischen Christenvölker und der Islam nebeneinander — soviel näher, daß der Austausch möglich und unvermeidbar war. Er kam auch zustande — allerlei Gedanken- und Güteraustausch fand statt. Aber viel mehr bestimmend war wiederum ein mythisches Zerrbild, das jeder vom anderen hatte, und weil man sich zugleich so nah war, führte das zu Angstkomplexen und dann zu dem Haß und dem Schrecken der Kreuzzüge.

Weder das eine noch das andere kann die Welt sich mehr leisten — die Völker und ihre politischen, geistigen und wirtschaftlichen Systeme sind sich zu nah und zu sehr verflochten; sie müssen koexistieren, miteinander existieren, oder sich vernichten, miteinander zugrunde gehen. Wäre es darum nicht eine erste Pflicht, sich besser kennen zu lernen, den anderen zu kennen und zu verstehen, wie er wirklich ist? Wäre das nicht eine erste Forderung christlicher Ehrlichkeit und sachlicher politischer Weisheit?

Wäre das nicht die christliche Berufung des klein gewordenen Europas — zunächst über jene Trennungslinie hinweg, welche Ost- und West-Europa, die Erben von Rom und von Byzanz, tiefer voneinander trennt, als es vielleicht je in der Geschichte der Fall gewesen ist, und dann auch mit den anderen Völkern und Völkergruppierungen der Welt wirkliche Koexistenz zu wagen und zu wollen?

Deutschlands Beitrag

Quer durch Europa geht die Grenze, welche die Welt ideologisch und machtpolitisch in zwei Teile trennt. Von Europa geht diese Zweiteilung aus; auch sie gehört zum bösen Erbe, das die europäische Christenheit der außereuropäischen Welt aufgebürdet hat.

Nun lebt das deutsche Volk in der unglücklichen Lage, daß die Spaltung Europas und der Welt quer durch sein Wohngebiet geht — noch kompliziert durch den Umstand, daß der östliche Teil dieses Volkes kulturell zu der entgegengesetzten Seite der Trennungslinie gehört, als wo es machtpolitisch und ökonomisch eingeschaltet ist. Man sollte das detaillierter analysieren, als es uns in diesem Aufsatz möglich ist; darauf kommt es in unserem Zusammenhang aber nicht so sehr an. Wichtiger ist es, darauf aufmerksam zu machen, daß viele Nachbarvölker Deutschlands sich bewußt sind, wie schwer diese Gespaltenheit dem deutschen Volke fällt, daß sie ihm eine Wiedervereinigung aus Gründen der Menschlichkeit auch gerne gönnen, aber durchaus nicht bereit sind, diese Angelegenheit für das Weltproblem Nummer eins anzusehen. Es ist zu bedenken, daß auch einige andere Völker als Folge des letzten großen Krieges zwei- oder sogar dreigespalten sind, daß sie darunter schon seit Jahren und noch heute viel mehr zu leiden haben als die Deutschen — Völker, von denen man zugeben muß, daß sie nicht als Anstifter und Subjekte, sondern eindeutig nur als Objekte und Opfer dieses Krieges anzusehen sind.

Die Zweite allchristliche Friedenskonferenz in Prag hat im vergangenen Sommer klar gesagt, daß man den Deutschen ihre Wiedervereinigung gerne gönnt, aber daß man von ihnen auch erwartet, daß sie die dazu erforderlichen Vorbedingungen selber schaffen oder wenigstens schaffen helfen, so wie sie die Vorbedingungen der Spaltung weithin selber geschaffen haben. Vorbedingung der Überwindung dieser Spaltung ist, wie in Prag auch klar gesagt wurde, daß der Geist des Kalten Krieges ausgemerzt wird aus den Herzen aller Deutschen. Man könnte auch sagen: daß alle Deutschen bereit werden, Koexistenz und Verständigung zu üben auf ihrem eigenen Wohngebiet und in ihrem Verhältnis zu ihren Nachbarn.

Dazu wäre zunächst ein ganz klarer Verzicht auf Besitz oder Mitverfügungsgewalt über atomare Waffen in beiden deutschen Staatsgebieten, auch in Gestalt der von der Bundesrepublik jetzt so feurig begehrten multilateralen Atomwaffenflotte, erforderlich. Dazu wäre es auch erforderlich, daß das deutsche Volk des Westens von seinem Kanzler nicht die Zusage verlangt, im Falle eines sowjetischen Staatsbesuches in Bonn „hart zu verhandeln", sondern daß es von ihm die Bereitschaft und die Phantasie erhofft, zu einem besseren Verhältnis mit dem russischen und den anderen östlichen Nachbarn zu kommen. Sodann wäre auch jede Form von Entgegenkommen zwischen den beiden deutschen Regierungen zu verlangen, inklusive der Anerkennung der faktischen Existenz beider deutschen Staaten als einzig möglichen Ausgangspunktes für ergiebige Verhandlungen. Im allgemeinen möchten wir hoffen, daß das deutsche Volk seine Geteiltheit nicht als Übungsfeld des Kalten Krieges, sondern als eine gottgegebene Chance zur Übung in Koexistenz anzunehmen bereit wäre. Es wäre doch wahrhaftig nicht beschämend, sondern höchst ehrenvoll für die Deutschen, wenn sie der ganzen Welt Anlaß gäben, erleichtert aufzuatmen; und es würde mit seiner Verantwortlichkeit für die Zukunft seiner eigenen jungen Generation und derjenigen der ganzen Welt übereinstimmen, wenn es bedächte (mit Hermann Rauschning zu reden), daß, wenn schon der Zweite Weltkrieg mit der Vernichtung Deutschlands e n d e t e , ein dritter Weltkrieg mit dessen Vernichtung b e g i n n e n würde.

Es würde so auch eine „echte Leidenschaft für die Wiedervereinigung" (E. Müller-Gangloff) sich darin bekunden, daß die rechte Reihenfolge beachtet würde, welche hierin besteht: Wenn an den Problemen der geteilten Welt mit Phantasie und Opferbereitschaft gearbeitet wird, so werden wir erfahren, daß dieser scheinbare Umweg der einzige, direkte und sichere Weg ist, auf welchem auch die Lösung der schmerzlichen Probleme des deutschen Volkes erreicht werden kann, und auch die Mauer in Berlin, in welcher sich alles für das Empfinden vieler Deutschen am empfindlichsten konzentriert, würde dann von selber fallen.

D i e H a u p t l i n i e

Wir haben am Anfang die These vertreten, Politik sei die Bemühung, kommend aus der vergangenen Geschichte auf der Schwelle des Heute die zukünftige Geschichte vorzubereiten — die Zukunft einer rechten menschlichen und mitmenschlichen Existenz in der ganzen Welt. Daß das eine schwere Arbeit und eine große Verantwortlichkeit ist, ist deutlich. Daß im alltäglichen politischen Betrieb diese Haupttendenz nicht immer sichtbar sein kann, ist ebenfalls klar. Wir dürfen das den Politikern auch nicht übel nehmen:

Aber es sollen und müssen Menschen da sein, die diese Hauptlinie fest im Auge behalten und die den Mut und die innere und äußere Freiheit haben, ihre Vertreter, ihre Regierungen, immer wieder daran zu erinnern. Solche Menschen sein zu wollen — wenn sie auch von vielen Sachverständigen für Dilettanten,

für Schmalspurpolitiker gehalten werden — das ist die wahre Demokratie. Diese besteht nämlich zunächst nicht darin, daß freie Parteienbildung und eine geschlossene Wahlurne garantiert sind, sondern darin, daß das Volk einen festen Geist, eine große Geisteskraft besitzt, daß es ein festes Ziel vor Augen hat. Dieses Ziel ist: Gerechtigkeit und Menschlichkeit, und der Weg zu diesem Ziel ist: Bußfertigkeit, Versöhnung, Friede.

Wo das gelernt und geübt würde, wo man mit dieser Haltung, mit diesem neuen politischen Ethos in der Welt stehen wollte, würde das alte Europa nach dem wahren Ursprung seines gemeinsamen christlichen Erbes zurückgreifen und endlich, endlich einmal der Welt wirklich zum Segen werden können.

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer

Zur Frage der deutsch-israelischen Beziehungen

Ein Überblick. Zu dem „Offenen Brief" deutscher Hochschullehrer*)

1. Beim Abschluß des Wiedergutmachungsvertrages zwischen der Bundesrepublik und dem Staate Israel (1952/53) wurde von der Bundesregierung anerkannt, daß die israelische Regierung normale Beziehungen zur Bundesrepublik aus Rücksicht auf die verständliche Stimmung in der israelischen Bevölkerung noch nicht eingehen könne; die lindernde Wirkung der Zeit sollte abgewartet werden. Durch den Vertrag haben sich die wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland mehr und mehr normalisiert. Zur Abwicklung der Reparationslieferungen wurde von der israelischen Regierung in Köln eine Dienststelle, die Israel-Mission, eingerichtet, deren Leiter Felix Shinnar den persönlichen Titel eines Botschafters erhielt. Arabische Drohungen, bei Abschluß des Vertrages die Beziehungen zu Westdeutschland abzubrechen, wurden nicht realisiert.

2. Im Januar 1956 wurde von Bonn bei der israelischen Regierung wegen Einrichtung eines bundesdeutschen Konsulates in Israel angefragt; die israelische Antwort war zustimmend. Am 14. 3. 1956 stellte der damalige Außenminister von Brentano schriftlich fest, es bestehe grundsätzliches Einverständnis über die Errichtung einer bundesdeutschen Dienststelle in Israel, die der Kölner Israel-Mission entsprechen solle. Am 4. 4. 1956 erklärte der ägyptische Staatschef Nasser, er werde die Pankower Regierung anerkennen, wenn die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehme. Eine Konferenz der westdeutschen Nahost-Botschafter in Istanbul (Anfang April) sprach sich daraufhin gegen die Anerkennung Israels aus. Darauf unterblieb der Plan.

3. Alle Anregungen, weiterzukommen, sind seither an der Verbindung politischer Bedenken und wirtschaftlicher Interessen gescheitert. Von arabischer Seite wird für den Fall des Botschafteraustauschs zwischen Bonn und Tel Aviv mit der Anerkennung Pankows gedroht, was die Bundesregierung zwänge, wegen der

*) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"

Hallstein-Doktrin die diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten abzubrechen. Damit geht Hand in Hand die Furcht, Interessen der westdeutschen Wirtschaft in den arabischen Ländern könnten Schaden leiden. Inzwischen haben viele arabische Staaten die Hallstein-Doktrin durch Austausch von Konsulaten und Generalkonsulaten mit der DDR umgangen. Das Interesse der arabischen Staaten an der wirtschaftlich stärkeren Bundesrepublik ist größer als an der DDR. Ein Versuch, die angedrohte arabische Reaktion auf die Anerkennung Israels bei Gelegenheit der großen westdeutschen Entwicklungskredite an die arabischen Staaten abzufangen, ist seitens der Bundesregierung nicht gemacht worden.

4. Kurz nach seinem Regierungsantritt 1963 hat Bundeskanzler Erhard die Frage nach diplomatischen Beziehungen mit Israel auf einer Pressekonferenz negativ beantwortet. Diese Antwort hat Staatssekretär Carstens am 4. 11. 1964 vor dem Bundestag wiederholt mit dem Hinweis darauf, daß die Frage „nicht allein unter dem Aspekt der besonderen moralischen Verpflichtungen des deutschen Volkes gesehen werden dürfte, sondern in erster Linie unter außenpolitischen Gesichtspunkten" („Die Welt", 5. 11. 1964). Ein Protest gegen die die Selbstachtung eines souveränen Staates verletzende Erpressung wurde dabei so wenig ausgesprochen wie das Bestreben, an dem gegenwärtigen Zustand etwas zu ändern. Fügt man sich weiterhin widerstandslos der Erpressung, so ist mit der Dauer des jetzigen, unwürdigen Zustands für die unabsehbare Zeit der deutschen Teilung zu rechnen.

5. Der kleine Staat Cypern hat bei seiner Gründung trotz arabischer Proteste sofort normale Beziehungen zum Staate Israel aufgenommen, ohne dadurch Schaden zu erleiden.

6. Der Staat Israel ist seit seiner Gründung Mitglied der UNO und steht mit allen Regierungen der Welt in normalem diplomatischen Verhältnis, außer mit den arabischen Staaten, mit Indien und mit den Nicht-UNO-Mitgliedern DDR und Rotchina. Die israelische Regierung erkennt die Interessen der Politik der Bundesregierung an und hat deshalb nie Beziehungen zur Ostberliner Regierung angestrebt; sie respektiert also die Hallstein-Doktrin, unter der sie selbst zu leiden hat.

7. Ob nach dem Auslaufen der Reparationslieferungen (1965), die mit ihren 3 Milliarden ohnehin nur einen kleinen Bruchteil der von der Bundesrepublik offiziell und privat den arabischen Ländern gewährten Kredite betragen, dem Staate Israel trotz der arabischen Proteste größere Kredite gewährt werden, steht noch dahin. Die Nachricht von einer solchen Zusage, die nach der Begegnung von Adenauer und Ben Gurion in New York (März 1960) durch die Presse ging, wurde damals in Bonn sofort dementiert.

8. Der Versuch, durch gegenseitige Lieferungen von militärischem Material eine Art Ersatz für diplomatische Beziehungen zu schaffen, ist im Herbst 1964 bekannt geworden und hat das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Ländern vermutlich nicht weniger belastet, als es durch Botschafteraustausch geschähe. Unterlassung jeglicher Waffenlieferung in die Länder des Nahen Ostens seitens der Bundesrepublik dürfte eine bessere Politik sein.

9. Mit dem Auslaufen der Reparationslieferungen wird die Israel-Mission in Köln geschlossen werden. Dann besteht keine offizielle Kontaktstelle mehr zwischen der Bundesrepublik und dem Staate Israel, weder für Wirtschaft noch für Touristik. In der diplomatischen Welt Bonns wird Israel nicht mehr vertreten sein. Während 15 westdeutsche Botschafter täglich nach Bonn ihre Berichte senden und die Auffassungen und Wünsche der arabischen Regierungen dort interpretieren, hat das Auswärtige Amt keine Informationsquellen in Israel und ist auf die Berichte des einzigen dort stationierten westdeutschen Journalisten (Rudolf Küstermeier, dpa) angewiesen. Welchen Einfluß diese einseitige Informierung auf die Formulierung der deutschen Nahostpolitik haben muß, liegt auf der Hand.

10. Im Frühjahr 1963 wurde die Tätigkeit von ca. 300 deutschen Wissenschaftlern und Technikern in der ägyptischen Rüstung bekannt. Diese Nachricht erregte unangenehmes Aufsehen in der Welt und einen Sturm der Entrüstung in Israel. Gelingen die Arbeiten dieses deutschen Teams, dann ist Nasser im Besitze von Raketenwaffen, mit denen er die Überlegenheit der israelischen Armee ausschalten und in einem von ihm erhofften Augenblick, in dem die Israel heute noch schützenden Westmächte unfähig oder unwillig sind, einzugreifen, Israel aus der Luft vernichten kann. Außer Einzelpersonen arbeiten daran deutsche Firmen mit; unter 170 beteiligten europäischen Firmen sind etwa 91 westdeutsche, darunter einige von den größten Industrieunternehmen unseres Landes, die alle von Staatsaufträgen abhängig sind. Für sie ist diese ägyptische Gelegenheit nicht von vitaler Bedeutung, sondern nur unter dem Gesichtspunkt des Profits interessant.

11. Die Bundesregierung hat darauf bisher nur mit einem schwächlichen Ausdruck des Bedauerns reagiert. Gegen die Absicht, die in der ägyptischen Rüstung arbeitenden Deutschen durch ein neues Paßgesetz zur Rückkehr zu zwingen, bestehen rechtsstaatliche Bedenken. Ein Antrag der SPD, den Art. 26 GG gesetzlich auszunützen, ist im zuständigen Ausschuß des Bundestags begraben und hat vorerst wenig Aussicht. Es geschieht also nichts; dagegen kann man sicher sein, daß, wenn es westdeutschen Staatsbürgern oder Firmen einfiele, an der Rüstungsindustrie eines Ost-Staates mitzuarbeiten, die Bundesregierung rasch Mittel und Wege finden würde, dies zu unterbinden.

12. Öffentliche Äußerungen bundesdeutscher Politiker, besonders der Abgeordneten Majonica und Dr. Martin in Syrien und Ägypten (1963), der Besuch einer Gruppe bundesdeutscher Parlamentarier bei den deutschen Raketenfachleuten im ägyptischen Rüstungswerk Helnan (1963), eine Rede von General Heusinger vor der deutsch-afrikanischen Gesellschaft (Okt. 1964), in der die Rücksicht auf Israel als Hindernis für eine erfolgreiche NATO-Politik in Afrika bezeichnet wurde — solche Stimmen, die in der deutschen Öffentlichkeit keine oder nur matte Kritik finden, müssen in Israel als Bestätigung für eine Doppelzüngigkeit der bundesdeutschen Politik — verbale Sympathie für Israel, faktische Entscheidung für die arabische Seite — aufgefaßt werden.

Genau dies ist tatsächlich die Frage: Haben wir vielleicht uns faktisch schon dafür entschieden, die Bedrohung und die eines Tages mögliche Vernichtung des Staates Israel zuzulassen und an ihr mitzuwirken, des politischen und wirtschaftlichen Profites willen? Dienen alle freundlichen Gesten gegenüber Israel nur dazu, die Welt — und uns selbst darüber wegzutäuschen? Über eines jedenfalls sollten wir uns nicht täuschen: Unsere Nicht-Anerkennung Israels wirkt objektiv als Ermutigung der arabischen Hoffnungen, eines Tages den Staat Israel doch noch liquidieren zu können. Umgekehrt würde die Normalisierung unserer Beziehungen zu Israel dazu beitragen, die Araber an das nicht mehr zu beseitigende Faktum des Staates Israel zu gewöhnen. Können wir denn dem israelisch-arabischen Konflikt als Unbeteiligte zusehen wie einem Konflikt zwischen zwei fernen Staaten? Sind wir für die Zufluchtsstätte der Menschen, die der im Namen unseres Volkes begangenen Judenverfolgung entronnen sind, nicht moralisch mitverantwortlich? Hängt an dieser Stelle Moral und Politik nicht untrennbar zusammen, so daß eine unmoralische Politik unmöglich eine gute Politik sein kann? Ist es nicht ein unerträglicher Zustand, daß der Staat der überlebenden Juden mit uns in normalen Beziehungen leben will, wir aber dies verweigern? Die Scham über diesen Zustand ist das Motiv des Offenen Briefes, den einige deutsche Professoren an die für die Außenpolitik unseres Landes verantwortlichen Politiker geschrieben haben. Die Unterzeichneten fordern alle deutschen Hochschullehrer dazu auf, durch Unterschrift ihre Zustimmung auszudrücken.

Dr. Michail Wosslenski, Moskau

Gedanken über die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen

Ich möchte gleich vorausschicken, daß alles, was hier steht, keine Darlegung des offiziellen Moskauer Standpunkts, sondern die Privatmeinung eines sowjetischen Wissenschaftlers ist, der sich mit verschiedenen Aspekten des deutschen Problems beschäftigt. Es war bloß mein Wunsch, den Lesern der „Blätter für deutsche und internationale Politik" einige Gedanken über die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen mitzuteilen.

Das „Brentanoparadox"

Es handelt sich um kein physikalisches Ereignis. Gemeint ist vielmehr ein Paradox ganz anderer Art. Seit Herbst 1955 bestehen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen. 1957 und 1958 fanden Verhandlungen auf Regierungsebene statt, die durch Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche und kulturelle Fragen sowie eines Konsularvertrags abgeschlossen wurden. Und am 29. Oktober erklärte der damalige Außenminister von Brentano im Bundestag, das Vorhandensein diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik führe zu keiner Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten.

Hier ist alles paradox. Paradox ist die Behauptung, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten, die einander nicht anerkannten, sowie der Abschluß von Verträgen zwischen diesen Staaten bedeute keine Verbesserung der Beziehungen. Paradox ist die Tatsache, daß ein Bundesminister so etwas vor dem Parlament als etwas Selbstverständliches behauptete. Aber vor allem erscheint es mir paradox, daß viele, gar zu viele maßgebliche Politiker der Bundesrepublik in ihrer Praxis offensichtlich von dieser These des Herrn v. Brentano ausgehen.

Ich möchte die Leser nicht durch Zitieren unverantwortlicher Erklärungen verantwortlicher westdeutscher Staatsmänner ermüden, in denen die Sowjetunion offen als „potentieller Gegner", „Feind", ja sogar „Todfeind" der Bundesrepublik bezeichnet wird. Immerhin jährt sich in einigen Monaten zum zehnten Mal der Tag, an dem die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern aufgenommen wurden, wir aber sprechen immer noch davon, wie wünschenswert eine Normalisierung unserer Beziehungen wäre.

Womit kann man eigentlich die Tatsache erklären, daß sich einflußreiche Kreise in Bonn so hartnäckig an die erwähnte These des ehemaligen Bundesaußenministers klammern? Gibt es dafür irgendwelche objektive und greifbare Ursachen?

Verhindert die Spaltung Deutschlands die Normalisierung unserer Beziehungen?

Von der westdeutschen Seite wird häufig die Ansicht vorgebracht, die Spaltung Deutschlands bilde ein Hindernis auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik. Entspricht das der Wirklichkeit?

War etwa die Spaltung Deutschlands auf Initiative der Sowjetunion erfolgt? Nein, die UdSSR setzte sich stets und immer für die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates ein. Es ist allgemein bekannt, daß gerade der Westen, indem

er die drei westlichen Besatzungszonen abtrennte und auf ihrem Gebiet einen separaten Staat bildete, die Spaltung Deutschlands vollzogen hat. Es ist eine Wahrheit, die keinerlei Beweise bedarf: Man braucht bloß den Kalender 1949 aufzuschlagen, um zu sehen, welcher der heute bestehenden deutschen Staaten als erster ausgerufen wurde.

Vielleicht aber ist die Sowjetunion jetzt gegen die Wiedervereinigung? Das trifft ebenfalls nicht zu. Angst vor der Wiedervereinigung Deutschlands haben die Westmächte, die nicht ohne Grund die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt fürchten. Was die Sowjetunion und andere sozialistische Länder anbelangt, so werden sie bekanntlich kraft ihrer Wirtschaftsstruktur durch die Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht berührt. Die Sowjetunion setzt sich nach wie vor für die Wiedervereinigung Deutschlands ein.

Selbstverständlich kann die Spaltung Deutschlands nur auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den bestehenden deutschen Staaten — der DDR und der BRD — überbrückt werden. Möge niemand in Westdeutschland so tun, als sei ihm die Existenz eines Staates Namens DDR unbekannt. Dieser Staat ist den Westmächten wohl bekannt, die 1959 an der Genfer Außenministerkonferenz teilgenommen haben, einer Konferenz, der als gleichberechtigte Partner Vertreter der DDR und der Bundesrepublik beiwohnten. Er ist ebenso gut dem Senat von Westberlin bekannt, der mit der DDR-Regierung Verhandlungen pflegt und Abkommen unterzeichnet. Schließlich ist die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik auch für maßgebliche Kreise in Bonn kein Geheimnis: Bereits 1955 nahm die Regierung Adenauer durch Justizminister Schäffer Kontakte zu Vertretern der DDR-Regierung auf, und in manchen Fällen ist es für das offizielle Bonn unmöglich, die Existenz des ostdeutschen sozialistischen Staates zu leugnen.

Falls man in Bonn unter „Wiedervereinigung" die gewaltsame Einverleibung des anderen deutschen Staates versteht, so kann es sich dabei selbstverständlich nicht um Wiedervereinigung, sondern nur um eine Aggression handeln. Die Sowjetunion würde zusammen mit den anderen Ländern des Warschauer Vertrages den Versuch einer Aggression gegen irgendeinen ihrer Verbündeten unterbinden. Stellt man sich aber tatsächlich das Ziel, Deutschland auf einer realen Grundlage zu vereinigen, so gibt es nur einen Weg: den Weg der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, den Weg der Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen. Bekanntlich ist die UdSSR niemals gegen einen solchen Weg aufgetreten.

Das Gerede, eine Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen werde durch die Spaltung Deutschlands verhindert, entbehrt somit jeder Grundlage.

Was steht wirklich einer Verbesserung der Beziehungen im Wege?

Eine durchgreifende Besserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wird in Wirklichkeit nicht durch die Existenz zweier deutscher Staaten, sondern durch die politischen Richtlinien Bonns verhindert: durch den zur Staatspolitik erhobenen Antikommunismus, durch den Verzicht auf friedliche Regelung, durch die Gebietsansprüche im Osten, durch das Streben nach Atomwaffen.

Ich will versuchen, jede dieser Richtlinien der maßgeblichen Kreise der Bundesrepublik kurz zu analysieren.

Noch vor relativ kurzer Zeit fand das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in den wichtigsten Län-

dern des Westens keine Gegenliebe. Seitdem hat sich manches geändert. Die Unvermeidlichkeit der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern wird heute sogar von der überwiegenden Mehrheit der Regierungen anerkannt. Erst vor kurzem waren wir Augenzeugen dessen, wie der Versuch Goldwaters scheiterte, dieses von den Völkern gebilligte Prinzip zu leugnen.

Wie kann man auch das Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht billigen? Kapitalistische und sozialistische Länder existieren, das ist eine objektive Tatsache. Und so kann es sich nur um eines handeln: Sollen sie gegeneinander Krieg führen oder miteinander in Frieden leben?

Unsere Völker wissen sehr gut, was moderner Krieg ist. Wir stellen uns besser als die Amerikaner vor, was ein Großfliegerangriff bedeutet. Was können wir uns im Zeitalter der Megatonnenbomben vom Krieg versprechen?

Es darf zu keinem Krieg kommen. Mögen die weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten in der modernen Welt noch so akut sein, deshalb darf doch niemand die Städte und Dörfer unseres Planeten mit atomaren Sprengköpfen versengen. Folglich muß man koexistieren. Und wenn es so ist, dann muß man auch zusammenarbeiten und in Freundschaft miteinander leben. Es ist widersinnig, Seite an Seite zu leben und dabei andauernd dem Nachbarn die Faust zu zeigen. Die Richtlinie der Bonner Politiker auf Feindseligkeit den sozialistischen Ländern gegenüber ist, gelinde gesagt, unvernünftig.

Ebenso unvernünftig ist die Weigerung Bonns, einen deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Krieg ging vor fast 20 Jahren zu Ende. Darf man da den Abschluß eines Friedensvertrages noch länger hinausschieben? Die Sowjetunion unterbreitete Vorschläge zu dieser Frage, in Bonn aber lehnt man sie ab, schlägt aber auch nichts anderes vor und klammert sich lediglich an die „Position der Stärke". Eine zumindest merkwürdige Haltung! Ist sie denn imstande, der Bundesrepublik Deutschland etwas außer Gefahr und Schaden zu bringen?

Von der gleichen Art sind die Gebietsansprüche der Bundesrepublik im Osten. Die ganze Welt macht sich über die in der Bundesrepublik gedruckten Landkarten Deutschlands lustig. Ich glaube, auch mancher meiner Leser hat sich schon die Frage gestellt: Welchen geographischen und politischen Realitäten entsprechen eigentlich diese 1964 herausgegebenen Landkarten, die Deutschland in den Grenzen von 1937, die seit 1949 nicht mehr existierende sowjetische Besatzungszone sowie angeblich unter sowjetischer und polnischer Verwaltung stehende Zonen zeigen, die es überhaupt niemals gegeben hat? Durch diesen Wirrwarr versucht man das „Recht auf die Ostgebiete" zu begründen. Wessen Recht? Die Bundesrepublik hat niemals an diese Gebiete gegrenzt, folglich kann sie auch von keinem Recht darauf sprechen. Der Umsiedler, die angeblich in heimatliche Gefilde zurückzukehren wünschen? Soviel ich weiß, hat keiner dieser Leute bisher den ersten und natürlichen Schritt zu einer Heimkehr getan: keiner stellte einen Antrag auf ein Einreisevisum und löste eine Fahrkarte in seine alte Heimat. Und was ihre Nachkommen anbelangt, die laut „Bundesvertriebenengesetz" 1953 merkwürdigerweise ebenfalls als Ausgesiedelte gelten, so mögen sich die jungen Leute, die in Köln geboren wurden, überlegen, warum man in ihrem Namen von irgendeinem „Recht auf Heimat" in Szecin (Stettin) redet, wenn ihre Heimat die Bundesrepublik ist, sowie, was dann aus dem Recht auf Heimat der jungen Polen werden soll, die tatsächlich in Szecin geboren sind und dort auch leben.

Und was kann man über die beharrlichen Versuche gewisser Kreise in der Bundesrepublik sagen, in den Besitz von nuklearen Waffen zu gelangen? Die Atommächte besprechen das Abrüstungsproblem. Die Sowjetunion hat bekanntlich Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unterbreitet. Ge-

wisse einflußreiche Politiker der Bundesrepublik aber nehmen alles in Kauf, um ja im Rahmen der „multilateralen Atomstreitmacht der NATO" ihren Finger an den Abzug der Atomwaffen zu legen. Es fragt sich, welchen Sinn ein solches Gebaren haben kann.

Meines Erachtens ist es praktisch ebenso sinnlos wie die anderen aufgezählten Richtlinien. Aber um dieser praktisch sinnlosen Richtlinien willen lehnt Bonn eine Verbesserung der Beziehungen zu der Sowjetunion ab, obgleich gerade sie für die Bundesrepublik praktischen Wert hat.

Wirtschaftsinteressen

Im April 1952 hatte ich Gelegenheit, den Sitzungen der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau beizuwohnen. Unter den Vertretern der Geschäftskreise vieler Länder der Welt, die sich damals im Säulensaal des Gewerkschaftshauses versammelt hatten, war auch eine westdeutsche Delegation. Man erinnere sich daran, daß damals die Beziehungen zwischen unseren Ländern — es war gleich danach, als Bonn im März 1952 die sowjetischen Vorschläge zu der deutschen Frage abgelehnt hatte — alles andere denn als zufriedenstellend bezeichnet werden konnten. Trotzdem waren Geschäftsleute aus Westdeutschland, die ein durchaus verständliches Interesse an der Herstellung von Wirtschaftskontakten zu der Sowjetunion bekundeten, zum erstenmal nach Moskau gekommen.

Die Geschäftskreise Deutschlands hatten mit den Wirtschaftsbeziehungen zu der UdSSR gute Erfahrungen gemacht. Während der Wirtschaftskrise 1929—1932, als die ökonomische Lage Deutschlands ausgesprochen schlecht war, hat gerade der Handel mit der UdSSR der deutschen Wirtschaft geholfen, über die Runden zu kommen. In jenen Jahren erreichte der Anteil der UdSSR am deutschen Export 11 Prozent. Deutschland führte jedes Jahr in die Sowjetunion Waren im Gegenwert von mehr als 700 Millionen DM aus. Während der gesamte Außenhandel Deutschlands in den Krisenjahren sich um mehr als die Hälfte verringerte, wurde der Export in die Sowjetunion mehr als verdoppelt. 1931 gingen beispielsweise 36 Prozent aller Erzeugnisse des deutschen Werkzeugmaschinenbaus und mehr als 20 Prozent des Ausstoßes der elektrotechnischen Industrie in die Sowjetunion.

1954 begannen sich die durch die Jahre der Naziherrschaft und des Krieges unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR wieder zu beleben. Gegenwärtig bestehen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion Handelsbeziehungen. Aber natürlich erreichen sie hinsichtlich des Anteils an den Wirtschaften unserer Länder nicht einmal annähernd das Niveau der frühen dreißiger Jahre. Der Ausbau dieses Handels wird durch keinerlei objektive Ursachen, sondern einzig und allein durch die vom Westen betriebene Politik des Embargos und der Diskrimination verhindert. Man erinnere sich nur an die berüchtigte Geschichte mit dem Bonner Röhrenembargo! Übrigens kam die UdSSR nicht zu Schaden, sondern leitete die Produktion eigener Rohre in die Wege. Die Bestellung auf Rohre übernahmen außerdem Exportfirmen anderer westlicher Länder. Der Handel wird auch durch den vom ökonomischen Standpunkt unerklärlichen Umstand gehemmt, daß westdeutschen Exporteuren, die ihre Waren in die Sowjetunion ausführen, keine Hermes-Garantien gewährt werden. Kurz und gut, man darf behaupten, auch ohne alle westlicherseits künstlich aufgeführten Hindernisse zu nennen, daß der sowjetisch-westdeutsche Handel durchaus ausbaufähig ist.

Ich glaube, jedermann begreift, wie sehr unsere beiden Länder an der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen interessiert sind. Die Geschäftsleute in der Bundesrepublik sind sich klar darüber, daß die gegenwärtige Hochkonjunktur in

der westdeutschen Wirtschaft nicht ewig währen wird, daß vielleicht sehr bald eine Zeit kommt, da die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, die weder Überproduktionskrisen noch Konjunkturschwankungen kennen, Westdeutschland gut zustatten kommen werden. Davon zeugen die jüngsten Vereinbarungen mit Frankreich, England und anderen Ländern. Das sieht man jetzt auch in den USA gut ein.

Kann man diese Beziehungen gebührenderweise ausbauen, kann man alle ihre Möglichkeiten nutzen, wenn von der westdeutschen Seite eine Politik des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder betrieben wird? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. So gerät diese aussichtslose Politik in Widerspruch zu den durchaus realen und greifbaren Interessen der Bundesrepublik.

Die Wolken vertreiben

Ebenso greifbar sind die politischen Interessen der Bundesrepublik, die eine dringende Besserung der Beziehungen zu der Sowjetunion verlangen. Davon legt, wie ich bereits feststellte, schon allein die Tatsache ein beredtes Zeugnis ab, daß sich Westdeutschland von schlechten Beziehungen zu der UdSSR rein nichts versprechen kann. Wenn es aber so ist — und es ist so —, dann besagt die einfache Logik, daß die Herstellung normaler, gutnachbarlicher Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern und namentlich mit der Sowjetunion für Westdeutschland gewinnbringend wäre.

Es liegt mir fern, mich in die politischen Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen. Aber schließlich haben westdeutsche Politiker selber wiederholt festgestellt, daß der Bundesrepublik aus der einseitigen und nicht elastischen Orientierung in der Außenpolitik nur Verluste entstehen; daß der ruhmlose „Dreißigjährige Krieg" gegen die Sowjetunion Westdeutschland großen Schaden zufügt. Ich glaube, daß die Bundesrepublik, die zwischen West- und Osteuropa liegt, eine bedeutendere und ehrenvollere Rolle als die des braven NATO-Soldaten spielen könnte, hätte sie es nicht darauf angelegt, päpstlicher als der Papst zu sein.

Ich sprach hier vom Interesse Westdeutschlands an besseren Beziehungen zu der UdSSR. Das darf keineswegs bedeuten, daß unser Land an einer Verbesserung der Beziehungen zu der Bundesrepublik uninteressiert ist. Die sowjetische Politik folgt der auf dem 20., dem 21. und dem 22. Parteitag der KPdSU festgelegten Generallinie. Sie steuert den Kurs auf friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit, auf Frieden und Freundschaft mit allen Staaten, unabhängig von ihrem sozialen System. Unsere Beziehungen zu der Deutschen Demokratischen Republik stehen im Zeichen der brüderlichen Freundschaft und der Zusammenarbeit. Es würde uns freuen, auch mit dem anderen deutschen Staat — der Bundesrepublik — normale, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Abschließend möchte ich noch einmal hervorheben: würde man nur jene Schranken beseitigen, die eine Normalisierung der Beziehungen stören, hätte man vom Horizont der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen die schweren Gewitterwolken vertrieben. Schon allein das ist in der heutigen Welt ein Werk, das jede Mühe lohnt.

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Planung ohne Planwirtschaft

Am 31. Oktober d. J. ist die Frist zur Anmeldung von Zechenstillegungen auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 abgelaufen. Bis zu diesem Tage ist eine Jahresförderung von 26 Mill. t Steinkohlen zur Stillegung angemeldet worden. Einschließlich einer sog. Vorausaktion, die 8 Mill. t Förderung betraf, sowie der Stillegung weiterer 6,6 Mill. t zwischen 1958 und dem Beginn der Vorausaktion sind seit Anfang der Bergbaukrise insgesamt bergbauliche Kapazitäten von 40,6 Mill. t Jahresförderung stillgelegt worden oder noch zur Stillegung vorgesehen.

Die jetzt bekannt gewordenen Ziffern haben begreiflicherweise Unruhe vor allem in Gewerkschaftskreisen erzeugt, die wachsende Konkurrenz des Erdöls und die weiter drohende des Erdgases aber auch die Unternehmensleitungen erneut auf den Plan gerufen. Man verlangt nach einer gesetzlichen Lizenzierung der Einfuhr von Erdölprodukten und erinnert sich des völligen Mißerfolges, den vor einigen Jahren das von dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Erhard genehmigte Kohle-Öl-Kartell erlitten hat. Das Fehlen einer langfristig geplanten energiepolitischen Konzeption der Bundesregierung, insbesondere auch im Rahmen des Gemeinsamen Marktes (auf dem die Hohe Behörde der Montan-Union keinerlei Kompetenz für Erdöl und Erdgas besitzt), wird stärker als je beklagt.

Diese Tatsachen mögen Ausgangspunkt für eine Betrachtung über Möglichkeit, Notwendigkeit und Grenzen der „Planung" in der modernen Wirtschaftspolitik sein.

I.

Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, die grundlegende politische Konzeption für die Ordnung unseres Wirtschaftslebens, wird gewöhnlich als die einer „Sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet. Sie ist eine marktwirtschaftliche Ordnung, insofern Produktion, Investitionen, Preise durch individuelle Entscheidungen der Unternehmer bestimmt werden, die sich am Markt orientieren. Damit steht sie im Gegensatz zu dem System der Planwirtschaft der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten, insbesondere auch der DDR, in dem ein vom Staat für längere Zeit aufgestellter „Wirtschaftsplan" den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens bestimmt. Sie soll aber zugleich eine „soziale" Ordnung sein, nicht so sehr weil — wie einige ihrer Vertreter annehmen — eine tendenziell marktwirtschaftliche Ordnung als solche auch sozial die gerechteste Ordnung ist, als vielmehr deshalb, weil das Ergebnis des marktwirtschaftlich orientierten Produktionsprozesses, namentlich die Einkommensverteilung, durch besondere staatliche Maßnahmen unter „sozialen" Gesichtspunkten korrigiert wird.

Es ist das Verdienst der sog. Freiburger nationalökonomischen Schule, vor allem Walter Euckens, die Gegensätze zwischen Markt- und Planwirtschaft, zwischen Wettbewerbs- und zentraler Verwaltungswirtschaft scharf herausgearbeitet zu haben. Die Unterscheidung ist theoretisch, didaktisch und auch politisch von großem Wert, ja unentbehrlich. Aber das ändert nichts daran, daß es in der gesamten westlichen Welt ein marktwirtschaftliches System in Reinkultur heute weder gibt noch geben kann. „Alle Wirtschaftssysteme des Westens sind gemischte Systeme, sind dualistisch oder pluralistisch" [1]).

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die außerordentlichen Erfolge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Bundesrepublik nach den

Zerstörungen des Krieges nur auf der Grundlage einer im Kern marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung erzielt werden konnten. Nur eine solche Ordnung war in der Lage, die Kräfte des einzelnen zu bestmöglicher Leistung anzuspornen und zugleich Produktion und Investitionen der Unternehmungen entsprechend den dringendsten Wünschen der Verbraucher zu lenken. Die Überlegenheit dieses Systems gegenüber allen Praktiken östlicher Plan- und Zwangswirtschaft ist, soweit es um die Befriedigung individueller Bedürfnisse geht, so offenkundig, daß es bei uns längst bis weit in die Kreise der SPD hinein, und nicht nur aus taktischen Gründen, anerkannt ist. Die Grundprinzipien der Markt- und Wettbewerbswirtschaft bedürfen als solche heute keiner Verteidigung mehr. Sie ist auch insofern eine durchaus planvoll geführte Wirtschaft und keineswegs, wie gelegentlich behauptet worden ist, ein anarchischer Kampf aller gegen alle, als die individuellen Entscheidungen zahlloser Unternehmer nicht nur laufend am Marktgeschehen orientiert, sondern vor allem auch ständig vom Markt kontrolliert werden. Ob der Unternehmer „richtig" investiert und produziert, ob er die „richtigen" Preise verlangt hat, das zeigt mit unerbittlicher Klarheit das Ergebnis seiner Tätigkeit im Wettbewerb mit anderen Unternehmen, wie es im Jahresabschluß, der Gewinn- und Verlustrechnung, zum Ausdruck kommt. Auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung wird selbstverständlich geplant, nur daß Träger der Planung hier primär die Unternehmer und Unternehmensleiter und nicht irgend welche staatliche Stellen und Träger des Risikos der Planung primär die Unternehmen und nicht die Allgemeinheit sind. Das Ordnungssystem der Marktwirtschaft selbst, hat man nicht ohne Grund gesagt, sei ein sorgfältig durchdachter, allgemein wirkender Plan für die Lenkung aller einzelwirtschaftlichen Vorgänge zum Nutzen des Ganzen.

Davon freilich soll im folgenden nicht die Rede sein. Wenn hier von „Planung ohne Planwirtschaft, von „Planung in der Marktwirtschaft" gesprochen wird, dann meinen wir nicht die Tatsache, daß das Wirtschaftsleben auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung keineswegs planlos, sondern sehr wohl planmäßig, nämlich im Sinne genau überlegter, durch den Markt überwachter Entscheidungen einzelner Unternehmer verläuft. Wir meinen vielmehr den Umstand, daß auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der heute geltenden Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, das wirtschaftliche Geschehen nicht nur durch individuelle Entscheidungen der Unternehmer, sondern in mehr oder minder großem Umfang durch staatliche Entscheidungen beeinflußt wird und beeinflußt werden muß. Was uns hier interessiert, ist das Verhältnis zwischen den Einzelplänen und -entscheidungen der Unternehmer und den Kollektivplänen und -entscheidungen staatlicher oder sonstiger öffentlicher Stellen.

II.

Allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates liegt eine bestimmte Auffassung der staatlichen Stellen von dem Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens und der Beeinflussung dieses Ablaufs durch die in Aussicht genommene Maßnahme, ein bestimmter Plan also, zugrunde.

> „Auch der Wirtschaftspolitiker, der jede formulierte Aussage über die Zukunft ablehnt, trägt, wenn er handelt, eine Vorstellung dessen in sich, was er von der Zukunft erwartet; andernfalls wäre sein Handeln sinnlos" [2]).

Ob wir die Landwirtschaft, den sozialen Wohnungsbau, den Kapitalmarkt, den gewerblichen Mittelstand „fördern", den Arbeitsmarkt „entlasten", ob wir diesem

oder jenem Wirtschaftszweig zoll- und steuerrechtliche Vergünstigungen gewähren, Starthilfen geben, Zinsverbilligungen, Anpassungsleistungen, Ausgleichszahlungen, offene oder versteckte Subventionen der verschiedensten Art zuteil werden lassen, stets müssen die zuständigen Ministerialreferenten, Minister und Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestags (oder wenigtens einige von ihnen) sich Klarheit über den vorliegenden wirtschaftlichen Tatbestand, über das politisch Gewollte und die zur Erreichung des erstrebten Ziels in Betracht kommenden Mittel zu verschaffen versuchen. Sie müssen also planvoll vorgehen, und wir wollen unterstellen, daß sie es auch wirklich tun. „Politik heißt Planen und Handeln" [3]). Daß angesichts der Fülle staatlicher Interventionen auf allen möglichen Gebieten, der Verschiedenheit der Interessen, der sehr verschiedenen Stärke, mit der diese Interessen auftreten und ihre Wünsche durchsetzen können, der mehr oder weniger großen Neigung der Politiker auch zu ganz sachwidrigen Kompromissen (Kuhhandel) im Endergebnis dann vielfach Entscheidungen zustande kommen, die keineswegs harmonisch abgestimmt sind, sondern im Gegenteil einander nicht selten paralysieren, ist jedem nationalökonomisch und politisch Geschulten bekannt, braucht uns aber nicht weiter zu beschäftigen. Denn auch diese Art „planmäßiger" Ordnung des Wirtschaftslebens ist es nicht, die uns hier interessiert. Bei allen Maßnahmen der genannten Art nämlich handelt es sich immer nur um zeitweilige Teilaspekte des Wirtschaftslebens, um aktuelle Fragen einzelner Wirtschaftszweige, um bestimmte soziale Gruppen (gewerblicher Mittelstand), einzelne Märkte (Rentenmarkt, Kapitalmarkt, Devisenmarkt), die Gegenstand staatlicher Intervention sind. Das Thema „Planung ohne Planwirtschaft" dagegen stellt auf etwas anderes ab, nicht auf die Problematik staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben schlechthin, sondern auf die Frage, ob und inwieweit es zweckmäßig und überhaupt möglich ist, den gesamten Ablauf des Wirtschaftslebens wenigstens in großen Zügen für eine gewisse Zeit zu überblicken und in einer amtlichen Vorausschau festzuhalten und welche Bedeutung dieser Vorausschau, diesem „Plan" für die staatliche Wirtschaftspolitik einerseits, die Entscheidungen der Unternehmen andererseits zukommen kann und soll. Dabei sind Begrenzungen des Plans sehr wohl möglich: wir sprechen von einer Planung für bestimmte Wirtschaftszweige (Energiewirtschaftsplan, Grüner Plan für die Landwirtschaft) oder bestimmter räumlich abgegrenzter Gebiete (Regionalplanung). Immer aber muß es sich um eine Erfassung dieser Bereiche in ihrer wirtschaftlichen Gesamtheit und nicht nur unter den Gesichtspunkten gerade aktueller Einzelfragen handeln. Die Grenzen sind naturgemäß fließend.

III.

Wenn wir unserem Thema diesen Inhalt geben, so wird mancher Leser sich vielleicht der lebhaften Kontroverse erinnern, die ein im Herbst 1962 veröffentlichtes Memorandum der EWG-Kommission über das „Aktionsprogramm für die zweite Stufe" und eine anschließende Diskussion zwischen dem Präsidenten der Kommission, Professor Walter Hallstein, und dem damaligen Bundeswirtschaftsminister, Professor Ludwig Erhard, ausgelöst hat. Dort der messerscharf argumentierende Jurist und Chef eines ganzen Heeres von ehrgeizigen Technokraten, insbesondere französischer Provenienz, die von der Idee der „planification" erfüllt waren, hier der liberale Nationalökonom, dem schon die Worte „Planung" und „Programmierung" einen Schreck in die Glieder jagen, — es war, wie immer man über die Ergebnisse denken mag, ein eindrucksvolles Rededuell. Inzwischen hat die List-Gesellschaft sich der Problematik angenommen und sie zum

Unser satirischer Kolumnist

RUDOLF ROLFS

(was ich noch sagen wollte . . .) schrieb:

VOLLER BAUCH AUF BARRIKADEN

Betrachtungen und Bekenntnisse zwischen Kabarettbühne und Rednerpult — 4,80 DM

happy-end?

ROMAN — 4,80 DM

DIE HAND DES JOSEF KÖNIG

ROMAN EINES LINKSHÄNDERS — 4,80 DM

DIE HOSENTRÄGER

EINHUNDERTUNDEINE SATIRE — 4,80 DM

TAGEBUCH EINES NICHTSCHLÄFERS

4,80 DM

ROT

ERZÄHLUNG — 4,80 DM

(Hier bitte abschneiden)

An die
SCHMIERE
Frankfurt/Main
Im Karmeliterkloster

Bestellzettel

(nur im Umschlag zu versenden)

Ich bestelle hiermit:

.....	Expl. Rolfs ‚SCHMIERE' Bd. 8	2,40 DM
.....	Expl. Rolfs ‚SCHMIERE' Bd. 9	2,40 DM
.....	Expl. Rolfs ‚Voller Bauch . . .'	4,80 DM
.....	Expl. Rolfs ‚happy-end?'	4,80 DM
.....	Expl. Rolfs ‚Die Hand . . .'	4,80 DM
.....	Expl. Rolfs ‚Die Hosenträger'	4,80 DM
.....	Expl. Rolfs ‚Tagebuch . . .'	4,80 DM
.....	Expl. Rolfs ‚ROT'	4,80 DM

(Gerichtsstand: Frankfurt/M.)

Unterschrift: .....

Anschrift: .....

.....

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 12/64

EIN THEATER

welches wegen seiner unzensierten und ungeschminkten meinung nicht allein geliebt, sondern auch gehaßt wird

the worst theatre of the world

nicht im rundfunk!

il peggior teatro del mondo

nicht im fernsehen!

il peor teatro del mundo

jetzt im 15. jahre:

le plus mauvais theatre du monde

das satirische theater

DIE SCHMIERE

das schlechteste theater der welt

frankfurt — karmeliterkloster

Gegenstand einer mehrtägigen Aussprache gemacht. Ihre ausführlichen Beratungen, bei denen sowohl in- und ausländische Wissenschaftler wie hervorragende Praktiker zu Wort gekommen sind, liegen jetzt gedruckt vor[4]). Wir wollen versuchen, einige besonders wichtige Punkte dieser Beratungen herauszuarbeiten.

Wer darüber hinaus interessiert ist, sei auf das umfangreiche Buch von Karl Albrecht, Planifikateure am Werk, Düsseldorf-Wien 1964, verwiesen, in dem dieser ausgezeichnete Kenner der Materie, Praktiker und Wissenschaftler zugleich, insbesondere Wandlungstendenzen in der französischen Planifikation[4a]), die Suche der EWG nach einer neuen Konzeption sowie das zentrale Planbüro und den sozialökonomischen Rat der Niederlande darstellt.

IV

Warum überhaupt Planung? — das ist die erste Frage, auf die man eine Antwort geben muß. Genügt nicht der Wettbewerb als Motor für die Ingangsetzung der individuellen wirtschaftlichen Kräfte und zugleich Instrument der Lenkung von Produktion, Investitionen und Preisen, der Wettbewerb ergänzt durch zusätzliche Maßnahmen sozialen Charakters? Nun, möglichst umfassender Wettbewerb ist in der Tat höchst wünschenswert, ja unentbehrlich, aber ihm allein oder auch nur in erster Linie können wir nicht immer vertrauen. In manchen Wirtschaftszweigen zunächst „konkurrieren" nur wenige Unternehmen mit jeweils relativ großen Marktanteilen, einen freien und vollständigen Wettbewerb, die Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung, gibt es hier überhaupt nicht, es gibt nur das, was die Nationalökonomen „oligopolistische Konkurrenz" nennen. Der Wettbewerb stellt aber auch dann keine Lösung des Ordnungsproblems dar, wenn aus bestimmten — guten oder weniger guten — Gründen die Gemeinschaft eine Ordnung, die zur Ausschaltung der nicht hinreichend leistungsfähigen Unternehmen führen würde, nicht wünscht: beispielsweise sei auf den Kohlenbergbau und die Landwirtschaft verwiesen. In diesen Fällen, in denen der Wettbewerb die Rolle des Steuerungsinstruments nicht übernehmen kann oder soll, muß ein anderer Ordnungsfaktor an seine Stelle treten. Dieser kann nur auf Grund eines entsprechenden „Wirtschaftsplans" wirksam werden. Auf Märkten mit oligopolistischer Struktur bestimmen die Unternehmen selbst, mehr oder minder eng zusammenwirkend, den Wirtschaftsplan; der Staat ist, und auch das mehr in der Theorie, auf Eingriffe in eine mißbräuchliche Geschäftsgebarung „marktbeherrschender Unternehmen" nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen angewiesen. In allen übrigen Fällen kann nur eine unabhängige Stelle — sei es der Staat, sei es ein mit besonderer Autorität ausgerüstetes Wirtschaftsinstitut — den Wirtschaftsplan aufstellen.

Vorausschauender Planung bedarf ferner das ganze Gebiet der eigenen Betätigung des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Sonderverwaltungen (Bundesbahn, Bundespost usw.) Rund 40 % der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage gehen bekanntlich heute durch die öffentliche Hand, die insoweit nicht oder kaum in Wettbewerb zu anderen Nachfragenden steht. Eine sinnvolle Politik ist hier nur auf Grund langfristiger, mehrere Haushaltsjahre umfassender Wirtschaftspläne möglich.

Dabei handelt es sich weitgehend um die sog. Infrastruktur, die bis zu einem gewissen Grad nur von der öffentlichen Hand geschaffen und erhalten werden kann. Darunter sind Einrichtungen zu verstehen, die — als solche vielfach nicht unmittelbar rentabel — dennoch unerläßliche Voraussetzung privatwirtschaftlicher Betätigung darstellen; insbesondere fallen darunter Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens, Verkehrswege wie Straßen, Kanäle und Häfen. Die politischen An-

schauungen sind hier von Land zu Land, von Epoche zu Epoche verschieden: die Einrichtung von Volksschulen etwa wird heute wohl überall als öffentliche Angelegenheit empfunden, vielfach auch die von Krankenhäusern; bei Verkehrs- und Versorgungsbetrieben (Gas, Wasser, Strom) liegt es zum Teil anders, gemeinsam aber ist allen diesen Einrichtungen, daß keineswegs allein oder auch nur überwiegend der Wettbewerb einer Vielzahl von Unternehmen über die Investitions-, Produktions- und Preispolitik entscheiden kann. Eine langfristige Planung der öffentlichen Hand ist insoweit unentbehrlich. Für Verkehrs- und Versorgungsbetriebe gilt dies auch deshalb, weil sie weite Räume in Anspruch nehmen und in die Rechtspositionen unzähliger Einzelpersonen eingreifen müssen.

Das Verkehrswesen bietet in diesem Zusammenhang besonderes Interesse, nicht nur weil hier — in der Bundesrepublik — öffentliche (Bundesbahn) und öffentlich subventionierte (Lufthansa) neben privatwirtschaftlich geführten Unternehmen (Güterfernverkehr, Pipelines) tätig sind und zum Teil miteinander konkurrieren, sondern auch weil sich hier privatwirtschaftliche und öffentliche Tätigkeit überschneiden. Kraftwagen werden in der westlichen Welt in hochrentablen Aktiengesellschaften, Straßen von der öffentlichen Hand gebaut. Selbstverständlich planen die Automobilfabriken Produktion und Investitionen auf Jahre hinaus. Sie können das aber nicht, ohne auf die Baupläne der öffentlichen Hand Rücksicht zu nehmen. Aber auch diese muß bei ihren Planungen eng mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten.

Jede vorausschauende Planung ist naturgemäß eine Schätzung. Unterlagen sind die Daten der Vergangenheit. Diese liefert die Statistik, die von amtlichen und privaten Stellen (Verbände, Einzelunternehmen) immer mehr ausgebaut wird. Eine ziffernmäßige Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Vorgänge, eine Darstellung des wirtschaftlichen Kreislaufs in Kontenform veröffentlicht alljährlich das Statistische Bundesamt in seiner „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung".

Entscheidend sind nun aber vor allem Gegenstand der Planung, Zeitraum, auf den sie sich beziehen soll, und praktische Bedeutung der Planung. Um den Gegenstand sinnvoller Planung zu bestimmen, geht man am besten von Extremen aus. Sicher wäre kaum etwas erreicht, wenn die Planung sich nur auf weit gefaßte Globalgrößen wie etwa Bruttosozialprodukt und seine Verwendung für den staatlichen und privaten Verbrauch sowie für Investitionszwecke erstreckte. Damit wäre niemand gedient. Andererseits kann es schwerlich die Aufgabe des Staates sein, die Produktion von Stecknadeln, Schuhen oder Zigaretten zahlenmäßig zu planen, — dann näherten wir uns einer „Planwirtschaft" in Reinkultur, vor der der Himmel uns bewahre. Die Grenzziehung ist nicht einfach und bis heute umstritten. Gute Gründe dürften zunächst vor allem für Rahmenpläne für Infrastruktur-Investitionen (Straßennetz, Verkehrswesen, Energie, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen, Bildungswesen usw.) sprechen [5]). Mit der fortschreitenden Verbesserung der Instrumente zur elektronischen Datenverarbeitung mag man auch die Planung weiter ausbauen.

In zeitlicher Hinsicht ist zwischen kurz-, mittel- und langfristiger Planung zu unterscheiden. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik auf kurze Sicht steht heute die Konjunkturpolitik, deren Aufgabe es ist, starke Schwankungen in der Ausnutzung der Produktionskräfte zu dämpfen, und die selbstverständlich einer entsprechenden — übrigens keineswegs allzu kurzfristigen — Vorausschau bedarf. Sehr viel schwieriger sind die Probleme einer längerfristigen Wirtschaftsplanung. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich gegen eine derartige Planung bisher stets gewehrt, nicht nur weil jede Schätzung naturgemäß um so

größere Schwierigkeiten machte, je länger der Zeitraum ist, den sie umfassen soll, sondern auch weil man fürchtete, auf diesem Wege unversehens in ein kollektivistisches Wirtschaftssystem abzugleiten. „Setzt sich der staatliche Rahmenplan durch, dann kommen wir in der Tat zu einer Planung mit Planwirtschaft", sagte Staatssekretär Professor Müller-Armack auf der erwähnten Frankfurter Tagung [6]). „Oder aber es setzt sich der private Sektor durch. Das wäre ja auch möglich. Der Rahmenplan stimmt dann nicht. Er wird dann angepaßt — ein rechnerisches Spiel und im Grunde genommen nicht mehr. Oder aber, es setzt sich kein Plan durch. Dann haben wir ein Zwischensystem, das, glaube ich, schlechter ist als die beiden anderen Alternativen, die ich eben nannte [7])."

Damit sind wir an dem wohl wichtigsten Punkt angelangt, der Frage, ob und inwieweit staatliche Planungen verbindlich sein sollen. Präsident Hallstein hat sich seinerzeit energisch gegen den Vorwurf verwahrt, seine Behörde wolle eine Zwangsverwaltungswirtschaft aufbauen [8]). „Wollen wir noch einmal betonen, daß wir nicht daran denken, sei es die Wahlfreiheit der Produzenten, sei es die der Konsumenten einzuschränken? Wir denken nicht daran, irgend eine Zuteilung von Produktionsfaktoren zu propagieren, und ebensowenig eine Rationierung von Produkten für die Konsumenten. Keine Beeinträchtigung des Wettbewerbs also! ... Der Wirtschaft wollen wir helfen, indem wir dem Wettbewerb dienen. Wir glauben, daß die mittelfristige Vorausschau in der Tat die Markttransparenz vergrößern wird, also den wirtschaftlichen Subjekten aller Katgorien Anhaltspunkte für die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung gibt. Man kann es auch so formulieren, daß es das Ziel ist, und zwar sowohl für die Wirtschaftspolitik wie für die Wirtschaft, die Sicherheit zu vergrößern, ohne die Freiheit zu vermindern [9])."

Die Frage nach dem Zweck staatlicher Wirtschaftsplanung läßt sich vielleicht am besten mit dem holländischen Nationalökonomen Jan Tinbergen dahin beantworten, daß sie „für die Regierung mehr oder weniger ein Programm sein sollte, für den Privatsektor eine Indikation" [10]). Anders ausgedrückt: „Es geht darum, durch den Plan die unentbehrlichen Grundlagen zu schaffen, ohne die eine rationale Wirtschaftspolitik schlechthin unmöglich ist. Für den Unternehmer mag die Planifikation entbehrlich sein. Für den Wirtschaftspolitiker ist sie die unerläßliche Voraussetzung seiner Entscheidungen [11])."

„Wir müssen uns in der Situation, in der wir sind, für irgend einen Kurs entscheiden, und diese Entscheidung wird unter Abwägung sehr verschiedener Gesichtspunkte erfolgen müssen. Dieser Plan, oder, wenn man will, dieses Konzept, für das man sich entschieden hat, wird dann im einzelnen weiter ausgebarbeitet und bildet von jetzt ab die Richtschnur der wirtschaftspolitischen Aktivität des Staates. Der einzige, der durch diesen Plan wirklich gebunden ist, ist der Staat. Für die privaten Wirtschaftssubjekte ist er einfach eine konsistente Wirtschaftsprognose, die sie zur Grundlage ihrer eigenen Pläne machen können oder auch nicht; denn das ist ja der Sinn eines Rahmenplanes, daß der einzelne darin volle Freiheit behält. Daß diese so bedingten Einzelentscheidungen in der Gesamtheit in vernünftigen Grenzen prognostiziert und in den Plan eingesetzt werden, ist die Grundlage des ganzen Verfahrens [12])."

Ganz kurz formuliert: „Als Lösung des Problems der Wirtschaftsordnung erweist sich die staatlich gelenkte und durch kollektive Vereinbarungen ergänzte Marktwirtschaft [12a])."

Als Mittel zur Durchführung des Rahmenplans kommen in erster Linie die allgemeinen Mittel der Wirtschaftspolitik in Betracht, die Geld- und Kreditpolitik, die Finanz-, Außenwirtschafts- und Sozialpolitik, die Lohnpolitik, die Gestaltung

des Wirtschafts- und Steuerrechts. Die Grenzen der Planung liegen in den Möglichkeiten der Vorausschau.

Die Vorteile einer derartigen Rahmenplanung sieht Professor Krelle zunächst in der systematischen Koordination aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen unter einem einheitlichen Gesichtspunkt. „Man folgt einem konsistenten Konzept, für das man sich einmal bewußt entschieden hat. Der zweite Vorteil, der damit zusammenhängt, ist das Zurückdrängen interessenbedingter und -erzwungener oder punktueller Einzelentscheidungen. Drittens würde das privatwirtschaftliche Risiko in gewisser Hinsicht reduziert, insofern als ja von staatlicher Seite mehr oder weniger gewisse Prognosen geliefert werden, die sich der einzelne sonst sehr schwer oder gar nicht selbst erstellen könnte. Und schließlich kann man eine stabilere Wirtschaftsentwicklung erwarten [13])." Krelle hält das letztere für besonders bedeutsam. Denn ein Rahmenplan wird „um so wichtiger, je höher unser Lebensstandard selbst steigt, weil damit die wirtschaftliche Entwicklung selbst unstabiler wird. Solange wir starke Wachstumsraten und eine stark und stetig steigende Nachfrage in praktisch allen Branchen der Volkswirtschaft haben, kann man nicht viel falsch machen in der Wirtschaftspolitik, ebensowenig wie bei der Einzelfirma ... Wenn dagegen die Wirtschaft nicht mehr so stark wächst, wenn die vitalen Bedürfnisse einmal befriedigt sind und wenn die Masse der Nachfrage sich auf langlebige Konsumgüter richtet, bei denen sich die Nachfrage ohne weiteres für längere Zeit hinausschieben läßt, so daß sie sich dann in gewissen Perioden zusammendrängt, dann kann es zu einer Unstabilität in der ganzen Wirtschaftsentwicklung kommen, bei der eine solche Richtschnur wie ein Rahmenplan nur von Vorteil ist [14])".

V

In der amtlichen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ist die Wirtschaftsplanung als solche noch immer mit einem gewissen Makel behaftet. „Einen Wirtschaftsplan auf längere Sicht lehnt man ab, aber langfristige Wirtschaftspolitik treibt man de facto seit langem", — so hat Professor Bombach vor einem Jahr die Lage charakterisiert und hinzugefügt, bald werde „man sich auch ganz frei dazu bekennen" [15]). Marktwirtschaftliche Ordnung und vorausschauende Planung des Wirtschaftslebens sind in der Tat keine unüberbrückbaren Gegensätze, nur ein „Denken in Extremen" [16]) hat sie dazu gemacht. Viel zu sehr berühren auf zahlreichen Gebieten privatwirtschaftliche Tätigkeit und faktische Betätigung sowohl wie unabweisbare Aufgaben der öffentlichen Hand einander, als daß beide ohne intensive Zusammenarbeit disponieren könnten, und das bedeutet schließlich nichts anderes als die Notwendigkeit vorausschauender Planung. Niemand wird nach allen Erfahrungen der Vergangenheit und nach unseren heutigen Erkenntnissen ein System östlicher Planwirtschaft befürworten. Aber es gibt wohl auch keinen ernsthaften Wirtschaftspolitiker, der zu den Methoden eines Manchester-Liberalismus zurückkehren wollte. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Nur darf man unter einer Entscheidung auf mittlerer Ebene nicht einfach einen machtmäßig-taktischen Kompromiß von Interessengruppen verstehen. „Planung ohne Planwirtschaft", „Planung in der Marktwirtschaft" ist ein System der Ordnung des Wirtschaftslebens, das nur dann funktionieren kann, wenn es sich der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und der neuesten Technik bedient. Mit dieser Maßgabe aber wird es sich eines Tages als unentbehrlich erweisen. Nicht nur viele, in der Bundesrepublik bisher sträflich vernachlässigte Gemeinschaftsaufgaben drängen gebieterisch in diese Richtung. Dem rapiden Anwachsen der Weltbevölkerung, dem Hunger in der farbigen Welt, den Problemen der friedlichen Verwertung der Kernenergie können wir niemals

ohne ein erhebliches Maß internationaler Planung begegnen. Auch die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten aneinander, die zu fördern doch das wichtigste Ziel deutscher Politik sein sollte, verlangt, daß wir, ohne den Kern unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung preiszugeben, den Interessen der Allgemeinheit einen weitaus stärkeren Einfluß auf das Wirtschaftsleben einräumen als bisher [17]).

Anmerkungen

[1]) Edgar Salin in dem im Text zu Anm. 4 aufgeführten Werk S. 9

[2]) W. Bauer a.a.O. S. 57

[3]) Salin a.a.O. S. 8

[4]) Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft 7.—9. Juni 1963. Basel-Tübingen 1964. Hier ist S. 285 ff. auch das oben genannte Memorandum abgedruckt.

[4a]) Hierzu auch Jetter, Das Fiasko der Planifikation, FAZ vom 29. 8. 1964 Nr. 200 S. 5

[5]) So z. B. Bombach a.a.O. S. 48 ff.

[6]) a.a.O. S. 42

[7]) S. 43. Ähnlich Gocht (Bundeswirtschaftsministerium) in der FAZ v. 5. 6. 1963 Nr. 128

[8]) S. 11 ff.

[9]) S. 16

[10]) S. 233

[11]) Föhl S. 248 f.

[12]) Krelle S. 66

[12a]) Jöhr-Singer, Die Nationalökonomie im Dienst der Wirtschaftsordnung. 2. Aufl. 1964 S. 178

[13]) S. 67

[14]) a.a.O.

[15]) S. 48

[16]) S. 47

[17]) Über Zweck und Methoden einer Planung in verschiedenen Ländern unterrichten in dem hier zitierten Werk die Ausführungen von Cazes (Frankreich, S. 18 ff.), E. F. Schumacher (Großbritannien, S. 22 ff.), Morgenstern (USA, S. 29 ff.) und Tinbergen (Niederlande, S. 233 ff.), über „Geplante Marktwirtschaft in Frankreich und Jugoslawien" Landauer, „Kyklos", Internationale Zeitschr. f. Sozialwissenschaften 1963 S. 543 ff. Die Planung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen wird in „Planung ohne Wirtschaft" S. 87 ff., die Planung im integrierten Raum der EWG a.a.O. S. 187 ff. behandelt.

Weiteres Schrifttum:

Hans Möller, Staatliche Planung und Wettbewerbswirtschaft; Heinz Sauermann, Über die Möglichkeit einer rationalen Wirtschaftspolitik; beide Aufsätze in der Festschrift zum 75. Geburtstag von Erwin von Beckerath, Tübingen 1964.

Angekündigt sind: Heinz Dietrich Ortlieb, Marktwirtschaft und Planwirtschaft; Gerhard Weisser, Die zunehmende Organisationsbedürftigkeit und ihre Probleme; beide Aufsätze in der Festgabe für Oswald von Nell-Breuning S. J. zu seinem 75. Geburtstag, Mannheim 1965.

Ulrich K. Preuß

Von den NS-Denkstrukturen und ihrer Langlebigkeit

Dargestellt am Beispiel des Professors Günther Küchenhoff in Würzburg

Einunddreißig Jahre nach jenem folgenschweren 30. Januar 1933, an dem Adolf Hitler durch einen Staatsstreich die Macht in Deutschland an sich riß, neunzehn Jahre nach dem Zusammenbruch seiner Herrschaft, achtzehn Jahre, nachdem es seit der Konstituierung der deutschen Länder wieder eine deutsche Staatlichkeit und einen verhältnismäßig geordneten Rechtszustand gibt, fünfzehn Jahre, nachdem mit der Gründung der Bundesrepublik staatsrechtlich die Voraussetzung für die Herstellung einer Rechtseinheit in einem westdeutschen Staat geschaffen worden war, neun Jahre, nachdem die Alliierten die Kriegsverbrecherprozesse beendet und diesen Sektor der Justiz vollständig der Bundesrepublik überlassen haben, fünf Jahre nach Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen, im Jahre des Auschwitz- und mehrerer Einsatzgruppenprozesse fand in einer Fachzeitschrift eine Diskussion über nationalsozialistisches Recht statt, deren vorläufig einzige konkrete, dazu noch unbeabsichtigte Nebenfolge der Rücktritt eines bayerischen Landesministers darstellte. In der Neuen Juristischen Wochenschrift 1964 diskutierten Hans Roesen, Adolf Arndt, Jürgen Baumann, Hans Welzel und Konrad Redeker über die verfassungs- und strafrechtlichen Fragen, die Hitlers geheime Mordbefehle heute nicht nur der Justiz aufgeben.

Der Vorfall ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: zum ersten Male nach dem Kriege konfrontierte sich in Westdeutschland außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens eine Wissenschaftsdisziplin bewußt und ohne Schönrednerei mit den Problemen, die der SS-Staat mit seinen Gesetzen, Verordnungen, Führerbefehlen oder sonstigen rechtserheblichen, Verbindlichkeit erheischenden Äußerungen einer Juristengeneration aufgab, die noch an den Kategorien einer bürgerlich-liberalen Rechtsordnung geschult worden war. Und zum ersten Male wurden zum Beleg für eine bestimmte, heute vertretene Rechtsansicht Zitate aus der Zeit des Nationalsozialismus verwendet und damit der Bann über eine Epoche der deutschen Universität gebrochen, die im Bewußtsein der heutigen studentischen Jugend trotz — oder vielmehr wegen — gelegentlicher pauschaler Verdammungsurteile zumeist im Dunkeln liegt.

Freilich ist in der Regel mit dem Vorbringen einschlägiger nationalsozialistischer juristischer Zitate kaum mehr als der Effekt einer Diffamierung ihres Autors gewonnen, während die zusammenhängende Darstellung nationalsozialistischen Rechts und das Abhorchen auf Elemente, die auch jederzeit von neuem belebt werden könnten, vielleicht nicht ohne Grund vernachlässigt wird. So aber erdrückt die Ungeheuerlichkeit einer einzelnen Aussage — und die in Ausnahmefällen damit verbundene Entfernung eines Nazijuristen aus öffentlichen Ämtern — jegliche Reflexion auf den historischen und rechtssystematischen Zusammenhang und auf die Beschaffenheit einer Universität, die derartige Systeme zu liefern bereit war. Selbst die wohlgemeinten Versuche Léon Poliakovs und Josef Wulfs sowie neuerlich Ilse Staffs müssen als unzureichend angesehen werden, solange die Empörung über das Unrecht die Ansätze zu seiner Erklärung noch verschüttet. Spätestens seit der im Jahre 1959 erschienenen Festschrift für Carl Schmitt, den bedeutendsten Rechtstheoretiker des Nationalsozialismus vor und nach 1933, dargereicht von seinen einstigen Schülern und heutigen angesehenen Hochschullehrern, ist der Zusammenhang der heutigen deutschen Universität

und ihres Wissenschaftsbetriebes mit der damaligen Zeit auch nach außen dokumentiert, und die Biographie nicht weniger Juristen an den deutschen Hochschulen weist eine bemerkenswerte Kontinuität wissenschaftlichen Publizierens von der Zeit des Dritten Reiches bis hin zur Gegenwart auf.

*

Exemplarisch für jene Wissenschaftler, die in der Regel ihre wesentliche wissenschaftliche Betätigung nach 1933 aufnahmen und die heute die ältere — meist äußerst konservative — Generation unter den Hochschullehrern repräsentieren, ist Günter Küchenhoff. Geboren 1907 in Breslau, war er bei der Machtübernahme als knapp 26jähriger Assistent an der Universität Breslau, tat sich in der Folge durch Publikationen hervor — insbesondere durch die Mitarbeit an dem seit 1936 von ihm mitherausgegebenen Handwörterbuch des deutschen Rechts, dessen prominentester Autor Roland Freisler war —, wurde 1940 Dozent an der Universität Breslau, 1943 Ordentlicher Professor an der Universität Greifswald; 1940 war er überdies, mit 33 Jahren, Oberlandesgerichtsrat geworden. Seit 1956 ist er wieder Ordentlicher Professor in Würzburg.

Im Jahre 1937 schrieb er im Handwörterbuch des deutschen Rechts Bd. VIII (HdR), „aus der Betrachtung des Volkes als eines lebendigen Organismus folgt: Die bisherige allgemeine Staatslehre bedarf einer völligen Umarbeitung" (S. 589), und dieser selbstgesteckten Zielsetzung diente fortan im wesentlichen seine wissenschaftliche Tätigkeit. Nur in Parenthese sei angemerkt, daß ihm auch nach dem Kriege dieselbe Arbeit — Umarbeitung der allgemeinen Staatslehre — verblieben war, nur freilich jetzt in anderem Sinne: 1964 erschien in Stuttgart die 5. Auflage der im Jahre 1950 mit seinem Neffen Erich Küchenhoff verfaßten Allgemeinen Staatslehre.

Inwiefern nun bedurfte die bisherige allgemeine Staatslehre einer völligen Umarbeitung? Die Prinzipien der bürgerlichen Rechtsordnung, an denen der Jurist vor 1933 geschult worden war und an denen er auch heute geschult wird, sind das Gesetz als einzige Eingriffsermächtigung der Exekutive in Eigentum und Freiheit in weitestem Sinn; die Deckung des Inhalts einer Norm durch eine jeweils höherrangige Rechtsnorm; die Verteilung der Funktionen des Gesetzeserlasses, der Gesetzesausführung und der Gesetzesauslegung im konkreten Einzelfall auf jeweils organisatorisch und personell verschiedene staatliche Institutionen; die Wahrung gewisser Formerfordernisse beim Erlaß eines Gesetzes, ehe es Rechtswirkungen zu entfalten vermag; die prinzipielle Vorhersehbarkeit exekutivischer Maßnahmen, die jedenfalls im Strafrecht gemäß der von Feuerbach klassisch formulierten Maxime nullum crimen, nulla poena sine lege keine Ausnahme duldete.

Die Verbindlichkeit dieser Rechtsprinzipien wurde von der nationalsozialistischen Rechtslehre von Anfang an bestritten. Carl Schmitt faßte in seiner 1934 erschienenen Schrift „Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens" die Kritik an diesem „positivistischen Normativismus", wie er das bürgerliche Rechtsdenken charakterisierte, zusammen und stellte ihm das „konkrete Ordnungsdenken" und das „dezisionistische Rechtsdenken" gegenüber. Zentraler Begriff des konkreten Ordnungsdenkens ist die konkrete Ordnung, die Institution, deren eigene Substanz und Werthaftigkeit aus sich die Regeln ihres inneren Lebens und die Funktionsverteilung der Herrschaftsinstanzen hervorbringe, ohne daß es irgedwelcher abstrakt-genereller, formalisierter Regelungen bedürfte. Dem korrespondiert für den Fall, daß eine bestehende Institution konkrete Verhaltensnormen nicht vorprägt, oder die vorhandenen der Interpretation bedürfen, die Dezision des Führers:

„Alles Recht, alle Normen und Gesetze, alle Interpretationen von Gesetzen, alle Ordnungen sind ... wesentlich Entscheidungen des Souveräns, und souverän ist nicht ein legitimer Monarch oder eine zuständige Instanz, sondern eben der, der souverän entscheidet. Recht ist Gesetz und Gesetz ist der den Streit um das Recht entscheidende Befehl: Autoritas, non veritas facit legem" (Drei Arten ... S. 27). „Wer die Ruhe, Sicherheit und Ordnung herstellt, ist Souverän und hat alle Autorität" (a. a. O. S. 28).

Hierauf ließ sich aufbauen: das Recht des Stärkeren, die gesetzgeberische Legitimation dessen, der konkurrierende Machtgruppen oder Einzelne zu beseitigen wußte, war rechtstheoretisch konstituiert. Bereits im Januar 1934, knapp ein Jahr nach der Machtübernahme Hitlers, feierte Küchenhoff, „wie die Urwüchsigkeit der nationalsozialistischen Seelenhaltung zu den Urkräften der Seele zurückfand und dort das völkisch bedingte Rechtsgewissen als Quelle des Rechts entdeckte" (in der Einleitung des von ihm und W. v. Lympius gemeinsam bearbeiteten Kommentars zum Gemeindeverfassungs- und -finanzgesetz v. 15. Dez. 1933, Berlin Leipzig 1934 S. 5), und von hier zur ausführlichen Darlegung einer neuen Rechtsquellenlehre war es nur noch ein kleiner Schritt. Sie erschien ebenfalls im Jahre 1934 in Berlin/Leipzig unter dem Titel: Nationaler Gemeinschaftsstaat, Volksrecht und Volksrechtsprechung (im folgenden zitiert: Nationaler Gemeinschaftsstaat).

Die traditionelle rechtstheoretische Rechtsquellenlehre, wonach allein das positive — geschriebene oder ungeschriebene — Völker-, Verfassungs- und Gesetzesrecht im weitesten Sinne als Rechtsquelle anerkannt wurde, wird durch eine dem Schmitt'schen konkreten Ordnungs- und Dezisionsdenken gemäße ersetzt: Rechtsschöpfer im Sinne der Herstellung allgemein anerkannter verbindlicher Handlungsnormen sei die konkrete Gemeinschaft des Volkes, deren gemeinschaftsbildendes Ferment die Rasse, aber auch das gemeinsame völkische Erleben — insbesondere der Kampf gegen Fremdrassen —, endlich der durch beide Elemente geprägte Gemeingeist des Volkes sei. Zur Erklärung dafür, wie eine konkrete Gemeinschaft aus sich heraus Recht zu erzeugen vermöge, wird auf das Rechtsgewissen des einzelnen „Gliedes der Gemeinschaft" rekurriert, das seinerseits auf magische Weise, sofern sein Träger rasserein ist, mit dem Gemeingeist des Volkes verbunden ist. Hier zum Beleg die entsprechenden Küchenhoff'schen Formulierungen:

„... es folgt aus der Erkenntnis des rassisch bedingten Gewissens als Urgrund des Rechts ohne weiteres, daß das Rechtsgewissen einer Vielheit von Menschen einheitlich und sicher nur im rassereinen Volke schlägt" (Nationaler Gemeinschaftsstaat S. 24). „Zu jenen in ihren verschiedenartigen Ausgestaltungen nur rassisch erklärbaren, sonst aber verstandesmäßig nicht mehr auflösbaren Urerscheinungen und Urgefühlen gehört ... außer religiöser Sehnsucht und künstlerischem Gestaltungstriebe insbesondere: das Gewissen als instinkthaftes angeborenes Wissen um Gut und Böse ... Man wollte oder konnte in einer romanistisch und jüdisch verwirrten Lehre nicht mehr empfinden und erkennen, daß in jedem einzelnen die innere Stimme des Gewissens in einem in Ausgestaltung und Äußerung r a s s i s c h bedingten Urgefühls lebt und vor unrechter Tat warnt ..." (a. s. U. S. 21/22).

Dies sind nicht lediglich die verspäteten Jugendträume und -sünden eines 27-jährigen Gerichtsassessors und Fakultätsassistenten; denn auch im Jahre 1937, nach vier Jahren Naziherrschaft, auf denen deutlich die Spuren vergangener und die Zeichen künftiger Verbrechen zu lesen waren — Küchenhoff war mittlerweile Amts- und Landgerichtsrat geworden — beschwor er als Quelle des Rechts u. a. „gemeinsames B l u t, dessen rassische Verwandtschaft infolge eines herrschenden Bestandteils zu gleicher Haltung, zum gleichen Geiste und zu unlöslichem Zusammenstehen in den, letzte Gründe aufwühlenden, Fragen des Lebens zwingt" (HdR VIII S. 780/81). Freilich, wer jenen herrschenden Bestandteil im

Blute nicht aufzuweisen hatte, gehörte nicht zur Gemeinschaft und konnte ihrer Werte und vor allem ihres Schutzes nicht teilhaftig werden.

„Echte Gemeinschaft kann nur bestehen zwischen blutsmäßig, d. h. rassisch Verbundenen. Zu Rassefremden kann es keine Gemeinschaft (sondern nur formale abgrenzende Rechtsregelungen) geben. In einer Betriebsgemeinschaft kann infolge dessen grundsätzlich kein Jude Betriebsführer einer deutschstämmigen Gefolgschaft sein; wo ein jüdischer Hausherr ist oder ein Jude der Hausgemeinschaft angehört, kann es keine Hausgemeinschaft mit einer deutschstämmigen Hausangestellten, Erzieherin der Kinder u. s. w. geben" (HdR Bad. VIII S. 783).

Die politische Gewalt nimmt daher eine legitime Funktion wahr, wenn sie

„das Volksgut ... klärt, reinigt und läutert. Dies geschieht durch die Rassegesetzgebung. Die ... Rassegesetzgebung des Dritten Reiches merzt zunächst minderwertige Erbmassen aus dem deutschen Volke aus . . . Die Rassegesetzgebung wendet ferner die dem deutschen Volke bisher drohende Gefahr der Vermischung mit fremdem, insbesondere jüdischem Blute ab durch das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre v. 15. IX. 1935 ... Der Sicherung des Blutes entspricht die Bewahrung deutschen Geistes und deutscher Kultur vor fremden, insbesondere jüdischen Einflüssen" (HdR Bd. VIII S. 580).

Das oben als weiteres Element der Gemeinschaftsbildung einer konkreten Gemeinschaft aufgeführte „Gemeinschaftserlebnis" läßt sich ohne Versündigung am Geist der (deutschen) Gemeinschaft kaum beschreiben.

„Konkrete Gemeinschaftserlebnisse bringen ein sicheres Gefühl für das Leben der Gemeinschaft, ein Gefühl, das so lebendig ist, daß die Abstraktionen einer vergangenen Zeit davor versinken, daß man am liebsten davon nicht spräche, weil man meint, wer es nicht selbst erlebt habe, der könne es doch nicht erkennen, und wer es aus eigenem Erleben wisse, dem scheine jedes Wort oder die ‚Analyse' wie eine Versündigung am Geiste der Gemeinschaft. Und in der Tat: wir lehnen es ab, das Gemeinschaftserlebnis zum Gegenstande intellektualistisch zergliedernder Forschungen werden zu lassen, hier geht es nur um eins: um das Erkennen seines Rechtswertes..." (HdR Bd. VII S. 780).

Es ist daher auch hier kein weiteres Wort über das Gemeinschaftserlebnis zu verlieren: das leere Gestammel des Juristen, der von jeher auf die Klarheit und Präzision seiner Formulierungen meinte stolz sein zu können, verrät vielleicht tatsächlich deutlicher das Versagen einer Wissenschaft als eine ausführliche Analyse.

Der aus Rasse (Erbanlagen) und Gemeinschaftserlebnis der konkreten Gemeinschaft des Volkes sich dauernd erneuernde Gemeingeist als der wahre Schöpfer des Rechts macht zunächst ein Gesetzgebungsorgan mit formalisierten Kompetenzen überflüssig. Alle Normativität liegt bereits in dem Gemeingeist der konkreten Gemeinschaft beschlossen und bedarf lediglich der — nur noch deklaratorischen — Formulierung.

„Da das Recht im Rechtsgewissen vorhanden ist und nur der Klärung und Läuterung bedarf, so wird es nicht neu geschaffen, sondern nur offengelegt" (Nationaler Gemeinschaftsstaat S. 25).

Damit löst sich auch folgerichtig das Problem der Form beim Erlaß eines Gesetzes, soweit man von einem Gesetz als einem juristischen terminus technicus überhaupt noch sprechen kann.

„Das Formerfordernis des Gesetzes ist ... nicht so unbedingt wie bei einer Rechts s c h ö p f u n g durch Staatsgesetz zu wahren ... (Es) wird ... nicht ausgeschlossen, daß der Reichskanzler oder die einzelnen Reichsminister im inhaltlichen Einverständnis mit den übrigen allgemeine Rechtsgrundsätze, die sie aus dem Rechtsbewußtsein des Volkes entnehmen, nicht in Gesetzesform, sondern in allgemeinen Anordnungen darlegen und damit das Recht aufzeigen. Ein derartiger Aus-

spruch allgemeiner, dem Volksgewissen entnommener, aus seiner Erforschung gewonnener Rechtsgedanken, die nicht in Gesetzen spezialisiert, auch nicht in Rahmengesetzen umgrenzt werden, läßt sich am besten als Führerbefehl bezeichnen." (Nationaler Gemeinschaftsstaat, S. 25).

Küchenhoff scheute auch die letzte Konsequenz nicht, selbst in allgemeinen programmatischen Erklärungen Hitlers oder eines seiner „Unterführer" noch verbindliche Rechtsnormen zu erblicken:

„(Es) ergibt sich in der Staatsform des Gemeinschaftsstaates mit Führerprinzip schon aus der positivistischen Rechtslehre die Verbindlichkeit des Führerbefehls, der nicht spezialisierte Rechtssätze in Gesetzesform, sondern in sonstigen Erklärungen allgemeine Rechtsgrundsätze in bestimmender, auf Befolgung zielender Form aufstellt" (Nationaler Gemeinschaftsstaat, S. 19).

Küchenhoff schrieb diese Rechtsansicht im Jahre 1934, zu einer Zeit also, als Hitlers Macht durchaus noch nicht so unangreifbar geworden war, daß man hierin nur eine reine Beschreibung der damaligen Machtlage sehen könnte. Damit war juristisch ein geheimer Befehl Hitlers oder eines seiner Unterführer als Rechtsgrundlage für die Tötung unschuldiger Menschen anerkannt.

Die dezisionistische Komponente in Küchenhoffs (damaliger) Staatslehre ist nicht nur eine Zufälligkeit. Er spricht zwar von der konkreten Gemeinschaft des Volkes (vgl. z. B. HdR Bd. VIII, S. 785), aber er meint nicht die Summe der konkreten Individuen, die diese Gemeinschaft bilden, sondern „die ewige Substanz des Volkes", „die unveränderlichen Erbanlagen" (HdR S. 772), der gegenüber das konkret vorhandene Volk ein historisches Akzidens ist. Hier nun erhält der Führer seine Funktion; kommt es auf den empirisch feststellbaren Willen der gegenwärtigen Volksangehörigen nicht an, sondern lediglich auf die den Volksgeist und das Rechtsgewissen bestimmenden unveränderlichen Erbanlagen, so muß die Bestimmung dessen, was im konkreten Fall dem ewigen Gemeingeist der Volkssubstanz gemäß ist — das Amt des Hohepriesters der Erbmasse — von einer Instanz monopolisiert werden, die den unbedingten Anspruch auf verbindliche Entscheidung erhebt. Dies geschieht nach der eingangs zitierten Carl-Schmitt-These, wonach souverän derjenige ist, der souverän entscheidet. Das läßt sich auch bei Küchenhoff unschwer aufweisen. Zunächst erscheint es noch im Gewande eines konkreten Ordnungsdenkens:

„Daß das so gestaltete Führerprinzip Führertum bedeutet . . ., daß es ist: die Fähigkeit, aus den ewigen Quellen des Volkstums zu schöpfen und damit sagen und tun zu könen, was der Volksgenosse selbst nie sagen oder tun könnte, das er aber, wenn er es von dem mit gewaltigeren Kräften des Willens, des Gefühls und des Verstandes Begabten sieht oder hört, als den Ausspruch und die Gestaltung s e i n e s innersten Wollens empfindet, falls in seiner Seele nur irgendwie der ewige Geist seines Volkstums lebt . . ." (HdR, S. 587).

Dieses ist eine „auf völkisches und staatliches Erleben gegründete Meinung" Küchenhoffs aus dem Jahre 1937, die möglicherweise gutgläubig gebildet worden war, aber deren unverkennbar drohender Ton im letzten Halbsatz doch schon das Schicksal jener Millionen ahnen läßt, in deren Seele der ewige Geist des deutschen Volkes per definitionem nicht leben konnte. Eine Formulierung von geradezu makabrer Paradoxie, die nun freilich nichts mehr an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt, findet Küchenhoff, um das Verhältnis von Führer zum Volk auszudrücken:

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus; sie wird, abgesehen von der Volksabstimmung und der Wahl zum Reichstage, durch den Führer ausgeübt" (HdR, S. 629).

Man fühlt sich an Tucholsky erinnert: „Freiheit und Brot! ham die jesaacht. Die Freiheit konnte man gleich mitnehmen — det Brot hatten se noch nicht da . . ."

Denn „die Volksabstimmung nimmt der Führung die Verantwortung für ihr Handeln (nicht ab), hat doch die Führung allein die Initiative, damit die Vorprüfung, letztlich allein auch die Entscheidung" (HdR VIII S. 772), und „die Mitglieder der NSDAP (scil. im Reichstag, der seit den Novemberwahlen 1933 nur noch aus Mitgliedern oder ‚Gästen' der NSDAP bestand) sind Gefolgsleute des Führers . . .; sie sind dem Führer infolgedessen zur Treue verpflichtet, können also nicht gegen seinen Willen tätig werden" (HdR VIII S. 630), und „der Reichstag ist Gesetzgebungsorgan, aber nur wenn er vom Führer und Reichskanzler zur Gesetzgebung ermächtigt wird" (HdR VIII S. 629).

Seit Carl Schmitts Apologie der Morde vom 30. Juni 1934 (vgl. Deutsche Juristenzeitung 1934, S. 945) erscheint es auch nicht weiter erstaunlich, bei Küchenhoff zu lesen:

> „Die Dreiteilung der Gewalten ist überwunden. Der Führer ist auch der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes, was sich in Not und Gefahr für Volk und Reich zeigen kann" (HdR VII S. 587).

Der Führer aber ist der jeweilig Stärkste. „Führerstellung hat ‚derjenige Genosse, der an Stelle der Gesamtheit Funktionen in größerem oder kleinerem Umfange vollzieht' und diese Funktionen auch dauernd auszuüben w e i ß", formuliert Küchenhoff unter zustimmender Zitierung Jerusalems (HdR VIII S. 775). Solange freilich Hitler und die nationalsozialistische Bewegung die Führung der deutschen Volksgemeinschaft innehatten, war ein Kampf um die Führung oder ein Zweifel an ihrer Legitimität nicht möglich.

> Denn es „folgt aus dem Führerprinzip (die) Pflicht des Gefolges zur Treue gegenüber seinem Führer, auch wenn es dessen Befehl im einzelnen Falle einmal nicht versteht ... Voraussetzung ist nur, daß sich Gesetz und Führerbefehl in den allgemeinen Forderungen des Rechtsgewissens halten und daß die Meinungsverschiedenheiten solche sind, wie sie auch sonst zwischen weltanschaulich Gleichgerichteten und zwischen Führer und Gefolge im einzelnen entstehen können" (Nationaler Gemeinschaftsstaat S. 27, 28).

Daß sich Gesetz und Führerbefehl in „den allgemeinen Forderungen des Rechtsgewissens halten", steht „bei Trägern der nationalsozialistischen Weltanschauung, die der des rassisch beachtlichen Teiles unseres Volkes entspricht, ohne weiteres (fest)" (Nationaler Gemeinschaftstaat S. 29).

> „Die Grundlehren des Nationalsozialismus geben mithin zugleich Auskunft über den Inhalt des Volksgewissens. Sichversenken in die Ideenwelt des Nationalsozialismus ist daher ebenso selbstverständliche Pflicht des Richters wie Kenntnis der positiven gesetzlichen Bestimmungen" (Nationaler Gemeinschaftsstaat S. 38).

Offenbar war es auf Küchenhoffs tiefes Versenken in die nazistische Ideenwelt zurückzuführen, daß er im Streben, ihr entsprechend zu handeln, selbst banale juristische Erkenntnisse schlicht ignorierte. Um z. B. die Schädlichkeit des zentralen strafrechtlichen Satzes „nulla poena sine lege" — Analogie- und Rückwirkungsverbot im Strafrecht zu Ungunsten des Angeklagten — zu beweisen, behauptet er, dieser Satz sei „römischrechtlich individualistisch" und dem deutschen Mittelalter fremd (Nationaler Gemeinschaftstaat S. 34). Bereits der strafrechtliche Anfänger lernt an der Universität, daß dieser Satz ungeachtet seiner lateinischen Formulierung k e i n römisch-rechtlicher Satz sei, daß er vielmehr dem römischen Strafrecht mit seinen weiten und vagen Deliktsbegriffen und der besonderen Betonung des Täterwillens ferner liegt als dem germanischen Tatstrafrecht mit seinen um Klarheit und Begrenzung der Tatbestände bemühten Strafrechtssystem, und daß schließlich die lateinische Formulierung von Feuerbach (erstmals wohl in seinem Lehrbuch von 1801) stammt. Richtig an Küchen-

hoffs damaliger Behauptung bleibt freilich, daß diese Errungenschaft der Aufklärung „liberalistisch" sei und daß der Satz im germanischen Strafrecht — durchaus strukturwidrig — keine Geltung hatte.

*

Biographie und wissenschaftliche Leitung Küchenhoffs sind hier exemplarisch aufgeführt für die intellektuellen Verbrechen vieler anderer; vermutlich wird es, wie mittlerweile üblich geworden, nicht an Stimmen fehlen, die Küchenhoffs damaliges Verhalten als Tarnung seines Widerstandes und seiner Abneigung gegen das verhaßte Regime zu belegen und selbst dem Umstand, daß er noch 1940 Oberlandesgerichtsrat und 1943 Ordentlicher Professor wurde, apologetische Seiten abgezugewinnen wissen. Auf derlei braucht nicht eingegangen zu werden; das Schicksal derer, die von Anfang an Widerstand geleistet haben, zeigt die Schamlosigkeit solcher Argumente in trauriger Deutlichkeit.

Walter Boehlich gebrauchte in der Kontroverse um den neuen Rektor der Universität Bonn ein Bild, um zu begründen, warum er die Vergangenheit eines deutschen Professors, der zum Rektor gewählt worden ist, des näheren beleuchtete: kein verständiger Mensch werfe einem Lahmen seine Lahmheit vor, nur wenn sich der Lahme zum Marathonlauf melde, werde er notwendigerweise kritischer beurteilt werden als seine Mitbewerber. Das Bild ist schief. Küchenhoffs Lahmheit ist kein Naturereignis — das ihm nicht vorzuwerfen wäre — oder jedenfalls in keinem höheren Maße Naturereignis für ihn als jeder einzige Mord eines KZ-Bewachers oder Einsatzgruppenleiters. Die Perversion eines Gesellschaftssystems, zu dessen innerer Logik der Mord gehörte, vermag noch eher jene zu exkulpieren, die eigenhändig mordeten, als jene, die dieses System errichteten und festigten; zu ihnen gehört Küchenhoff. Er hat sich, um bei Boehlichs Bild zu bleiben, nicht zum Marathonlauf gemeldet, und dennoch müssen wir uns für seine Lahmheit interessieren.

Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum jemand Ordinarius an einer deutschen Nachkriegsuniversität sollte sein dürfen, wenn die deutsche Nachkriegsgesellschaft und in ihr die deutsche Nachkriegsuniversität anders als nur verbal die Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen will. Die Strukturen, die 1933 ermöglichten, haben den Krieg überdauert.

Aus der Wirtschaft

Der Konkurrenzkampf zwischen Kohle und Heizöl

Am 31. Oktober ist die zunächst schon auf den 31. August gesetzlich festgelegte Frist für die Anmeldung stillzulegender Zechen beim Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus in Essen abgelaufen. Die Stillegung sollte zunächst bis 31. August 1965 eingeleitet sein, braucht aber erst am 31. August 1968 abgeschlossen zu sein. Die Bergwerksgesellschaften erhalten als Stilllegungsprämie pro Tonne Jahresförderung DM 25,—, davon die Hälfte vom Bund. Anfang November teilte die Bundesregierung eine Verlängerung der Frist für den Beginn der Stillegung bis Ende 1965, also kurz nach den Bundestagswahlen, mit.

Seit 1958 sind bereits 37 Zechen und 131 Kleinstbergwerke geschlossen worden. Wie Dr. Helmuth Burckhardt, Vorstandsvorsitzender der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen, auf einer Pressekonferenz in

Dr. Ernest L. Moss

Die DDR auf neuen Wegen

Erfahrungsbericht einer Studienreise

I.

Die Zeit, in der wir leben, hat viele Namen: sie gilt als Zeitalter der Technik, des Atoms und der Wasserstoffbombe; als Zeitalter der Massen oder des „Common Man"; neuerdings spricht man vom Zeitalter der Automation und was der Namen mehr sind. In all diesen meist recht wahllos gebrauchten Bezeichnungen wird jeweils ein besonderer Aspekt unserer Gegenwart als bestimmend herausgestellt. Der französische Aristokrat Tocqueville sah bereits vor 120 Jahren die vor ihm liegende politische und gesellschaftliche Entwicklung unter dem Stichwort der Gleichheit. Das Streben nach Gleichheit erschien ihm als der mächtige Motor einer Entwicklung zur Demokratie hin, die man nicht mehr aufhalten, höchstens in die richtigen Bahnen lenken könne. Allerdings: nicht Gleichheit heißt heute üblicherweise der Begriff, mit dem man die „gleichmacherischen" Tendenzen unseres Zeitalters zu fassen sucht, sondern in vielen Teilen der westlichen Welt Nivelierung, Vermassung und, neuerdings immer häufiger, Konformismus. Wir wissen, daß der Körper nur lebensfähig bleiben kann, wenn er sich stets aufs Neue Fremdstoffe aneignet und das Abgestorbene abstößt — und wir sollten wissen, daß wir auch als Persönlichkeiten nur lebendig bleiben, wenn wir den geistigen Stoffwechsel pflegen und bereit sind, liebgewordene, aber unrichtige Anschauungen abzuwerfen. Und das ist nicht nur eine Frage der persönlichen Entfaltung, sondern heute vor allem auch eine politische Notwendigkeit. In unserer technisch, wirtschaftlich und politisch so eng verflochtenen Welt werden wir nur bestehen können, wenn uns die Auflockerung starrer Gruppen, die lebendige Durchflutung des Ganzen über nationale und ideologische Grenzen hinweg gelingt.

II.

Die Diskussion über die Frage, ob das Bildungs-, Erziehungs- und Ausbildungssystem in den westlichen Ländern nicht immer mehr hinter den Erfordernissen der industriellen Gesellschaft des Zwanzigsten Jahrhunderts zurückbleibt und sich dem Schul- und Hochschulsystem der sozialistischen Länder unterlegen erweist, ist im Laufe der letzten Jahre immer lebhafter geworden. Ist es Aufgabe der Erziehung, den Menschen dahin zu bringen, daß er in der Lage ist, sich immer neuen und wechselnden Lebenssituationen anzupassen? Ist es richtig, daß der einzelne keine Schwierigkeiten in der Anpassung an die Gesellschaft machen soll? Gerade in der industriellen Leistungsgesellschaft, in der wir leben, sind die „Fragen des Konformismus" Gegenstand einer lebhaften pädagogischen Diskussion geworden. Bei der Beantwortung der Frage, inwieweit der einzelne von der Gesellschaft, in der er lebt, beeinflußt wird und zu welchem Grade er selbst zum Former seiner Gesellschaftsordnung werden kann, haben sich zwei grundverschiedene Einstellungen zu der geistigen Betätigung des Menschen ergeben:

1. Jene, die in der geistigen Tätigkeit nur ein Mittel sieht, ihren Träger allein zu bessern und ihn zu einer persönlichen Höchstleistung zu führen — ohne Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Gesellschaft;
2. die, die bestrebt ist, ihren Einfluß auf die Umgebung — einen engeren oder weiteren Menschenkreis — zu gewinnen und durch geistige Missionstätigkeit eine Erhöhung des Niveaus der Mitmenschen — der Gesellschaft als Gesamtheit — zu erreichen.

III.

In der Präambel des Staatlichen Jugendförderungsplanes der DDR steht, daß „unerschöpfliche Energien und zahllose Talente noch unentdeckt in der Jugend des Volkes stecken". Um diese Begabungsreserven auszuschöpfen, hat man in der DDR Förderungsmaßnahmen getroffen, die in ihrer Großzügigkeit wohl einmalig in der Welt dastehen. Sie umfassen systematisch Starthilfe und Wegbereitung für das Studium im weitesten Umfang mit dem Anspruch, daß damit unbeschränkte soziale Aufstiegsmöglichkeiten gegeben seien und das Bildungsprivileg gebrochen werde. Jugendliche und Erwachsene werden davon in gleicher Weise angesprochen.

Die Leistungen in diesem Förderungssystem umfassen Schulgeldfreiheit, Lehrmittelfreiheit, Einheitsschule, Gebührenfreiheit für Fach- und Hochschulstudium, Stipendien, Leistungszulagen und insbesondere die Zusicherung auf spätere Unterbringung in einer beruflichen Position, die dem Ausbildungsgang entspricht. Eine besondere Auslese jener Begabten, die sich nicht von vornherein durch den Besuch einer höheren Schule qualifizieren, erfolgt in der Wirtschaft durch eine staatlich geförderte, planmäßige Weiterbildung während und nach der Lehrzeit auf „Technischen Betriebsschulen", „Aktivistenschulen", und „Betriebsvolkshochschulen", deren Absolventen bei Bedürftigkeit bereits finanzielle Ausbildungsbeihilfen erhalten. Voraussetzung für die Zulassung zum Fachschulstudium ist die erfolgreiche Teilnahme an den betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten,, die Ablegung der Facharbeiterprüfung sowie praktische Tätigkeit; darüber hinaus wird jedoch auch „gesellschaftliche Aktivität" verlangt, die sich auf verschiedene Art manifestieren kann — wie z. B. durch freiwilligen Aufbaudienst im Rahmen von Arbeitsbrigaden. — Außer dem D i r e k t s t u d i u m an Fachschulen, das gebührenfrei ist und für das die Studierenden bemerkenswerte finanzielle Unterstützungen erhalten, gibt es das F a c h s c h u l - A b e n d s t u d i u m, bei dem der Absolvent seinen Beruf weiter ausüben kann. Den Betrieben wird die Auflage gemacht, den Abendstudenten besonders zu betreuen und zu beraten, und er darf auch nicht zu Überstunden herangezogen werden. Die Bewerber für das Fachschul-Abendstudium müssen eine Aufnahmeprüfung an ordentlichen Fachschulen bestehen und ein Empfehlungsschreiben des Betriebes oder eine Befürwortung der Gewerkschaft vorweisen. Die Krönung der Begabtenförderungsmaßnahmen im Raume von Wirtschaft und Betrieb bildet die Zuführung zum H o c h s c h u l s t u d i u m, zu dem Jugendliche, die bereits praktische Erfahrungen in der Industrie oder der Landwirtschaft gesammelt haben, bevorzugt zugelassen werden. — Sehr stark ausgebaut wurde in den letzten Jahren das F e r n s t u d i u m, durch das man in der Regel innerhalb von fünf bis sechs Jahren eine Abschlußprüfung ablegen kann, die mit der Verleihung eines Diploms gekrönt wird. Die Zulassung zum Fernstudium setzt Hochschulreife und hervorragende praktische Tätigkeit in Produktion oder Verwaltung voraus. Ministerien und volkseigene Betriebe haben die Möglichkeit, von sich aus Bewerber zum Fernstudium zu delegieren. Der Hochschul-Fernstudent übt seinen Beruf weiter aus, er erhält Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohn- oder Gehaltskürzung — und für die Examenszeit sogar bis zu sechs Monaten bezahlten Studienurlaub! Die Hauptkategorien des Fernstudiums sind das Selbststudium des Studenten; außerdem sogenannte Konsultationen sowie Beleg- und Kontrollarbeiten — aber auch schriftliche Fernkurse.

IV.

Im Gegensatz zu den westlichen Gepflogenheiten habe ich in der DDR eine sehr interessante und wichtige Einrichtung gefunden: die Förderung des nicht-akade-

mischen Studienbeflissenen! Es ist allgemein bekannt, daß derjenige, der als Autodidakt seine Fähigkeiten erworben hat, insbesondere in der Bundesrepublik kaum auf offizielle Anerkennung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit hoffen darf, denn hierzulande — wie auch in den meisten kapitalistischen Ländern (mit Ausnahme der Vereinigten Staaten) — wird noch allzu großes Gewicht auf das „Papier" gelegt: auf die Vorweisung irgend eines Diploms, einer Urkunde oder sonst irgendwie auf den dokumentationsmäßigen Nachweis seiner Befähigung. In der DDR ist jedoch die Förderung dieser „Außenseiter" ein legitimer Bestandteil der allgemeinen Förderungsmaßnahmen. Es wird darauf hingewiesen, daß schon manche Erfindung gerade von solchen nicht vorurteilsgebundenen nichtakademischen Studienwilligen gemacht worden ist, und somit gibt es in der DDR die Möglichkeit des Staatsexamens für Hochbegabte auch ohne Hochschulvorbildung!

Zweifellos bietet eine solche umfassende Nachwuchsförderung die Chance, Ausbildung bis zu den höchsten Stufen unabhängig zu machen von den außerpädagogischen Kriterien sozialer Position und finanzieller Leistungskraft. Sie trägt dazu bei, das allgemeine Kulturniveau der Bevölkerung zu heben und alle Begabtenreserven zu erschließen und entspricht damit konsequent den immer unabweisbarer werdenden Notwendigkeiten der modernen industriellen Leistungsgesellschaft.

V.

Seit der Einführung der polytechnischen Bildung und Erziehung in der DDR sind nunmehr fast sechs Jahre vergangen und es gibt keinen Zweifel, daß der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion und die anderen Formen und Methoden der „Verbindung der Schule mit dem Leben und des Unterrichts mit der produktiven Arbeit" zum festen Bestandteil der DDR-Schulen geworden sind. Auf Grund einer Reihe von Erfahrungen im Rahmen der „Vergleichenden Pädagogik" möchte ich die Schlußfolgerung ziehen, daß sich das Bildungs-, Erziehungs- und Ausbildungssystem der sozialistischen Länder vergleichbaren Einrichtungen der westlichen Welt auf lange Sicht überlegen erweisen wird, da man in jenen Ländern bereits seit langem erkannt hat, daß sich dieses „Dreigestirn" keineswegs in einer windstillen pädagogischen Provinz vollziehen kann. Die „Bildungsrevisionisten" in den sozialistischen Ländern waren überdies mehr als bereit, den Begriff des „Gebildeten" neu zu formulieren. Man erkannte in der UdSSR bereits vor sieben und in der DDR vor sechs Jahren, daß zum Gebildeten in der technischen Leistungsgesellschaft des Zwanzigsten Jahrhunderts nur derjenige gerechnet werden kann, der u. a. in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, seine Gesellschaftsordnung und die Welt zu verstehen, und man erkannte auch richtig, daß der Bildungs- und Ausbildungsprozeß sich keineswegs auf die Entwicklungs- und Jugendjahre beschränken darf, sondern fortdauernd ist.

Somit muß dieser Prozeß auch den Erwachsenen erreichen, um ihn in die Lage zu versetzen, die technische Lebenswirklichkeit zu erkennen und zu bewältigen.

VI.

Im Rahmen einer objektiven Betrachtung muß ich jedoch auch einige Bedenken anmelden — denn es unterliegt heute keinem Zweifel, daß die Förderung der Begabten und die polytechnische Erziehung in der DDR nicht so durchgeführt wurden, wie es sich die Planer gedacht haben. Die Kulturträger der DDR mußten die gleiche Feststellung treffen, wie die pädagogischen Reformer in den Vereinigten Staaten 1957/58 und die Verantwortlichen des sowjetischen Bildungswesens zum Zeitpunkt des XXI. Parteitages im Dezember 1958: das in den drei

Leistungsgesellschaften vorherrschende Schulwesen genügte nicht mehr den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft. Die Absolventen konnten im Rahmen der alten Schulsysteme nicht genug lernen, um mit ausreichenden Kenntnissen in anspruchsvolle Berufe oder auf die Universitäten und technischen Hochschulen gehen zu können. Die Einheitsschule, die 1946 im Rahmen der großen Schulreform in der DDR verwirklicht wurde, sollte u. a. als „Nivellierer der Begabungen" dienen — und man hat nun gefunden — und nicht nur in der DDR — daß nicht alle Kinder gleich begabt sind, und daß auch „gleiche Chancen für alle" und Begabtenförderung auf breitester Basis (ohne vorherige Auslese) nicht den Weg in die Zukunft weisen.

Der öffentliche Meinungsstreit in der DDR über das „Wie" der Begabtenförderung tobt seit geraumer Zeit. Er spitzt sich auf die Frage zu, ob die Begabtenförderung durch zusätzliche „Hobby-Kreise" und Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Stundenplanes (wie in der UdSSR) erfolgen soll, oder durch besondere Klassen oder Schulen — also durch die Abkehr vom Prinzip der Einheitsschule. Die öffentliche Meinung — und keineswegs nur Pädagogen der verschiedenen Gedankenschulen — bezieht Stellung, angespornt durch Grundsatzartikel, die bereits vor Jahresfrist im „Neuen Deutschland" und im „Sonntag" (Prof. Klaus, Prof. Werner Müller-Claud, Prof. Helmut Koziolek, u. a. m.) erschienen sind — u. a. über das „Problem der frühzeitigen Förderung aller Talente und Begabungen". Als „Meinungsforscher" konnte ich feststellen, daß die meisten Diskussionsteilnehmer Spezialklassen und Spezialschulen für spezielle Begabungen auf bestimmten Gebieten vorschlagen. Im Laufe meiner Forschungen gaben mir maßgebliche Pädagogen der DDR zu verstehen, daß trotz aller bereits bestehenden Fördermaßnahmen die Begabtenförderung noch im Anfang stecke und daß insbesondere musische Begabungen noch zu wenig gefördert werden. Interessant war für mich die Mitteilung, daß neuerdings Konservatorien in die größeren Städte fahren, um Begabungen für ihre Institute zu entdecken! Auf meine Frage, was mit einem Oberschüler geschähe, der keine mathematisch-technisch-naturwissenschaftliche Begabung zeige — und was mit jenen Schülern, die mehrere Jahre an mathematischen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen haben, erfuhr ich: es gibt kaum einen Menschen, der so unbegabt ist, daß er nicht ein Minimum in jedem Fach erreichen kann! Prof. Dr. Heitz, Pro-Rektor der Universität Rostock, vertrat die Ansicht, daß jeder normal veranlagte Mensch durch Förderungsmaßnahmen auf eine 3 oder 4 kommen kann — und daß die Hochschule die Tatsache, ob ein Student eine 3 oder gar eine 4 in einem Nebenfach hat, überhaupt nicht interessiere. Was die jugendlichen Teilnehmer an mathematischen Arbeitsgemeinschaften anbelangt, so wurde festgestellt, daß sie sich im normalen Unterricht oft langweilen, daß sie undiszipliniert werden und hin und wieder auch überheblich gegenüber den anderen Schülern. Man ist zu der Erkenntnis gelangt, daß früher oder später der Klassenverband zumindest im entsprechenden Fachunterricht gesprengt wird — und man ist bereits seit geraumer Zeit entschlossen, die entsprechenden schulorganisatorischen Konsequenzen so frühzeitig wie möglich und notwendig zu ziehen. Zur Begabtenförderung an den Universitäten konnte ich von maßgeblichen Pädagogen der Humboldt-Universität (Berlin), der Universität Rostock und der Karl-Marx-Universität Leipzig, hören, daß das Auffinden und Fördern von Sonderbegabungen nicht elastisch genug betrieben wird und daß es leider auch zu wenig Untersuchungen darüber gäbe.

Es war jedoch erfreulich, feststellen zu können, daß sich in neuerer Zeit die Psychologie dieses Problems annimmt. Ich kann nicht umhin, auf gewisse Gefahren hinzuweisen, die sich für die Persönlichkeitsentfaltung der Schuljugend in der DDR im Laufe der Zeit ergeben haben, die zumeist mit dem Abgang aus

der zehnklassigen polytechnischen Oberschule — also mit 16 Jahren — vor der endgültigen Berufswahl stand, eine Entscheidung, die für die weitaus meisten jungen Menschen dieser Altersgruppe eine Überforderung bedeutete. Auch meine soeben abgeschlossene Studienreise hat diese Bedenken nicht ganz ausräumen können — denn bei aller Anerkennung des Wissens und der Leistungen der jungen Menschen, die mir in freimütigen Gesprächen gegenüberstanden, mußte ich feststellen: die polytechnische Erziehung (von der 7. Klasse ab — also beginnend etwa mit Vollendung des 13. Lebensjahres) sowie die frühzeitige Einschaltung in die Produktion haben nicht dazu beigetragen, die jungen Menschen zu dynamischen, in sich gefestigten Persönlichkeiten zu machen, die in der Lage sind, kritisch und selbständig zu denken und mündig zu handeln. Das aber sind die heutigen Hauptanliegen der maßgeblichen Pädagogen der DDR, die darüber hinaus fordern, daß die jungen Menschen in der Lage sein müssen, zu abstrahieren, Gedanken selbständig zu formulieren und darzulegen — und die in gleichem Maße zu selbstbewußten und „parkettsicheren" Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft erzogen werden müssen. Auf Grund meiner Beobachtungen kann ich behaupten: es „gärt" im Bildungs-, Erziehungs- und Ausbildungswesen der DDR, wo man seit Jahren im Stadium des Experimentierens nach neuen Lösungen sucht, die ein Optimum — sowohl für die Gesellschaft als auch für den einzelnen jungen Menschen — darstellen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung fordert einen neuen Menschentypus, der eine umfassende Allgemeinbildung, technisch-mathematisch-naturwissenschaftliches Spezialistentum sowie Lebenstüchtigkeit und charakterliches Durchstehvermögen miteinander verbindet; einen Menschen, der in der „Welt des Geistes" ebenso zuhause ist wie in den handwerklichen Berufszweigen — und man ist zweifellos in der DDR bemüht, eine neue pädagogische Synthese zu schaffen. Wenn ich vergleichsweise mit der Bundesrepublik feststelle, daß die Schüler in der DDR (von der „Hauptschule", der zehnklassigen polytechnischen Oberschule bis zur Hochschulreife) ein vielseitigeres und umfassenderes Können und Wissen an den Tag legen, so muß ich auch auf die Mängel dieser Erziehung und der damit verbundenen Berufslenkung hinweisen. Wiederholt habe ich gefunden, daß die Jungen und Mädchen der zehnklassigen polytechnischen Oberschule und auch Absolventen der erweiterten Oberschule (zwölfklassige Abiturschule) allzu früh in die nach geographisch-volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten arrangierte Produktion eingegliedert werden, ohne daß eine solche Eingliederung ihren spezifischen Wünschen oder tatsächlichen Begabungen entspricht. Dies sind durchaus örtliche Gepflogenheiten, die sich aus dem Bedarf der Industrie oder der Landwirtschaft ergeben; aber sie ziehen eine allzu frühe Spezialisierung nach sich — unter oft eklatanter Vernachlässigung von Sonderbegabungen und sich daraus ergebenden Berufswünschen. Somit wird leider oft das p o l y - technische, also das zentral geforderte Vielseitige und Vielschichtige, auf Grund lokaler Gegebenheiten nicht erfüllt.

VII.

Man hat sich in der DDR Gedanken darüber gemacht, wie man auf den bereits vorhandenen Grundlagen des sozialistischen Bildungswesens die zutage getretenen Mängel abschaffen kann. Der Ministerrat der DDR hatte schon am 28. März 1963 beschlossen, eine staatliche Kommission mit der Ausarbeitung neuer Richtlinien für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems zu betrauen. Diese Grundsätze — in Form eines Entwurfs — liegen nunmehr vor. Der Entwurf gelangte am 16. April 1964 im Rahmen einer Sitzung des Ministerrats zur Beratung, und er sieht vor, daß die Lehrer und Schuldirektoren angehalten

werden sollen, das kritische und selbständige Denken ihrer Schüler zu fördern und mehr Gewicht auf die Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit zu legen. Diese neuen Richtlinien sollen auch gewährleisten, daß den Berufswünschen und Sonderbegabungen der jungen Menschen mehr und besser Rechnung getragen wird und daß die Erfordernisse der Produktion in Einklang gebracht werden mit den Talenten und der Tatsache, daß der „mündig denkende und selbständig handelnde" Mensch auch aus dem einfachsten Beruf im Rahmen der immer höher werdenden Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr fortzudenken ist. Man fordert nunmehr von den Lehrern, daß sie den Schülern größeren Spielraum zur vollen Entfaltung ihrer Persönlichkeit geben sollen und man erwartet, daß Lehrer und Schulleiter „in eigener Verantwortung" handeln, und ihre Zöglinge zum „verantwortlichen Mitdenken" anhalten.

VIII.

Meine Gesprächspartner in der DDR bestätigten meine Feststellungen, daß es zur Zeit noch Disproportionen im Rahmen von „Berufswunsch — Berufswahl" gibt. Sie bemängelten, daß es immer noch Berufe gibt, für die kaum Bewerbungen vorliegen, wie z. B. für Mathematik, Physik etc. Viele Studenten, deren mathematische Begabung unter Beweis gestellt wurde, wenden sich lieber den „angewandten" Berufen zu und die DDR-Pädagogen wollen versuchen, diesen Mangel zu überwinden, indem die Berufsberatung schon weit vor der 10. Klasse der polytechnischen Oberschule sowie der 12. Klasse der erweiterten Oberschule einsetzen wird. Die Professoren bemängelten, daß die Mehrzahl der Schüler sich Berufen zuwandten, die „herkömmlich" sind — und äußerliche Dinge noch allzu sehr in Rechnung stellen —, wobei schnelle Verdienstmöglichkeiten oft über spezielle Neigungen und Begabungen gestellt würden, die allerdings eine längere und intensivere Ausbildung erforderlich machten. — Viele richten sich auch in der Berufswahl noch nach den Wünschen der Eltern. Auf meine Frage gab Prof. Heitz (Universität Rostock) zu, daß auch in der DDR die Kontaktfreude zwischen Professoren und Studenten nicht sehr ausgeprägt sei, und er meinte, daß dieser offensichtliche Mangel zumindest zum Teil bedingt sei durch eine zu große Zahl von Studenten in einem Seminar. Es würde jetzt jedoch der Versuch unternommen, dem durch das „Betreuer-System" (das sich in den angelsächsischen Ländern so gut bewährt hat) abzuhelfen.

Ich fürchte, daß der Hauptgrund für die „Nicht-Beziehungen" zwischen dem Dozierenden und den Hörern in der deutschen („gesamtdeutschen") Mentalität zu suchen ist. Von der Bundesrepublik wissen wir, daß Professoren, die persönlichen Kontakt zu ihren Studenten haben (und diesen auch pflegen), Seltenheitswert besitzen. Andererseits haben die enormen Fortschritte gerade in der DDR im Rahmen von Bildung, Erziehung und Ausbildung noch keine Hochschulreform zutage gefördert, die die „Respektsperson von Amts wegen" ausklammert und im Verhältnis zwischen Professor und Student die „human relations" in den Vordergrund stellt.

IX.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt der letzten fünfzig Jahre hat uns eine Vielfalt von Gestaltungsmöglichkeiten unseres Lebens in die Hand gelegt, deren materielle Voraussetzungen breitesten Schichten der Gesellschaft gegeben sind, dessen geistige Bewältigung aber dem einzelnen überlassen bleibt. Seit geraumer Zeit hat man allerorts erkannt, daß die für die Zivilisation in ihren verschiedenen Bereichen notwendigen qualifizierten Kräfte bei Beibehaltung des heutigen Bildungssystems in wenigen Jahren nicht mehr ausreichen und ein Still-

stand eintreten wird, der im Rahmen der sich stetig steigenden Anforderungen unserer technischen Leistungsgesellschaft zwangsläufig zu einem Rückschritt werden muß. Daß sich diese Erkenntnis in der westlichen Welt überhaupt Bahn gebrochen hat, verdanken wir den „Herren Sputniks", die den Leistungsstand einer wissenschaftlich-technischen Elite in den sozialistischen Ländern aller Welt vor Augen führten und beispielsweise dem amerikanischen Bildungs- und Erziehungssystem ein „intellektuelles Pearl Harbour" bereitet haben. Im Gegensatz zu den Ländern des Westens, wo sich die Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaft und Politik zu einer bedrohlichen Krise auszuweiten drohen, steht die Wissenschaft in den sozialistischen Ländern in enger Beziehung zur Politik — und dies im umfassenden Sinne. Dem „Dreigespann" Politik — Wissenschaft — Technik der sozialistischen Länder stehen im Westen mehr oder weniger stark isolationistisch bestimmte Fach- und Gruppeninteressen gegenüber, deren institutionelle Koordinierung keineswegs der Einsicht und der Planung (wie in den sozialistischen Ländern) überlassen bleiben, sondern mehr und mehr dem Zufall. Die Ursache liegt im Fehlen einer echten Vertrauensbasis zwischen der Berufselite und den Politikern und Staatsmännern, die für die Gestaltung der Geschicke des Westens verantwortlich zeichnen. Ein vielleicht noch triftigerer Grund dieser Ausplitterung scheint mir das Fehlen eines gemeinsamen Leitbildes, von der Ganzheit des Menschen und der Einheit des Lebens ausgehend, der Wissenschaft Maß und Aufgabe setzt.

Auf Grund etlicher pädagogischer Fehlhaltungen und Fehlleistungen und der Anforderungen der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung haben die Kulturträger der DDR die notwendigen Konsequenzen gezogen und neue pädagogische Perspektiven skizziert. Nach Kenntnis der Lage möchte ich behaupten, daß diese neuen Richtlinien, die zu Beginn des kommenden Schuljahres erstmalig angewandt werden sollen, ihre Wirkung auf die Jugend der DDR nicht verfehlen werden.

Auf die Bundesrepublik bezogen, frage ich, wann die hiesigen staatlichen Organe den Notschrei der Pädagogen aller Nivellierungen erhören werden, und die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um Bildungsstätten zu entwickeln, die — frei von allen materiellen Nöten — nach sorgfältiger Auslese begabte junge Menschen für die mannigfachen Aufgaben unserer technischen Leistungsgesellschaft heranbilden? Es wäre ein bescheidener Anfang, um aus der Misere des bundesdeutschen „Bildungsnotstands" herauszukommen!

X.

Meine soeben abgeschlossene zweite Studienreise durch die DDR — die eigentlich mehr eine Vortrags- und Vorlesungsreise auf Einladung des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts", Berlin, sowie einiger pädagogischer Institute und Universitäten war —, brachte mich mit einigen Neuerungen auf dem Hochschulsektor in Berührung. Insbesondere befaßte ich mich mit der Revolutionierung des Studiums in den Fachrichtungen der Ingenieurwissenschaften und der Umgestaltung und Umstrukturierung der Pädagogischen Institute.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung stellt auch an die Professoren, Dozenten und an alle Mitarbeiter der Hochschulen erhöhte Anforderungen, damit über die bisher erzielten Erfolge hinaus die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird und verstärkte Anstrengungen unternommen werden, wissenschaftlich-technische Höchstleistungskader heranzubilden. Das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR hatte zur Neugestaltung des wissenschaftlich-technischen Studiums den Vorschlag gemacht, einen einjährigen Ausbildungsabschnitt in der Industrie einzuschieben, und es wurde seitens einiger Technischer

Hochschulen angeregt, diesen Ausbildungsabschnitt nach dem 6. Semester stattfinden zu lassen und die bisherigen Vor- und Berufspraktika wegfallen zu lassen. Auch mit der Erweiterung der Grundlagenausbildung hat man sich sehr eingehend befaßt und vorgeschlagen, den Diplomingenieuren eine breite Grundlagenausbildung — insbesondere in Mathematik und Physik, in der theoretischen Elektrotechnik, aber auch in der Elektronik, der Technologie und der Regelungstechnik — zu geben, um sie in die Lage zu versetzen, sich auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand von morgen zu orientieren.

Auch mit der Ausbildungsmethodik, insbesondere im Rahmen der technischen Wissenschaften, habe ich mich beschäftigt. Bisher holte der Student sein Wissen aus der Vorlesung, den Übungen, der Literatur und der materiellen Umgebung in Gestalt eines Institutspraktikums oder aber auch im Rahmen eines Betriebspraktikums. Ich will nicht gegen die Notwendigkeit einer derartigen Kombination polemisieren; aber mir scheint, daß sie nicht ausreichend ist, um den Ingenieur in die Lage zu versetzen, die wissenschaftlich-technische Entwicklung in der DDR an das Weltniveau heranzuführen. Es ist erfreulich, daß sich einige Technische Hochschulen in der Richtung engagiert haben, ihre Studenten zur Eigeninitiative sowie zum schöpferischen und selbständigen Handeln zu bringen. Versuche im Rahmen der Akzentuierung des wissenschaftlichen Niveaus wurden von der Technischen Hochschule in Karl-Marx-Stadt zum Anlaß genommen, die selbständige Arbeit der Studenten wie auch ihre Persönlichkeitsbildung wesentlich zu fördern. Daß der Lehrkörper der TH Karl-Marx-Stadt nicht primär von altruistischen Motiven, sondern von pragmatischen Gesichtspunkten ausging, liegt klar auf der Hand. Die Vorschläge und Versuche sollen dem Ziele dienen, dem schnellen Entwicklungstempo der Wissenschaft und Technik gerecht zu werden; sie werden aber auch gleichzeitig die Möglichkeit haben, in eigener Initiative und in eigener Verantwortung ihren Studien- und Arbeitsweg selbst zu bestimmen — je nach individuellen Erfordernissen. Das bedeutet, daß ihr Studienprogramm nicht mehr ausschließlich von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und den Gegegenheiten auf lokaler Ebene gelenkt wird, sondern daß sie mehr und mehr in der Lage sein werden, eigene und höchst individuell gehaltene Entscheidungen für ihren zukünftigen Lebensweg zu treffen. Sie können nach Erlangung eines gewissen Studienabschnitts (das Ende des 6. Semesters wird allgemein für zweckmäßig erachtet) in die Praxis gehen und — zugeschnitten auf ihren persönlichen Bedarf — jederzeit an die Hochschule zurückkehren, um Zusatzkurse zu belegen.

Die wissenschaftlich-technischen Studenten (Ingenieurwissenschaften) steuern mit dieser Neugestaltung des Studiums auf das Ziel zu, ihre Studienprogramme, wie auch den Arbeitseinsatz nach ihren individuellen Fähigkeiten wechselweise bestimmen zu können.

Fraglos hat die TH Karl-Marx-Stadt mit dieser Umstrukturierung einen echten Beitrag zur Wechselbeziehung von Schule und Gesellschaft geleistet. Das ist jedoch lediglich die erste Phase eines im Umbruch befindlichen Hochschulwesens. Da man in der DDR sehr gezielt an die wissenschaftliche Profilierung herangeht und Sachsen nun einmal das pädagogische „Musterländle" ist, wurde Karl-Marx-Stadt dazu außersehen, in einer zweiten Hinsicht „Pionierstadt" zu sein. Seit rund $1^1/_2$ Jahren hat man sich in Karl-Marx-Stadt mit dem Gedanken auseinandergesetzt, wie man die Akzentuierung des wissenschaftlichen Niveaus der zukünftigen Lehrer am besten gewährleisten kann. Karl-Marx-Stadt besitzt sowohl ein Pädagogisches Institut als auch eine Technische Hochschule und im Zuge der Umstrukturierung des Hochschulwesens (zunächst bezogen auf die Fachrichtung Ingenieurwissenschaften, Mathematik- und Naturwissenschaften) wird das Pädagogische Institut mit Wirkung vom 1. Januar 1965 aufgelöst und die Disziplinen

Physik, Mathematik, Technologie und Produktion werden von der Technischen Hochschule übernommen. Das Pädagogische Institut wird also nach seiner Auflösung ein integraler Bestandteil der Technischen Hochschule und das Endziel dieser Reform wird sein, die TH Karl-Marx-Stadt in eine Technische Universität umzuwandeln — etwa nach dem Muster der Technischen Universität Dresden. Ich habe mich über diese Zukunftspläne sowohl mit Angehörigen der Fakultät der TH Karl-Marx-Stadt als auch mit Pädagogen, Psychologen, Gesellschaftswissenschaftlern und Vertretern der Fachrichtung „Produktion" des Pädagogischen Instituts im Rahmen eines Oberseminars (das den Charakter einer freundschaftlichen Aussprache auf gesellschaftlicher Ebene hatte) unterhalten und erfahren, daß die TH nach Auflösung des Pädagogischen Instituts vier Fakultäten haben wird, die sich wie folgt zusammensetzen:

Fakultät I — Mathematik und Naturwissenschaften („MATH-NAT") — untergliedert in zwei Institute: Mathematik und Physik. Es wird das Ziel dieser beiden Institute sein, je 50% Mathematik- und Physik-Lehrer und je 50% Diplom-Mathematiker und Diplom-Physiker auszubilden — den zukünftigen Lehrern also das wissenschaftliche Niveau eines Diplom-Mathematikers oder Diplom-Physikers zu geben!

Fakultät II — Pädagogik. —

Fakultät III — Psychologie. —

Fakultät IV — Gesellschaftswissenschaften.

Es ist vorgesehen, daß die jeweiligen Institutsdirektoren der Fakultäten II, III und IV Mitglied des Senats werden (der Direktor der Technischen Hochschule, ein Diplom-Mathematiker, ist bereits Mitglied des Senats) — als Ausgleich zum mathematisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkt der Anstalt und um zu gewährleisten, daß die Fachmethodik nicht zu kurz kommt.

Der „Motor" hinter dieser strukturellen Reform war zweifellos die Technische Hochschule, die aber an den Mathematikern und Physikern des Pädagogischen Instituts eine aktive Stütze hatte. Die Hochschulreform in der DDR schreitet aber nicht ausschließlich im Sinne der wissenschaftlichen Profilierung voran; auch Fragen der höheren Rentabilität und der Rationalisierung spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Im Zuge meiner Umfragen war zu erfahren, daß sich innerhalb der nächsten fünf Jahre (als „deadline" wurde 1970 genannt) drei weitere Pädagogische Institute strukturell verändern werden: die Pädagogischen Institute Dresden, Erfurt und Güstrow. Sie sollen — nach dem Vorbild der Pädagogischen Hochschule Potsdam — in Pädagogische Hochschulen umgewandelt werden. Ich sprach mit dem Direktor des Pädagogischen Instituts „K. F. W. Wander", Dresden, Dr. H. Lehmann, und erfuhr, daß sich die Institute Dresden und Erfurt im friedlichen wissenschaftlichen Wettstreit ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Auch Prof. Stolz, Direktor des Pädagogischen Instituts Erfurt, ist bemüht, sein Institut schnellmöglichst in eine Pädagogische Hochschule zu transformieren — und fraglos wird die Anzahl der „Habilitierten", die an den jeweiligen Instituten wirken, eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Beantwortung der Frage haben wird, welches der drei genannten Institute als erstes das Rennen machen wird.

hoffs damaliger Behauptung bleibt freilich, daß diese Errungenschaft der Aufklärung „liberalistisch" sei und daß der Satz im germanischen Strafrecht — durchaus strukturwidrig — keine Geltung hatte.

*

Biographie und wissenschaftliche Leitung Küchenhoffs sind hier exemplarisch aufgeführt für die intellektuellen Verbrechen vieler anderer; vermutlich wird es, wie mittlerweile üblich geworden, nicht an Stimmen fehlen, die Küchenhoffs damaliges Verhalten als Tarnung seines Widerstandes und seiner Abneigung gegen das verhaßte Regime zu belegen und selbst dem Umstand, daß er noch 1940 Oberlandesgerichtsrat und 1943 Ordentlicher Professor wurde, apologetische Seiten abgezugewinnen wissen. Auf derlei braucht nicht eingegangen zu werden; das Schicksal derer, die von Anfang an Widerstand geleistet haben, zeigt die Schamlosigkeit solcher Argumente in trauriger Deutlichkeit.

Walter Boehlich gebrauchte in der Kontroverse um den neuen Rektor der Universität Bonn ein Bild, um zu begründen, warum er die Vergangenheit eines deutschen Professors, der zum Rektor gewählt worden ist, des näheren beleuchtete: kein verständiger Mensch werfe einem Lahmen seine Lahmheit vor, nur wenn sich der Lahme zum Marathonlauf melde, werde er notwendigerweise kritischer beurteilt werden als seine Mitbewerber. Das Bild ist schief. Küchenhoffs Lahmheit ist kein Naturereignis — das ihm nicht vorzuwerfen wäre — oder jedenfalls in keinem höheren Maße Naturereignis für ihn als jeder einzige Mord eines KZ-Bewachers oder Einsatzgruppenleiters. Die Perversion eines Gesellschaftssystems, zu dessen innerer Logik der Mord gehörte, vermag noch eher jene zu exkulpieren, die eigenhändig mordeten, als jene, die dieses System errichteten und festigten; zu ihnen gehört Küchenhoff. Er hat sich, um bei Boehlichs Bild zu bleiben, nicht zum Marathonlauf gemeldet, und dennoch müssen wir uns für seine Lahmheit interessieren.

Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum jemand Ordinarius an einer deutschen Nachkriegsuniversität sollte sein dürfen, wenn die deutsche Nachkriegsgesellschaft und in ihr die deutsche Nachkriegsuniversität anders als nur verbal die Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen will. Die Strukturen, die 1933 ermöglichten, haben den Krieg überdauert.

Aus der Wirtschaft

Der Konkurrenzkampf zwischen Kohle und Heizöl

Am 31. Oktober ist die zunächst schon auf den 31. August gesetzlich festgelegte Frist für die Anmeldung stillzulegender Zechen beim Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus in Essen abgelaufen. Die Stillegung sollte zunächst bis 31. August 1965 eingeleitet sein, braucht aber erst am 31. August 1968 abgeschlossen zu sein. Die Bergwerksgesellschaften erhalten als Stilllegungsprämie pro Tonne Jahresförderung DM 25,—, davon die Hälfte vom Bund. Anfang November teilte die Bundesregierung eine Verlängerung der Frist für den Beginn der Stillegung bis Ende 1965, also kurz nach den Bundestagswahlen, mit.

Seit 1958 sind bereits 37 Zechen und 131 Kleinstbergwerke geschlossen worden. Wie Dr. Helmuth Burckhardt, Vorstandsvorsitzender der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen, auf einer Pressekonferenz in

Essen am 2. November mitteilte, wurden jetzt weitere 31 große und 5 kleine Zechen mit einer Jahresförderung von 25 Mill. Tonnen Steinkohle zur Stillegung angemeldet. Von ihnen sind 5 Großzechen und eine Kleinzeche bereits stillgelegt, so daß nunmehr noch die Stillegung von 26 großen und 4 kleinen Zechen mit einer Jahreskapazität von 22 bis 23 Mill. Tonnen wahrscheinlich ist. Davon würden rund 60 000 Bergarbeiter betroffen. Nach einem Bericht der Westfälischen Rundschau (31. 10./1. 11.) sind allein in Essen 13 000 Arbeitsplätze gefährdet. Dr. Burckhardt erklärte, die Unternehmer seien dabei, ihr Investitionskapital aus dem Bergbau zurückzuziehen. Er äußerte scharfe Kritik an den außerordentlich expansiven ausländischen Ölkonzernen.

Die Mineralölgesellschaften haben die Kritik Dr. Burckhardts zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß 30 % der deutschen Raffineriekapazität den dem Bergbau nahestehenden Gesellschaften gehören. — Der Anteil der Steinkohle am westdeutschen Gesamtenergieverbrauch ist von 52 % im ersten Halbjahr 1963 auf 47 % im ersten Halbjahr 1964 zurückgegangen. Die Raffineriekapazität der Bundesrepublik, die 1958 bei 27 Mill. Tonnen lag, wird Ende 1964 nahezu 70 Mill. erreichen und im nächsten Jahr weiter steigen. Für 1968 erwarten die Mineralölverbände sogar eine Kapazität von 98,6 Mill. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet mit einer Erhöhung der Jahresproduktion der ESSO von 6,5 Mill. im Jahr 1964 auf 15 Mill. im nächsten Jahr. Es erwartet einen Anstieg der Jahresproduktion bei SHELL von 7,3 Mill. auf 11 Mill., Gelsenberg 4,5 auf 8,3 Mill. und BP 6,2 Mill. auf 8,2 Mill. Tonnen.

Die Gesamteinfuhr an Mineralöl ist von 1958 bis 1963 von 16,7 auf 57,9 Mill. Tonnen gestiegen, die von Heizöl von 4,4 auf 13,1 Mill. Tonnen. Bundeswirtschaftsminister Schmücker teilte am 13. November im Bundestag mit, die Marktanteile der ausländischen Ölkonzerne am deutschen Markt betrügen bei schwerem Heizöl 65 %, leichtem Heizöl 64 %, Dieselöl 52 % und Benzin 42 %.

Die Haldenbestände im Bergbau sind seit Ende 1963 um weitere 4 Mill. Tonnen auf 8 Mill. Tonnen gewachsen.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, forderte die Bundesregierung auf, zur Sicherung eines ausreichenden Absatzes deutscher Steinkohle nach § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes Heizöl-Importe zu lizenzieren. Bundeswirtschaftsminister Schmücker hat diese Forderung zunächst abgelehnt. Er erklärte im Bundestag, die Bundesregierung plane eine Meldepflicht für Raffinerie- und Rohrleitungsbauten. Sie werde außerdem versuchen, die Mineralölkonzerne zu einem Stillhalten bei der bisherigen Kapazität zu bewegen und sich um die Sicherung des Absatzes der jetzigen Steinkohlen-Jahresproduktion in Höhe von 142 Mill. Tonnen bemühen. Unter anderem sollen die Verwendung von Steinkohle in Elektrizitätswerken steuerlich begünstigt und 40 Mill. DM für den Bau von Block- und Fernheizwerken auf Kohlebasis bereitgestellt werden.

Seit Ende Oktober herrscht im Ruhrbergbau ein tarifloser Zustand. Die IG-Bergbau/Energie hat die Erhöhung der Löhne und Gehälter im Bergbau um 9 % und eine Verdoppelung des Wohnungsgeldes gefordert. Der Unternehmensverband erklärte sich nach zweimaligen ergebnislosen Verhandlungen zu einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 2½ % bereit. Dieser Vorschlag ist von der IG-Bergbau abgelehnt worden. Am 10. Dezember soll eine Urabstimmung darüber entscheiden, ob die Bergleute ihrer Forderung durch einen Streik Nachdruck verschaffen wollen. Der Vorsitzende der IG-Bergbau, Arendt, beschuldigte die Unternehmen, sie hätten mit der Verschiebung der Anmeldefrist für die Zechen-Stillegung vom 31. August auf 31. Oktober einen psychologischen Druck auf die eine Lohnerhöhung fordernden Bergleute auszuüben versucht.

Am 28. November veröffentlichte die IG-Bergbau anläßlich einer Konferenz von 3000 Funktionären in Dortmund ein Sechspunkte-Programm für die Energiepolitik. U. a. werden die Einrichtung einer zentralen Einfuhrstelle für Energie unter staatlicher Aufsicht und als Sofortmaßnahme die Lizenzierung von Importen flüssiger und fester Brennstoffe, ein Einfuhrstopp für Heizöl sowie die Genehmigungspflicht für den Bau von Raffinerien gefordert. Bereits früher hatte der Vorsitzende der IG-Bergbau die Einrichtung einer Lohnausgleichskasse für den Ruhrbergbau verlangt.

Der Wettlauf um den Osthandel

Generaldirektor Alfred E. Schulz, Vorstandsmitglied der DEMAG, erklärte auf dem Außenwirtschaftstag des *deutschen* Maschinenbaus in Wiesbaden Ende Oktober, es habe ein „offensichtlich nicht mehr abzu-

stoppender Kreditwettlauf" nach Moskau eingesetzt. Der Versuch einer einheitlichen Handelspolitik des Westens und der EWG gegenüber dem Ostblock sei gescheitert. Schulz verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngsten handelspolitischen Vereinbarungen verschiedener westlicher Länder mit der Sowjetunion und die Bereitschaft dieser Länder zu langfristigen Krediten. Der Marktanteil der deutschen Maschinenindustrie im Ostblock sei in den letzten 4 Jahren von 39,7 auf 29,4 % zurückgegangen. Schulz kritisierte die Haltung der Bunresregierung: „Sollen wir Einbußen hinnehmen, nur weil die Bundesregierung nicht einsehen will, daß der politische Tauschwert von Kreditangeboten angesichts der großzügigen Kreditpolitik der anderen immer geringer wird?"

Die *französisch-sowjetischen* Wirtschaftsverhandlungen in Paris, die Anfang Oktober begonnen hatten, führten zum Abschluß eines neuen Handelsabkommens, das Ende 1965 in Kraft tritt und für die Jahre 1966 bis 1970 gelten soll. Die französische Industrie erhofft sich von ihm vor allem eine Absatzsteigerung auf dem Maschinenbau-Sektor. „Der sowjetische Markt werde es der französischen Ausrüstungsindustrie ermöglichen, in den nächsten fünf Jahren mehr als dreimal so viel als in den Jahren 1959/1963 zu liefern. In den letzten vier Jahren konnten die Franzosen nur für durchschnittlich 185 Mill. Francs jährlich Maschinen nach der Sowjetunion liefern." (Basler Nachrichten v. 4. 11. 64) Die Sowjetunion bevorzugt die Lieferung von Ausrüstungen für die chemische und petrochemische Industrie. Die Hälfte des bestellten Ausrüstungsmaterials wird mit Krediten von 7jähriger Laufzeit finanziert (1,8 Mill. Francs). Frankreich wird künftig eine Million Tonnen russisches Rohöl mehr als bisher aus der Sowjetunion beziehen und damit den Rohöl-Import aus der Sowjetunion mehr als verdoppeln.

Außenminister Couve de Murville hatte sich schon im September im EWG-Ministerrat in Brüssel für einen handels- und insbesondere kreditpolitischen „Realismus" gegenüber dem Ostblock ausgesprochen und dabei auf die Beispiele Englands und Japans hingewiesen. Bundespressechef von Hase hingegen erklärte am 30. Oktober vor der Presse, die *Bundesregierung* beabsichtige nicht, ihre Haltung zu ändern und über Kredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren hinauszugehen.

Angesichts der Bemühungen Großbritanniens und Frankreichs um eine erhebliche Ausweitung des Osthandels - Geschäftes durch eine großzügige Kreditpraxis ist auch in den USA in letzter Zeit die Neigung zu einer Expansion des Ostgschäftes gewachsen. *Der amerikanische* Anteil an den westlichen Exporten in die Sowjetunion, deren Höhe rund 5 Mill. Dollar betrug, belief sich 1963 auf nur 2,5 %. — Der Außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Senats hat kürzlich bei 214 Firmen eine Umfrage betreffend die Wünschbarkeit einer Ausweitung des Osthandels veranstaltet, deren Ergebnis Mitte November von dem Ausschuß-Vorsitzenden, Senator Fulbright, bekanntgegeben wurde. Von 125 antwortenden Firmen bejahten 105 eine Liberalisierung und Revision der Exportkontrolle im Verkehr mit Osteuropa und der Sowjetunion. Auch der frühere Botschafter in Moskau George Kennan sowie der bekannte Wirtschaftsexperte und frühere Botschafter in Indien Galbraith traten für einen verstärkten Osthandel der USA ein. Von 20 Bankiers, die Stellung nahmen, befürwortete jeder zweite eine Garantie langfristiger Kredite durch die Export-Import-Bank. Dabei wurde vor allem auf die faktische Durchlöcherung der bisherigen westlichen Embargo-Bestimmungen hingewiesen.

Vom 17. bis 22. November fand in Moskau eine Geheimkonferenz von 92 führenden *amerikanischen* Wirtschaftlern mit den maßgeblichen sowjetischen Instanzen statt, die sich vor allem mit dem Problem einer Ausweitung des Handels zwischen den USA und der Sowjetunion beschäftigte. 63 der bedeutendsten amerikanischen Konzerne waren auf dieser Konferenz vertreten, an der u. a. die Präsidenten oder Vizepräsidenten von General Electric, Ford und Chrysler teilnahmen. Die amerikanischen Geschäftsleute, deren Reise mit der US-Regierung abgesprochen war, wurden auch von dem sowjetischen Staatsoberhaupt Mikojan und Ministerpräsident Kossygin empfangen.

Im September 1965 soll in Moskau eine große Internationale *Chemie*-Ausstellung stattfinden. Allein in den letzten Monaten hat die Sowjetunion an westliche Staaten Aufträge für Chemieanlagen im Gesamtwert von 150 Mill. Dollars vergeben. U. a. liefert die Firma Krupp ein Kunststoffwerk im Werte von 16 Mill. DM, das in Kursk errichtet werden soll. (Vgl. Basler Nachrichten v. 7. 10.)

Kanada hat mit der Sowjetunion einen neuen Vertrag über die Lieferung von 390 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl abgeschlossen, deren Wert ungefähr 21 Mill. Dollar beträgt. Die Verschiffung soll sofort beginnen. Ein Teil des Weizens wird nach Kuba geliefert. Das im Vorjahr geschlossene Abkommen über eine Lieferung von kanadischem Weizen in Höhe von 700 000 Tonnen für 1965 wird von diesem Kontrakt nicht berührt. —

Der neue britische Handelsminister Douglas Jay eröffnete Anfang November in *Peking* eine *britische* Industrieausstellung, die größte westliche Industrieausstellung dort seit 15 Jahren (vgl. Basler Nachrichten v. 24./25. 10.). An ihr waren nicht weniger als 230 britische Firmen beteiligt. Während Großbritannien im ganzen Jahre 1963 für insgesamt 13,1 Mill. Pfund Sterling nach China exportierte, betrug der Wert der Exporte in den ersten 8 Monaten 1964 bereits 12,2 Mill. Pfund Sterling. Die Importe aus der Volksrepublik China beliefen sich in den ersten 8 Monaten d. J. auf 16 Mill. Pfund, während sie 1963 insgesamt 18,5 Mill. Pfund ausmachten.

Der russische Anteil am chinesischen Außenhandel beträgt z. Z. nur noch 30 %, während er sich 1959, zusammen mit dem der übrigen Ostblockstaaten auf nicht weniger als 80 % belief.

Zwischen der *österreichischen* Bundeshandelskammer und dem chinesischen Rat zur Förderung des internationalen Handels wurde ein Abkommen abgeschlossen, das eine Ausweitung des Handels zwischen beiden Ländern vorsieht. Nach einem Besuch einer österreichischen Delegation in China, die die dortigen Absatzmöglichkeiten untersucht hat, hofft man in Wien auf eine Steigerung der Exporte nach China um das sechsfache. (Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 26. 11.).

Die EWG-Kommission hat entschieden, daß die EWG den *französischen Getreideexport* nach China subventionieren wird. Im Augenblick laufen Verhandlungen über die Lieferung von 1 Mill. Tonnen Weichweizen unter Weltmarktpreisen.

Die Wirtschaftspolitik der neuen britischen Regierung

Die neue britische Labour-Regierung unternimmt große Anstrengungen, die von ihr vorgefundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem die Krise der britischen *Zahlungsbilanz* zu überwinden. Am 27. Oktober teilte sie mit, nach ihren neuesten Berechnungen müsse das Zahlungsbilanz-Defizit auf etwa 700 bis 800 Mill. Pfund angesetzt werden. Auf alle *Einfuhren*, ausgenommen Nahrungsmittel, Industrierohstoffe und Rohtabak, wird ab Ende Oktober eine zusätzliche Abgabe in Höhe von durchschnittlich 15 % des Wertes erhoben. Diese Regelung gilt zunächst bis zum 30. November 1965. Gleichzeitig sollen die *Exporte* durch eine Rückvergütung indirekter Steuern gefördert werden. Die Regierung kündigte ferner die Überprüfung aller öffentlichen Ausgaben, auch der Verteidigungsausgaben an, und teilte der französischen Regierung mit, die beabsichtigte britisch-französische Gemeinschaftsproduktion des Concorde-Überschall-Verkehrsflugzeuges müsse, als ausgesprochenes „Prestige-Projekt", neu erwogen werden. Ende November verlautete aus London, die Regierung denke auch an eine Reduzierung der britischen Rheinarmee.

Im April 1965 tritt die von der Labour-Regierung beschlossene Erhöhung der *Einkommensteuern* in Kraft. Von ihr werden die höheren Einkommen berührt, während laut FAZ v. 13. November 14,5 Millionen der 21 Millionen Berufstätigen von dieser Steuererhöhung von 2,5 % nicht betroffen sind. Ferner ist eine schärfere Besteuerung der Aktiengesellschaften und Aktionäre vorgesehen. Eine Kapitalgewinnsteuer wird vorbereitet, durch die auch die bisher steuerfreien großen Gewinne am Grundstücksmarkt erfaßt werden sollen. Ebenfalls im Frühjahr 1965 wird die beschlossene Erhöhung der Altersrenten wirksam. Die Regierung kündigte außerdem die Schaffung eines *Preisüberwachungsamtes* an und teilte mit, sie halte an dem im Wahlkampf vertretenen Plan einer *Wiederverstaatlichung der britischen Stahlindustrie* fest. Mit beiden Sozialpartnern sollen die Möglichkeiten einer neuen *Einkommenspolitik* erörtert werden.

Am 23. November teilte die Bank von England die Erhöhung des *Diskontsatzes* von 5 auf 7 Prozent mit. Nach Gerüchten über eine Abwertung des Pfundes wurde am 25. November in London bekanntgegeben, daß die Zentralnotenbanken von Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Japan, Kanada, Österreich, Schweden und der Schweiz sowie die Export-Import-Bank der USA und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich der

Bank von England einen Betrag von 3 Milliarden Dollar zur *Stützung des Pfundes* zur Verfügung stellen. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung der Gold- und Devisen-Reserven Großbritanniens, die bis Ende Oktober auf 2,45 Milliarden Dollar gesunken waren.

Die Konzentration in der Wirtschaft

Ende Oktober ist der zweite Teil der auf Veranlassung des Bundestages von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen *Enquete über die Konzentration in der deutschen Wirtschaft* den Abgeordneten des Bundestages übermittelt worden. Das Untersuchungsergebnis bezieht sich auf die Jahresumsätze von 1960. In fast allen Bereichen der Wirtschaft hat die Konzentration seither weiter zugenommen. Aus der Enquete geht hervor, daß die 50 größten Firmen der Bundesrepublik 25,3 % des Umsatzes der Industrie in Anspruch nahmen, die 500 größten Firmen 49,1 %. Auf die jeweils 10 größten Unternehmen entfielen: In der Mineralölverarbeitungs- und Kohlenwertstoff-Industrie 91 %; der tabakverarbeitenden Industrie 84,5 %; im Schiffbau 69 %; im Fahrzeugbau 67 %; bei Kautschuk und Asbest 59,7 %; in der eisenschaffenden Industrie 57,8 %; der Glasindustrie 51,7 %; im Bergbau 42 %; in der Papierindustrie 41,5 %; der chemischen Industrie 40,6 %; der elektronischen Industrie 38,4 %, der ledererzeugenden Industrie 37,3 %.

In der *Nahrungsmittelindustrie* beträgt der Anteil der jeweils fünf größten Firmen am Gesamtumsatz: Bei Zigaretten und Tabak 87,2 %; Ölmühlen und Margarine 84,5 %; Zucker 52,7 %; Kaffeeverarbeitung und Kaffeeersatz 45,6 %; Nährmittel 46,2 %; Süßwaren 29,5 %; Spirituosen 21 %; Milchverwertung 14,8 %.

Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 3. November sind auf dem deutschen Zigarettenmarkt derzeit rund 200 verschiedene Marken vertreten. Die 14 größten Marken mit einem Umsatz von monatlich über 100 Mill. Stück nehmen allein 83 % des Absatzes in Anspruch, davon die drei Milliarden-Marken HB, Ernte 23 und Peter Stuyvesant nicht weniger als 54 %.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Friedrich Flick, der bei *Daimler Benz AG* mit 38 % des Kapitals vertreten ist, und Generaldirektor Nordhoff vom *Volkswagenwerk* werden die beiden größten westdeutschen Automobilfirmen in Zukunft eng zusammenarbeiten. Das Volkswagenwerk wird künftig die entscheidende Rolle bei der bis jetzt hundertprozentig zu Daimler Benz gehörenden Auto Union spielen und damit in die Wagenklassen zwischen 1,6 und 1,8 Liter vorstoßen. Man spricht von einer Übernahme von 51 % des Kapitals der Auto Union durch VW. Laut FAZ v. 26. November betrug der Umsatz der beiden Automobilfirmen Daimler Benz und VW im letzten Jahr zusammen 6,11 Mrd. DM. „Kein anderer Konzentrationsvorgang in Deutschland hat bisher so große Firmen zusammengeführt, auch nach dem Kriege nicht ... Nach dem Gewicht der beteiligten Unternehmen ist dies der größte Konzentrationsfall der deutschen Wirtschaftsgeschichte."

Auf der fünften Weltkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes für Automobilindustrie in Frankfurt Mitte November, auf der 28 Länder vertreten waren, wurde die Besorgnis der *Gewerkschaften* über die zunehmende Konzentration in der *Welt-Automobilindustrie* zum Ausdruck gebracht. Es wurde auf den internationalen Charakter und die wachsende internationale Verpflechtung der großen Automobilfirmen hingewiesen. Damit verbunden sei die Tendenz zur Beschäftigung von Arbeitskräften zu denkbar niedrigen Löhnen und zur Ausnutzung von Investitionsmöglichkeiten bei geringster wirtschaftlicher und sozialer Verantwortung. Es wurde eine verstärkte internationale Koordinierung der gewerkschaftlichen Arbeit gefordert.

A. v. B.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Nachdrückliche Warnung vor den Notstandsgesetzen

Es darf als Zeichen eines erfreulich wachen staatsbürgerlichen Interesses betrachtet werden, daß anläßlich des Öffentlichen Forums „Freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Notstandsgesetze" der Mozartsaal der Stuttgarter Liederhalle am Totensonntag mit annähernd 700 Personen nahezu vollbesetzt war. Man wird in dieser regen Beteiligung an der Veranstaltung, zu der die Herausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik" eingeladen hatten, aber vor allem einen Beweis dafür sehen müssen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unbehagen und Besorgnis über die Notstandspläne der Bundesregierung herrscht, ein Unbehagen, das noch viel tiefer gehen würde und noch viel weiter verbreitet wäre, hätte der „Mann auf der Straße" auch nur einigermaßen zureichende Vorstellungen von den Konsequenzen jener Bonner Notstandskonzeption. Einer Orientierung über diese sollte das Stuttgarter Forum dienen.

Der Bonner Ordinarius für Öffentliches Recht, Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, wies in seinen einleitenden Ausführungen darauf hin, daß selbst in Bonn nur ein Bruchteil der verantwortlichen Politiker über die Pläne der Bundesregierung unterrichtet ist und daß die jetzigen Verhandlungen im Rechtsausschuß des Bundestages unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. So besteht die Gefahr, daß hier von einem kleinen Kreis von Berufspolitikern ohne jede gründliche Diskussion in der Öffentlichkeit Entscheidungen getroffen und vollendete Tatsachen geschaffen werden, die sowohl das Schicksal der Bundesregierung im ganzen wie auch das Dasein, den Alltag jedes einzelnen Bürgers in einschneidender und verhängnisvoller Weise beeinflussen würden. Prof. Ridder machte darauf aufmerksam, es handele sich bei dem Komplex der vorgesehenen Notstandsverfassung und der einzelnen Notstandsgesetze um nichts geringeres als eine das Grundgesetz selbst ablösende autoritäre „Gegenverfassung". Wichtig war der Hinweis, daß die westlichen Nationen mit demokratischer Tradition derartig weitgehende Vollmachten, wie sie die Bundesregierung jetzt beansprucht, nicht kennen. Angesichts der deutschen autoritären Tradition und der restaurativen Entwicklung in der Bundesrepublik sei die Gefahr einer grundsätzlichen oder doch faktischen Infragestellung der demokratischen Ordnung hierzulande besonders groß. Als wenig überzeugend bezeichnete Prof. Ridder die von Seiten der Befürworter einer Notstandsgesetzgebung vorgebrachte These, eine solche sei zur Vollendung der deutschen Souveränität, in Ablösung der bisherigen Notstandsvollmachten der Alliierten, notwendig. Die Alliierten hätten die deutsche Souveränität gewiß nicht in dem Sinne verstanden, daß die Bundesregierung weitestgehende Vollmachten für eine Außerkraftsetzung des Grundgesetzes verlange. Auch eine Modifizierung oder gar eventuelle Eliminierung der vorliegenden Entwürfe über den sogenannten „inneren Notstand" wird nach Auffassung von Prof. Ridder an der Gefährlichkeit der jetzigen Notstandskonzeption nichts ändern, jedenfalls solange nicht, wie der „äußere Notstand" nicht ausschließlich auf den eindeutigen Fall des Krieges beschränkt werde. Solange die Bundesregierung einen höchst bedenklichen Ermessensspielraum habe, bereits bei vermeintlicher, angeblicher „Gefahr im Verzuge" die Notstandsgesetzgebung in Kraft treten zu lassen, handele es sich um eine Freiheit und Frieden bedrohende Gesetzgebung für einen schamhaft „Notstand" genannten Ausnahmezustand. Wobei eben die Anwendung der Gesetzgebung nicht mehr auf die echten Ausnahmezustände beschränkt werde. Erwähnung verdient der Hinweis des Referenten auf die im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler von dem Schweizer Institut Prognos errechneten Kosten für die geplante Notstandsgesetzgebung: Nach einer Minimalschätzung müßten für sie zunächst über 10 Jahre jährlich mehr als 13 Milliarden DM aufgebracht werden. (Vgl. dazu Heft 9/16 der „Blätter", S. 748 f.)

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer, Ordinarius für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Saarbrücken, ließ keinen Zweifel daran, daß sich die „Durchführung" einer solchen Ausnahmegesetzgebung im Krisenfalle nur unter Androhung und Anwendung der Todesstrafe verwirk-

lichen lassen werde; deren bereits jetzt von der CDU/CSU geforderte Wiedereinführung wäre eine unerläßliche Konsequenz der vorliegenden Notstandspläne! Die Demokratie habe zwei entscheidende Säulen: Parlament und Presse. Durch die Notstandsgesetzgebung würden beide faktisch und auch „legal" ausgeschaltet. Prof. Maihofer erinnerte in diesem Zusammenhang an das Zusammenfallen der Aktion gegen den „Spiegel" mit der Kuba-Krise. Daß die von der Bundesregierung vorbereitete Notstandsgesetzgebung nicht allein von verhängnisvoller innenpolitischer Bedeutung sein, sondern auch die außenpolitische Position der Bundesrepublik in höchst bedenklicher Weise belasten würde, machte der Diskussionsbeitrag des bekannten Publizisten Dr. Helmut Lindemann deutlich. Schon jetzt sei man in den westlich-demokratischen Partnerländern der Bundesrepublik besorgt über die autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik. Die Sowjetunion aber müsse die detaillierten Notstandsvorbereitungen der Bundesregierung, diese Pläne für eine totale Militarisierung der Bevölkerung, im Zusammenhang mit der Intransigenz Bonns in der Abrüstungs- und Entspannungsfrage sehen. So werde man mit entsprechend scharfen Reaktionen von ihrer Seite zu rechnen haben. Dr. Lindemann erinnerte daran, daß die Bundesrepublik der einzige Staat in Europa sei, der die gegenwärtig bestehenden Grenzen nicht anerkenne. Die Bundesrepublik habe seit 1950 zahlreiche große außenpolitische Spannungszustände ohne Notstandsgesetzgebung überstanden — und gegenwärtig drohe ein solcher Spannungszustand offenbar weniger denn je: so daß also eine Notstandsgesetzgebung mit ihm schwerlich motiviert werden könne. Die geradezu perfektionistische Vorbereitung auf einen äußeren Notstand, die eine Notstands-Psychose schaffe, drohe den äußeren Notstand heraufzubeschwören, von dem wir Dank der erfreulichen Fortschritte der Entspannungspolitik an sich weiter entfernt seien als je zuvor in den letzten 15 Jahren.

Auf einen bisher kaum beachteten Aspekt des Problems machte der frühere Innenminister von Baden-Württemberg Viktor Renner aufmerksam: Er fragte, ob man denn schon einmal an die Gefahr eines Staatsstreichs von seiten der bewaffneten Macht gedacht habe. Der sozialdemokratische Politiker erklärte außerdem, die Notstandspläne würden für die Gemeinden und Länder zu einer unzumutbaren finanziellen Belastung und gleichzeitig zu einer weiteren Aushöhlung der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik, auch in dieser Hinsicht also zu einer Preisgabe des Grundgesetzes führen. Von verschiedenen Seiten wurde auf den Zusammenhang zwischen den Zivilschutz(Luftschutz-)-Plänen der Bundesregierung und der Notstandsgesetzgebung hingewiesen; jene dienen vor allem einer psychologischen „Mobilmachung", die die Einführung der Notstandsgesetzgebung vorbereiten soll.

Besonders zu begrüßen war die Teilnahme eines maßgeblichen Vertreters der Gewerkschaften, des Mitglieds der Hauptverwaltung IG-Metall und hessischen SPD-Landtagsabgeordneten Olaf Radke. Zweifellos würde eine Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung für die Arbeitnehmer besonders schwere Belastungen mit sich bringen. Radke erwähnte denn auch die verschiedenen Proteste der Gewerkschaften gegen das Vorhaben der Bundesregierung und gab gleichzeitig zu verstehen, wie notwendig es sei, daß die Gewerkschaften bei dieser Ablehnung der Notstandsgesetzgebung von der Öffentlichkeit unterstützt würden. Als Vertreter der Generation, die 1945 völlig desillusioniert aus dem Kriege nach Hause gekommen sei und den Wiederaufbau in der Hoffnung auf ein wirklich neues, demokratisches Deutschland begonnen habe, gab er seiner Bestürzung und Empörung darüber Ausdruck, daß diese Generation nun die Wiederkehr des alten militaristisch-autoritären Ungeistes erleben müsse. Die Pläne der Bundesregierung für die Notstandsgesetzgebung gingen vielfach noch über die entsprechenden Gesetze der Hitler-Zeit hinaus!

An diese Epoche, die jeden Deutschen mit Scham erfüllen müsse, wie auch an die ihr vorausgehende des Wilheminischen Deutschland erinnerte mit eindrucksvollen Worten Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl. Gerade angesichts der so schuldhaften deutschen Vergangenheit seien wir alle aufgerufen, zu verhindern, daß es abermals zur Katastrophe käme. Pfarrer Rudolf Daur, Stuttgart, gab seiner — und, wie der starke Beifall zeigte, nicht nur seiner — tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Kirche seinerzeit nicht wirklich eindeutig gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Stellung genommen habe: Um so notwendiger sei jetzt eine klare Absage an alle Demokratie und Frieden gefährdenden Pläne.

Von allen Referenten wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig eine öffentliche Diskussion der Entwürfe für eine Notstandsgesetzgebung sei und daß zunächst einmal ein Maximum an Information des Bürgers erreicht werden müsse. Es wurde dabei auch nachdrücklich eine Erörterung dieses Problem-Komplexes im bevorstehenden Bundestagswahlkampf gefordert. Aus dem Publikum kam die von der weit überwiegenden Mehrheit der Anwesenden unterstützte Anregung, die Referenten sollten im Namen dieser Mehrheit der Forums-Teilnehmer ein Telegramm an den SPD-Parteitag in Karlsruhe senden, mit der Bitte um eine klare, Freiheit und Frieden sichernde Haltung der Partei in der Frage der Notstandsgesetze. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen.)

Die lebhafte Anteilnahme der Zuhörer an dem von dem Verleger der Blätter, Manfred Pahl-Rugenstein, geleiteten „Gespräch am runden Tisch" sollte ein Ansporn und eine Ermutigung für weitere ebenso sachkundig unterrichtende Veranstaltungen sein. Sie hat gezeigt, daß weite Kreise der Bevölkerung für eine solche gründliche Aufklärung über Inhalt und Tragweite der geplanten Notstandsgesetzgebung empfänglich und dankbar sind. Eine gründliche Unterrichtung der Staatsbürger — vor der nicht nur die Bundesregierung, sondern zur Zeit auch die SPD-Führung zurückscheut — ist zudem die Voraussetzung für eine wirksame öffentliche Auseinandersetzung mit den Initiatoren der Pläne, deren Gefährlichkeit das Stuttgarter „Öffentliche Forum" in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht hat.

A. v. B.

Minuten-Demokratie

In Heft 9/64 der „Blätter" schreibt Herr E. H. Wahl in der Fernseh-Spalte über die Proporz-Mathematik für den kommenden Bundestagswahlkampf in Rundfunk und Fernsehen. Es heißt u. a.: „Es geht um das demokratische Prinzip der gleichen Chance, das hier mißachtet wird."

Vielleicht wird es die deutschen Leser interessieren, wie der staatliche Rundfunk und das Fernsehen in Dänemark im August-September d. J. den Parlamentswahlkampf arrangierten. Alle Parteien bekamen die gleiche Zeit, egal, ob sie im Parlament vertreten waren oder nicht. Die einzige Bedingung: Die Partei muß gesetzlich angemeldet sein. Das heißt: Entweder im Parlament vertreten oder durch 10 000 Unterschriften legitimiert zu sein. 11 Parteien beteiligten sich am Wahlkampf, davon hatten 4 Parteien keine Abgeordneten im alten Parlament. Im Fernsehen machten die kleinen Parteien den Anfang. Jede Partei hatte zwei Sendungen. Beim erstenmal 50 Minuten; in den ersten 40 Minuten wurden Fragen, die von den Wählern voraus schriftlich an das Rundfunkhaus geschickt und von einer Journalistengruppe ausgewählt waren, von einem Parteivertreter, der mit den Fragen bekannt war, beantwortet. Jede Frage mußte innerhalb einer Minute beantwortet werden. Die letzten 10 Minuten konnte der Sprecher frei benützen. Diese Sendung wurde gleichzeitig im ersten Programm des Hörfunks ausgestrahlt. In der zweiten Runde konnten Vertreter anderer Parteien vorher nicht bekannte Fragen stellen. Gesamtzeit für jede Partei für Fragen und Antworten: 6 Minuten, höchste Teilnehmerzahl: 6. In den letzten fünf Minuten konnte der Parteivorsitzende den letzten mahnenden Appell an die Fernsehzuschauer richten.

Im ersten Programm des Hörfunks verfügten die Parteien über viermal 10 Minuten für selbstgewählte Themen in gemischten Sendungen. Im dritten Programm und in örtlichen Sendungen war die Sendezeit 5 Minuten.

Wieviel Bedeutung die Rundfunk- und Fernsehsendungen für die Wahlergebnisse gehabt haben, weiß natürlich niemand, aber alle Parteien konnten zu Wort kommen. Soweit es menschenmöglich ist, wurde die mathematische Gerechtigkeit erreicht.

H. E. Jensen, Söborg, Dänemark

Bücher

Vom Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper

Der Fall Dr. Dohrn. Eine Dokumentation von Sieghart Ott, Szczesny-Verlag, München, Paperback, 12,80 DM.

Der Chirurg und Gynäkologe Dr. Axel Dohrn, Chefarzt a. D., wurde am 27. Oktober 1964 vom 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs zu Berlin wegen erwiesener Unschuld von der Anklage der schweren Körperverletzung freigesprochen. Damit ist nach 5½ Jahren ein Rechtsstreit abgeschlossen worden, der wie kaum ein anderer die Gemüter der Öffentlichkeit bewegt hat. Dieses höchstrichterliche Urteil war von jedem, der die westdeutsche Justiz nicht der Willkür fähig halten mochte, erhofft, nein: erwartet worden. Mit diesem Prozeß wurde das Vertrauen des Staatsbürgers in die bundesrepublikanische Rechtsprechung einer harten Probe ausgesetzt. Zu ungeheuerlich waren die Rechtskonstruktionen der ersten Instanz. Der „Mann auf der Straße" erkannte, daß der ganze Fragenkomplex in enger Verbindung zum Privatleben jedes einzelnen stand. Die rechtsphilosophischen und politischen Folgerungen der Anklage gegen einen Arzt, der Frauen, die bereits mehrfach Mutter waren, durch Sterilisation von ständiger Schwangerschaftsangst befreite, sind über ihren ursprünglichen Anlaß hinaus bedeutsam. Daher bleibt die oben genannte Dokumentation eine fesselnde Lektüre. Sie ist zugleich eine tiefgehende Analyse unserer Gesellschaftsordnung.

Die Dokumentation „zur Frage der Schwangerschaftsverhütung und der ‚guten Sitten'" (Untertitel) enthält eine Übersicht der Verlautbarungen europäischer Kirchen, sowie der Meinungsäußerungen hervorragender Juristen und Mediziner zur Frage des Selbstbestimmungsrechtes über den eigenen Körper. Da heißt es beispielsweise in den „Leitsätzen des Evangelischen Arbeitskreises für Sexualethik" von 1932:

„Der Geschlechtstrieb ist kein unbezähmbarer Naturtrieb wie Hunger und Durst. Es ist eine der Großtaten des Christentums, die Menschheit von dem Überdruck dieses Triebs befreit zu haben. Ohne echte ‚Askese' sterben Menschen und Völker an ihrer Sexualität."

Das muß man wirklich zweimal lesen! Es wird einfach dekretiert, der Geschlechtstrieb sei bezähmbar, also habe man ihn zu unterdrücken. Und diese Unterdrückung wird als „Großtat" des Christentums gefeiert, von dem ich allerdings nur pauschale Verleumdungen des Sexualtriebs gewöhnt bin. Doch auf diesem Gebiet gilt ja generell das Unbewiesene und Unbeweisbare als sakrosankt, als Glaubenspflicht, und zwar auch für Andersdenkende. So heißt es im Urteil des Landgerichts Hannover vom 22. 11. 1963, das Dr. Dohrn in erster Instanz wegen Körperverletzung in 40 Fällen — 40 von 1300 Tubenligaturen (Sterilisationen durch Unterbindung der Eileiter bei der Frau) — zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte:

„Statt kollektivpsychologische und statistische Nachforschungen anzustellen, mußte die Strafkammer vielmehr einen normativen Maßstab gewinnen und sich an der für das Zusammenleben der Menschen in unserem Staat grundlegenden sittlichen Ordnung orientieren, die auch in einer pluralistischen Gesellschaft nicht fehlt (...). Entscheidend war damit nicht, was die Öffentlichkeit tatsächlich denkt, sondern was sie nach richtigem moralischen Empfinden denken sollte."

Der niedersächsische Generalstaatsanwalt Rudolf Biermann kurbelte das von seinem Hannoveraner Oberstaatsanwalt zweimal wegen Nichtvorliegens einer strafbaren Handlung eingestellte Verfahren zum dritten Male wieder an, um „die Rudimente des Anstands im deutschen Volke wiederherzustellen". Zu diesem Behufe ließ er die Krankenblätter der von Dr. Dohrn behandelten Frauen unter Bruch des ärztlichen Berufsgeheimnisses beschlagnahmen und die ehemaligen Patientinnen öffentlich bloßstellen. Zum angeschuldigten Chefarzt Dohrn sagte daher eine Frau vor dem Untersuchungsrichter: „Nicht durch Sie, Herr Doktor, sondern durch den Richter fühle ich mich verletzt." Die Richter aber setzten auf einen Schelmen anderthalbe: In dem Beschluß, mit dem sie den Strafantrag einer ehemaligen Dohrn-Patientin gegen Generalstaatsanwalt Biermann (wegen der Beschlagnahme ihres Krankenblattes) abwiesen, erklärten Richter vor der eigentlichen

Verhandlung gegen den Chefarzt, daß die Unfruchtbarmachungen tatbeständlich Körperverletzungen seien,

„weil diese Sterilisationen eben nicht zu Heilzwecken erfolgen, sondern allenfalls der sozialen Besserstellung dienen, im Falle der Gefälligkeitssterilisationen aber sogar einer ungehemmten Genußsucht Vorschub leisten."

Was berechtigt Richter, die dazu da sind, Streitigkeiten zu schlichten, auszugleichen und zu entgiften, moralische Werturteile zu fällen? Und mit welcher Logik wird Genuß eigentlich nur immer im Sexuellen verurteilt? Was würde der Kadi dazu sagen, wenn ein Reporter aus dem Leibesumfang eines Richters auf dessen ungehemmte Genußsucht bei Tische schlösse?

Fortan sollte man nun sogar die Vorstellung korrigieren müssen, daß die im Volke herrschende Sitte erkennen lasse, was sittlich sei. Das Verfahren gegen Dohrn wurde ins Rollen gebracht, obwohl sich niemand verletzt oder benachteiligt fühlte. Die sterilisierten Frauen und ihre Männer waren dem Arzt nach wie vor dankbar. Aber das zählte nicht. Daß die Landärzte, die ihre Patienten an den geschätzten Chefarzt des Krankenhauses Großburgwedel überwiesen hatten, für ihren Kollegen eintraten, zählte auch nicht. Einerseits vertrat das Gericht ungefähr den Standpunkt: „Die Menge hat die Wahrheit nie erkannt." Andererseits billigte es dem Arzt nicht zu, selber sittliche Normen nach eigenem schöpferischen Ermessen zu setzen. So heißt es denn in der Urteilsbegründung des Hannoveraner Landgerichts ausdrücklich:

„Mit der Anspannung seines Gewissens hatte er nicht nur seine sittlichen Wertvorstellungen, sondern auch alle seine Erkenntniskräfte einzusetzen (...); er hatte also etwaige Zweifel durch Nachdenken und Erkundigen zu beseitigen (...). Mußte er nach Einsatz auch aller intellektuellen Erkenntnismittel zu dem Ergebnis gelangen, daß sein Verhalten der Wertordnung der Gemeinschaft widerspricht, so mußte er sein eigenes Verhalten auch entgegen seiner eigenen Überzeugung nach dieser Wertordnung einrichten (...). Auch den Überzeugungstäter, der an die Stelle der Wertordnung der Gemeinschaft bewußt seine eigene Überzeugung setzt und von dieser her im Einzelfall falsch wertet, trifft gerade deshalb ein Verschulden."

Bei wem hätte sich Axel Dohrn nun umtun sollen? Das Gericht stellte fest: bei den Koryphäen der Gynäkologie und der Jurisprudenz. Doch auch deren Ansichten sind keineswegs einhellig. Als sich Zeitungen und Zeitschriften überwiegend zugunsten des Angeklagten äußerten, sagte die Justiz, die Presse sei nicht maßgeblich für die öffentliche Meinung. Es lief in der Tat darauf hinaus, daß einzig das Gericht schlüssig bestimmen könnte, was sittlich vertretbar sei und was nicht. Dohrn-Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein führte dazu in einer Presseerklärung aus:

„Es ist schwer zu sagen, wer ‚das sittliche Empfinden der Bevölkerung' repräsentiert. Das ist nicht allein die Presse, noch viel weniger sind es aber einige höhere Richter. Sind es nicht vielleicht am ehesten noch die Mütter und Väter, die für das sittliche Empfinden repräsentativ sind?"

Und Dokumentator Sieghart Ott erläutert:

„Der Begriff der ‚guten Sitten', der aus dem Zivilrecht stammt, wird im allgemeinen auch im Strafrecht als das, was dem ‚Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden' entspricht oder was nach dem ‚Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden zweifellos strafwürdiges Unrecht' ist. Dem Landgericht Hannover war diese Auslegung des Begriffs der ‚guten Sitten' zu individualistisch und konkret; es glaubte, ihn metaphysisch fassen zu müssen. Nach dem Urteil ist die Sittlichkeit eines Verhaltens zu orientieren an den ‚Normen des Sittengesetzes', die aus sich selbst heraus gelten, die unabänderlich sind und unabhängig davon, ob sie befolgt werden oder nicht."

Das wäre allerdings schierster Idealismus, den man in unserer vom Pragmatismus beherrschten Zeit überwunden glaubte.

Inbegriff der Sittenwidrigkeit sind für das Gericht „Gefälligkeitsoperationen". Was hat man darunter zu verstehen? Offenbar Eingriffe, die nicht aus medizinischen Gründen zwingend sind. Die aber sind heutzutage en vogue: Man kann sich bei ausgesprochenen „Schönheitschirurgen" die Nase gerade richten, die Ohren anlegen oder das Kinn korrigieren lassen. Was aus kosmetischen Gründen rechtgetan ist, soll jedoch aus sozialen Gründen verwerflich sein: Sittenwidrig wird die Gefälligkeitsoperation einer Tubenligatur bei einer Neunzehnjäh-

rigen genannt, die drei Kinder von verschiedenen Vätern hat. Ist es nicht ein Segen, wenn von dieser Mutter nicht noch ein Dutzend Kinder kommt und höchstwahrscheinlich verwahrlost? Die Meinung der forensischen Staatsdiener geht faktisch auf den Kirchenglauben zurück, daß Gott in der Bibel ein für allemal dekretiert habe: „Seid fruchtbar und mehret euch", und man auch eine uferlose Fruchtbarkeit keineswegs eindämmen dürfe. Eine rationalere Begründung für die Verneinung des Rechts, über den eigenen Körper zu bestimmen, ist nicht in Sicht, zumal der Kaiser und der Führer keine Soldaten mehr brauchen und die Bevölkerungswissenschaftler warnen, die Menschheit könne in absehbarer Zeit an ihrem Geburten-Übersoll zugrunde gehen.

Um das vernünftigerweise Unbegründbare dennoch als Sorge für die staatsbürgerliche Wohlfahrt auszugeben, sprechen die Richter ständig von der „Würde des Menschen", die einen intakten Gebärapparat erfordere, und malen das große Elend später wieder gebärwilliger, aber sterilisierter, also endgültig unfruchtbarer Frauen aus. Vor einem derart irreparablen Leibesschaden glauben die Rechtshüter die Staatsbürger bewahren zu müssen, als hätten sie lauter Kinder vor sich. Jede medizinisch indizierte Operation kann man verweigern; man darf es z. B. ablehnen, sich einen Lungenkrebs chirurgisch behandeln zu lassen. Man darf sich andererseits einen Eingriff bestellen, für den keine unbedingte Notwendigkeit besteht, z. B. den (gesunden) Wurmfortsatz des Blinddarms herausnehmen lassen, bevor man auf eine Wüstenexpedition geht. Von der Möglichkeit späterer Reue wird in solchen Fällen kein Aufhebens gemacht, obwohl das unbehandelte Karzinom zum Tode führen und die Appendektomie eine Embolie verursachen kann, Weder ist jeweils die Zukunft noch ein individueller Gesinnungswandel vorhersehbar. Über diese Lebensweisheit wird normalerweise kein Wort verloren; nur wenn es um die kostbare Konzeptionsfähigkeit geht, muß selbst eine sehr zweifelhafte spätere Meinungsänderung der sich freiwillig zur Operation stellenden Patientinnen dazu herhalten, ein Verbot der Sterilisation als im wohlverstandenen Interesse der Frauen liegend erscheinen zu lassen.

Es muß erwähnt werden, daß Dr. Dohrn keineswegs leichtfertig darauf los sterilisierte, sobald ihm ein entsprechender Wunsch vorgetragen wurde. Im Gegenteil: Ich würde ihn ausgesprochen skrupulös nennen. Er kümmerte sich um die häuslichen Verhältnisse der Frauen, die ihn aufsuchten. Drohte die Ehe einer Frau auseinanderzugehen, riet er der Patientin von der Sterilisation ab, da bei einer Neuverheiratung vielleicht wieder ein Kind erwünscht wäre. In der Regel sterilisierte er nur Frauen, die schon drei Kinder hatten und triftige Gründe gegen weiteren Nachwuchs vorbrachten. Außerdem ist Dohrn strikter Gegner jeglicher Schwangerschaftsunterbrechung. Zahlreiche von der Ärztekammer bereits genehmigte Interruptionen führte er nicht aus, sondern überredete die Frauen, ihr Kind auszutragen und anschließend an den Geburtsakt die Eileiter unterbinden zu lassen. Ich zögere folglich, Dr. Dohrn einen unbedingten Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper zu nennen. Das Hannoversche Gericht glaubte hingegen wohl, schon den leisesten Regungen individualistischer Freiheitssehnsucht wehren zu müssen.

Noch tiefer hinein in die weltanschauliche Problematik des Falles führt folgende Passage einer Verlautbarung der Justizpressestelle beim Oberlandesgericht in Celle:

„Herr Nannen vom ‚Stern', der ‚Spiegel' und sogar ‚Das Sonntagsblatt' und ‚Christ und Welt' scheinen mehr oder weniger als selbstverständlich anzunehmen, daß Dr. Dohrn eingreifen durfte. (...) Ob diese Presseorgane wohl erkannt haben, daß als Folge ihres Postulats gleichzeitig die Frage bejaht worden ist, daß dann auch schwere Verstümmelungen mit Einwilligung des Verletzten straffrei sein müssen, ja sogar die Tötung auf Verlangen? Wie kann man dann noch jemanden bestrafen, der es — vorwerfbar — unterlassen hat, einen Selbstmörder zu retten? Man sage nicht, dies seien grundlegend andere Fälle. Wenn wir dem einzelnen die uneingeschränkte Verfügung über seinen Körper zugestehen, dann kann man diese Fälle logischerweise eben nicht ausklammern."

Rechtsanwalt Dr. Augstein wies dieses Argument aus taktischen, juristischen, sicher aber auch aus Überzeugungsgründen als „abwegig" zurück. Ich finde es so logisch, wie die Justizpressestelle es findet. Allerdings wünsche ich das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper auch

für den Selbstmörder. Das wird vielfach als barbarisch empfunden. Hat man vergessen, daß in der Wiege abendländischer Kultur, dem alten Griechenland, die bewußte, voll verantwortete Selbsttötung gäbe war; daß der „sanfte Tod", die humane Sterbehilfe dem, der darum bat, gewährt wurde?

Das hat zwar im Sinne Verteidiger Augsteins mit den umstrittenen Tubenligaturen des Dr. Dohrn nichts zu tun. Jedoch die Grundfrage ist die gleiche: Soll der Mensch Herr seiner Persönlichkeit sein oder der große Bruder, der Staat? Im Einstellungsbeschluß des Oberstaatsanwalts Landwehr, der die ersten Ermittungen gegen Dohrn führte, heißt es:

„Der Wille einer Frau, Kinder nicht mehr zu erhalten, kann aber allein nicht als ethische Begründung anerkannt werden."

Warum eigentlich nicht, da es dem Gericht sonst so um die Menschenwürde zu tun ist? Sieghart Ott fragt denn auch:

„Sollte es etwa nicht gegen die Würde des Menschen, der Frau, verstoßen, wenn der Staat sie zwingen will, gegen ihren und ihres Ehemannes Willen Kinder zu gebären? Sollte diese ‚Pflicht' nicht einen Eingriff in die freie Entfaltung der Persönlichkeit darstellen?"

Axel Dohrn würde diese Fragen nicht einmal rückhaltlos bejahen. Trotzdem wurde ein riesiger Justizapparat gegen ihn in Bewegung gesetzt. Um ein Exempel zu statuieren, wurde lange und zuweilen etwas außerhalb der Legalität gegen einen Mann ermittelt, gegen den es nichts zu ermitteln gab, weil alles offenlag: Die Krankenblätter waren ordnungsgemäß geführt, das Operationsbuch verzeichnete jede Unfruchtbarmachung, von den Patientinnen hatte Dohrn meist einen Revers unterschreiben und von den Ehemännern gegenzeichnen lassen, Schwestern und Assistenzärzte wußten über den Charakter der Eingriffe Bescheid, anfangs hatte der Chefarzt sogar jeweils die zuständige Ärztekammer unterrichtet, die ihm dann bedeutete, er dürfe davon ruhig absehen, diese Eingriffe stünden im Ermessen des Operateurs.

Trotzdem beantragte Anstandshersteller Biermann sogar einen Haftbefehl gegen den Arzt! Der Untersuchungsrichter wies dieses Ansinnen glücklicherweise zurück, da weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr bestehe. Aber so dünn ist der Faden, an dem das Richtschwert rachsüchtiger Dogmatiker über uns schwebt! Selbst angesichts des endlichen Freispruchs wegen erwiesener Unschuld bleibt einem der befreiende Stoßseufzer „In Berlin gibt's noch ein ‚Kammergericht'!" im Halse stecken. Die Gerichtskosten trägt die Staatskasse, die Auslagen der Verteidigung werden ebenfalls erstattet. Wer aber ersetzt dem ärztlichen Helfer die zerstörte Existenz, wer vergütet ihm ein halbes Jahrzehnt öffentlicher Ächtung? Wer bewahrt uns vor den Biermännern?

W. Baranowsky

Rußland-Reise mit viel Statistik

Georg Polikeit, Wo Moskau weit im Westen liegt. Ein Reisebericht über Sibirien und den sowjetischen Orient. Weltkreisverlag. Paperback, 187 Seiten. 7,60 DM.

Wer in der jüngsten Zeit durch die Sowjetunion gereist ist, wird in diesem Bericht viele seiner eigenen Beobachtungen bestätigt finden. Der imponierende wirtschaftliche Aufbau, die industrielle Kraftentfaltung, die Beseitigung der Kriegsschäden, die legendäre Gastfreundschaft, der bewußte Pazifismus, die moderne Jugend: Das Bild der UdSSR, das der Verfasser entwirft, weicht erheblich von westlichen Klischeevorstellungen ab. Doch es ist das Bild, das die meisten Reisenden heute aus Rußland zurückbringen. So könnte die Broschüre manche Vorurteile gegenüber der Sowjetunion verdrängen. Leider reicht sie dazu nicht aus. Polikeit erlag der kommunistischen Freude an der Statistik. Seine Reportagen lesen sich streckenweise wie die mit Zahlen gespickten Anweisungen für Intourist-Dolmetscher zur Belehrung der Fremden. Sie ermüden, denn die Wiederholungen sind zu häufig.

Aus dem Vorspruch erfährt man, daß der Verfasser Journalist und 35 Jahre alt ist, daß er Osteuropa und einige westliche Länder bereist hat und aktiver Mitarbeiter der Moskauer und Wiener Weltjugendfestspiele war. Näheres über die Anlage seiner Rußland-Reise erfährt man jedoch nicht, ob er allein oder mit einer Delegation unterwegs war, ob man ihn eingeladen hatte, wer die Fahrt, immerhin 20 000 Kilometer in 21 Tagen, finanzierte. So bleibt manche Schilderung seltsam abstrakt, und nur selten ist der Schreiber hinter den Zeilen zu spüren.

Nach einem nur dreiwöchigen Aufenthalt in einem Land ein Buch über dieses Land zu veröffentlichen, ist von vornherein eine

problematische Sache. Der Verfasser weiß daß natürlich, und so sagt er einschränkend, er wolle nur objektive Tatsachen schildern und auf die eigene Meinungsäußerung verzichten. Doch gerade das macht die Lektüre unbefriedigend. Verallgemeinerungen stellen sich von selbst ein. Aber eben weil die persönliche Beurteilung fehlt, erhalten sie weit mehr Gewicht, als ihnen zukommt.

Das schließt nicht aus, daß man viele interessante Einzelheiten aus der Geschichte und Gegenwart der östlichen sowjetischen Gebiete erfährt. Die Modernisierung des russischen Orients hat gewaltige Fortschritte gemacht, die Industrialisierung Sibiriens einen erheblichen Umfang angenommen. So berichtet Polikeit über ein Werk, das inzwischen jene großen Ölrohre herstellt, die die Bundesrepublik auf Grund des Röhrenembargos nicht mehr an die Sowjetunion liefert. Er schildert den Besuch in einem Forschungszentrum bei Nowosibirsk, wo 7000 Wissenschaftler arbeiten, und zweifellos eindrucksvoll — wie auch in anderen Teilen der UdSSR — wirken auf den ausländischen Gast die riesigen Stauseen mit ihren Kraftanlagen, die in Sibirien entstanden sind.

Von interessierter Seite wird man dem Verfasser entgegenhalten, er sei auf die kommunistische Propaganda hereingefallen und habe sich Potemkinsche Dörfer vorführen lassen. Mag sein, daß einiges zu simpel und zu rosig gesehen ist. Doch der großartige industrielle Aufbau der Sowjetunion ist trotz mancher Rückschläge eine unbestreitbare Tatsache, auf die die Russen mit vollem Recht stolz sind. Ähnliches wie das, was Polikeit aus Sibirien berichtet, habe ich in diesem Jahr links und rechts von der Wolga erlebt. Nach meinen Erfahrungen ist dieser gewaltige Fluß auf unseren Atlanten völlig falsch dargestellt: Die Wolga wurde durch riesige Staustufen ausgebaut, ich konnte oft das andere Ufer nicht mehr erkennen, und die Stauseen sind so groß wie kleine Binnenmeere, über die unser Schiff Stunden und Stunden hinwegfuhr. Wir merkten nicht mehr, daß wir uns auf einem Fluß befanden.

Obwohl der Verfasser mit vielen „Sowjetmenschen" sprach und die Unterhaltungen im Wortlaut wiedergibt, scheint mir das Ergebnis seiner Interviews oft belanglos. Das klingt alles so offiziell, so eingelernt, als ob es für die „Prawda" geschrieben sei, brav, spröde, oberflächlich. Sicher, in drei Wochen kann man wohl nicht mehr erfahren, und es ist sogar überraschend, was der Verfasser alles mitbekommen und mitstenographiert hat — doch eben darin zeigt sich die Schwäche des ganzen Buches. Auf das Wesentlich gestrafft, kürzer, knapper, konzentrierter, wäre wahrscheinlich eine gute und in jedem Fall interessante Schilderung daraus geworden.

Dennoch wünscht man der Schrift viel Verbreitung. Denn abgesehen von allen Mängeln enthält sie Tatsachen, die bei uns meist unbekannt sind, die zu wissen jedoch notwendig ist, wenn man die heutige Sowjetunion richtig beurteilen will. Vieles an unserer Politik und unserer Einstellung Rußland gegenüber ist fraglos nur deshalb so falsch, weil wir über die UdSSR zu wenig Neues wissen. Die meisten der bei uns umlaufenden Vorstellungen sind veraltet. Sie sind außerdem antikommunistisch gefärbt. Sie dienen mehr dieser Anti-Propaganda als der sachlichen Information.

Wahrscheinlich werden demnächst weitere Reisebücher über die Sowjetunion erscheinen. Das Thema ist gefragt. Betrachten wir also Polikeits Bemühen als zu den Anfängen gehörend.

Jochen Willke

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Erstausgabe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 139 S., kart. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 91).

Ernst Schumacher, Der Fall Galilei. Das Drama der Wissenschaft. Progress Verlag Johann Fladung, Darmstadt. 255 S., Ln. 16,50 DM.

Salcia Landmann, Jiddisch. Abenteuer einer Sprache. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 267 S., kart. 3,80 DM (DTV Großbd. 252).

Hildegard Feidel-Mertz, Zur Ideologie der Arbeiterbildung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 260 S., Paperback 14,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 31).

Helmut Schachenmayer, Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, 184 S., kart. 24,— DM (Veröffentlichungen des Osteuropäischen Instituts, Mainz, Bd. 20).

Geschichte und Zeitgeschichte

Leitartikel bewegen die Welt. Herausgegeben von Will Schaber und Walter Fabian. Cotta Verlag, Stuttgart, 475 S., Ln. 19,80 DM. — Eine Auswahl aus den letzten 200 Jahren.

Franz Mehring, Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 620 S., Ln. 19,80 DM.

Werner Conze, Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890—1933. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen, 272 S., Ln. 14,80 DM.

Reinhard Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg. Droste Verlag, Düsseldorf, 275 S., Halbln. 42,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26).

Anthony Eden, Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923—1938. Aus dem Englischen von Wilhelm und Modeste Pferdekamp. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 720 S., Ln. 39,— DM.

Henning Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 350 S., Ln. 28,— DM (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 4).

F. W. Deakin, Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus. Aus dem Englischen von Karl Römer. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 977 S., Ln. 36,— DM.

Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Ausrottung der Juden Europas 1939—1945. Ins Deutsche übertragen und für die vorliegende Ausgabe bearbeitet von J. W. Brügel. Kindler Verlag, München, 459 S., kart. 4,80 DM (Kindler Taschenbücher / Allgemeine Reihe / Bd. 57/59). — Das Buch Gerald Reitlingers gehört auch heute noch, zehn Jahre nach seiner Erstauflage, zu den materialreichsten und erregendsten Berichten über die nationalsozialistische Judenverfolgung. Der britische Autor hat seine Darstellung unter Berücksichtigung neuen Materials und der in den letzten Jahren durchgeführten Gerichtsverfahren überarbeitet und ergänzt. Leider wurden gegenüber der Originalausgabe (Colloquium Verlag, 4. Aufl., 720 S., lam. Ppbd. 14,80 DM) der umfangreiche Quellennachweis, die statistischen Anhänge, das Register und die „Zeittafel zur Endlösung" fortgelassen.

Hermann Langbein, . . . wir haben es getan. Selbstporträts in Tagebüchern und Briefen 1939—1945. Europa Verlag, Wien/Zürich/Köln, 136 S., Paperback, 8,80 DM (Reihe „Europäische Perspektiven").

Aktuelle Themen

Staat und Politik A—Z. Neuausgabe, herausgegeben von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher. Fischer Bücherei, Frankfurt, 414 S. mit Bibliographie und Register, kart. 3,80 DM (Fischer Lexikon, Bd. 2).

Walter Lippman, Die öffentliche Meinung. Aus dem Amerikanischen von Herrmann Reidt, Rütten & Loening Verlag, München, 288 S., Paperback 13,80 DM.

Lyndon B. Johnson, Ziele für Amerika oder Weg der Vernunft. Aus dem Amerikanischen von G. Danehl. Rowohlt Verlag, Reinbek, 123 S., kart. 2,20 DM (Rowohlt/Aktuell/Bd. 732).

Walter B. Simon, Schwarzer Nationalismus in den USA. Westdeutscher Verlag, Opladen, 40 S., kart. 4,80 DM (Sonderdruck aus „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Heft 4/1964).

Martin Luther King, Kraft zum Lieben. Betrachtungen und Reden des Friedensnobelpreisträgers 1964, in der Übersetzung von Hans-Georg Noack. Friedrich Bahn Verlag, Konstanz, 224 S., Ln. 10,80 DM.

Michael Harrington, Das andere Amerika. Die Armut in den Vereinigten Staaten. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 184 S., kart. 2,80 DM (DTV Bd, 254).

Fritz Baade, . . . denn sie sollen satt werden. Strategie des Weltkampfes gegen den Hunger. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg/Hamburg, 272 S. mit 16 Abb., Ln. 19,80 DM. — Das im gleichen Verlag erschienene und in sieben Sprachen übersetzte Buch des Autors „Der Wettlauf zum Jahr 2000" (304 S., Ln. 19,80) erscheint soeben als Non-Stop-Taschenbuch (Herbig Verlagsbuchhandlung, Berlin. 272 S., kart. 3,95 DM).

Emil Hoffmann, Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftseinheit. Interzonenhandel und Wiedervereinigung. Holsten Verlag, Hamburg, 278 S., Ln. 19,80 DM.

Herbert Büchert, Die Todesstrafe. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 76 S., kart. 5,80 DM.

Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe. Verlag Studio Neue Literatur Gudrun Ensslin, Stuttgart, 200 S., kart. 18,— DM (Studio Bibliothek, Bd. 1).

Fernseh-Spalte

DIE ARME REPUBLIK

Das Zweite Deutsche Fernsehen hatte sich Großes vorgenommen: die Geschichte, Struktur und politische Position der Weimarer Republik in einer siebenteiligen Sendereihe zu rekonstruieren. Trotz der Schwierigkeiten, die sich bei der Gestaltung einer optischen Historie allemal einstellen, brachten die Autoren Albert Wucher und F. A. Krummacher einen telegenen Geschichtsunterricht zustande. Ton- und Bilddokumente wurden geschickt montiert. Der Kommentar griff oft korrigierend in die bislang verklärende und verfälschende Geschichtsschreibung ein. Fast konnte man den Eindruck äußerster Objektivität gewinnen. Aber die vergleichende Betrachtung anhand meines Stenogramms und der in Fülle vorhandenen zeitgeschichtlichen Literatur (Arthur Rosenberg, Hans Luther, Francis L. Carsten, zahlreiche Hefte der „Weltbühne" u. a. m.) offenbarte doch bedenkliche Mängel. Die visuelle Dokumentation ist verführerisch. Sie beeindruckt den Betrachter wesentlich stärker als das weniger flüchtige und oberflächliche (und vor allem leichter zu überprüfende) Schrifttum. Um so größer ist die Verantwortung der Gestalter einer solchen Sendereihe ... Ihr Verdienst soll nicht geschmälert werden. Es besteht vornehmlich in der Korrektur des bis vor wenigen Jahren noch so gut wie sakrosankten Bildes einer von „Verzichtpolitikern" ausgehöhlten und von der Linken dann zersetzten Republik. Daß der Feind auch rechts stand, wurde endlich einmal deutlich belegt. Das Wörtchen „auch" zeugt indessen von einem lediglich erweiterten, aber eben nicht gründlich revidierten Schema. Zahlreiche Indizien zwingen zu der Annahme, daß die Autoren eben doch einer wahrhaften Auseinandersetzung mit dem verlogenen überlieferten Geschichtsbild ausgewichen sind. Wahrhaft heißt in diesem Falle: gründlich. Wer aber gründlich eruiert, entdeckt in dieser Fernseh-Historie ebensoviel Ignoranz wie Fehleinschätzungen. Zwar wurde der Hindenburg-Mythos entlarvt, dafür aber ein nicht weniger dreister Ebert-Mythos geschaffen. In übler Weise schmähte man Liebknecht, gleich in der ersten Sendung, und bemühte sich in den weiteren Folgen der Reihe, die Linke als subversiv zu brandmarken. Daß sie Fehler begangen hat, wird niemand bestreiten. Aber daß Persönlichkeiten wie Liebknecht als „rote" Terroristen herhalten müssen, grenzt schon an Perfidie. Arthur Rosenberg, der eines der zuverlässigsten Bücher über die Weimarer Republik geschrieben hat, machte sich gewiß keine Illusionen über den zum Anarchismus neigenden radikalen Flügel der Linken. Aber er wußte zu unterscheiden zwischen ihm und der menschlichen und politischen Lauterkeit der führenden Spartakisten Liebknecht und Rosa Luxemburg. In der Fernsehsendung aber geisterte die sozialistische Revolution als Schreckgespenst durch die Geschichte. Hier machte man keinen Unterschied zwischen einem berechtigten historischen Anspruch des Sozialismus und politischem Gangstertum. Eberts düstere Rolle bei der Berliner „Blutweihnacht" wurde beschönigt, Noske als der starke, Ordnung schaffende Mann glorifiziert. Erfreulicherweise wurde Hindenburgs Dolchstoßlegende enthüllt, aber die von Noske und Ebert geförderten Umtriebe der Freikorps' geradezu als nationale Tat gefeiert. („Noske und Ebert verdankt die Republik die Überwindung der Spartakusunruhen.") Wer wollte, konnte den sich immer weiter ausbreitenden Nationalsozialismus als notwendige Folge des inneren Chaos und ausländischer Schikanen gegen Deutschland auslegen. Man verurteilte scharf die Fememorde und die Machenschaften der Rechtsradikalen, aber man vergaß zu sagen, daß eine Republik nicht mit ihren gehässigsten Feinden aufgebaut werden konnte. Militärs, Großgrundbesitzer, Unternehmer, das gesamte nationalkonservativ ausgerichtete Beamtenheer waren schon bald wieder am Ruder. Aber das hatte nichts mit Schicksal zu tun, sondern mit jenem unfaßbaren politischen Dilettantismus, der mit Eberts Beschwörung der Freikorpstruppen begann und mit Papens Kanzlerschaft zum offenen Harakiri pervertierte. Doch sind den Autoren auch hervorragende Porträts — beispielsweise Rathenaus und Stresemanns — geglückt. Und so bleiben als eigentliches Charakteristikum dieser Sendereihe ihre extremen Qualitätsunterschiede zu diagnostizieren.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Zuerst war es meine Frau, die mich anrief und bat, nachzuschauen, ob im Kühlschrank noch ein Stück Butter sei, dann telefonierte ich mit meinem Drucker wegen nichteingehaltener Termine, und darauf rief mich ‚Radio Moskau' an, wegen eines Interviews.

Finden Sie, die Aufzählung sei grotesk? Ja?

Ich leider auch. Ich finde diese Aufzählung aber nicht nur grotesk, ich finde sie darüber hinaus hoffungsvoll zukunftsträchtig. Für uns westliche Selbstbefriediger liegt Moskau noch hinter mindestens sieben Bergen oder als ferner Sowjetstern auf der Milchstraße unserer pseudofrommen Denkart.

Ich glaube übrigens nicht, daß es für den Reporter eines Westsenders nur eines simplen Telefongespräches bedarf, um die Meinung von Georgij Wassiljewitsch aus Rostow oder die Gedanken Valentin Lwowitsch's aus Leningrad zum Zwecke des Rundfunkprogrammfüllens zu erfahren.

Das halte ich für sekundär, so wie ich es für notwendig halte, daß es endlich die uniformen DDR-Zeitungen bei uns zu kaufen gibt, auch wenn Springer DIE WELT erst als HALB-WELT denen mit anderer Dialektik und meist anderem Dialekt vorenthalten muß.

Mit dem gängigen Zitat: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn . . .' aus der simultan rege mißbrauchten Bibel kann man sich eine Kampfmoral für das ‚Mensch-ärgere-dich-nicht'-Spielen basteln, doch als Basis für unser demokratisches Puzzle-Spiel ist es unbrauchbar.

Kein Argument ist treffsicherer als eine Tatsache. Daß ein offizieller Rundfunkmann aus jenem Land, gegen das wir zwanzig Milliarden für Säbelrasseln verpulvern, uneingeschränkt Interviews machen kann, ist ein Hoffnungsstreif am behördlicherseits gern geschrumpften Horizont.

Welche Fragen stellte nun dieser im Kalten-Krieger-Katechismus sicherlich als ‚Sowjetagent', ‚Moskau-Spion' oder ‚Trojanisches Kommunistenpferd' titulierte Rundfunkmensch? Holte er mich aus über MLF, Strauß oder Notstandsgesetz? Fragte er nach Bundeswehr, EWG oder NATO?

Mitnichten!

1. Frage: Wenn Sie eine Möglichkeit hätten, die Zeitalter zu durchreisen, wo würden Sie gern Station machen und warum?

2. Frage: Was würden Sie für eine Frage an den ersten Gast aus dem Kosmos stellen?

3. Frage: Wenn es möglich wäre, der Menschheit eine Charaktereigenschaft zu oktroyieren, welche wäre es und warum?

Ich muß bekennen, daß mich die liebenswürdige Raffinesse dieser psychoanalysierenden Fragen reizte, sogleich auf ihr demaskierendes Glatteis zu gehen. Ich will Ihre Phantasie nicht durchkreuzen, indem ich meine Antworten hier wiedergebe. Was ich Ihnen hier schreiben wollte, war, daß ich die Tatsache an sich für wichtig halte. Immer wieder ertappen wir uns dabei, daß wir uns wundern, wenn ein DDR-Journalist, ein tschechisches Fernsehteam, ein jugoslawischer Redakteur sich hier frei bewegen können. Daß wir uns darüber wundern, zeigt uns, wie unterernährt wir Sattbäuche demokratisch noch sind.

Keine Sache auf dieser Welt kann zu einem guten Ende kommen, wenn sie nicht irgendwann einmal einen Anfang nimmt.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Amerikanische Warnung vor der MLF

Es ist in der Bundesrepublik bisher kaum beachtet worden, daß sich die Bedenken gegen das in den letzten Monaten von amerikanischer und insbesondere von Bonner Seite forcierte Projekt einer Multilateralen Atomflotte (MLF) keineswegs nur auf Frankreich, Großbritannien und die kleineren europäischen NATO-Staaten beschränken. Auch in den USA ist die MLF keineswegs unumstritten und es haben sich dort in den letzten Monaten die Stimmen gemehrt, die vor einer Verwirklichung des militärisch ohnehin fragwürdigen Vorhabens warnen. So erklärte beispielsweise der demokratische Senator McGovern aus South Dakota — der bereits im September mit 27 anderen Senatoren Präsident Johnson ersucht hatte, das MLF-Projekt zunächst noch einmal eingehend durch den Außenpolitischen Ausschuß des Senats prüfen zu lassen — am 22. November: „Ich sehe darin ein Mittel, mit dem die Genfer Abrüstungsverhandlungen zum Scheitern gebracht, die Fortschritte zu verbesserten Beziehungen mit der Sowjetunion rückgängig gemacht, der Militarismus ermutigt und unser historischer Verbündeter Frankreich entfremdet werden könnten." (Vgl. Die Tat, Zürich, v. 23. 11. 64.)

Zu den bemerkenswertesten, weil sachkundigsten amerikanischen Äußerungen zur MLF zählt eine Stellungnahme des bekannten Abrüstungsfachmannes Prof. Seymour Melman von der Columbia University, New York (vgl. auch Heft 2/64 der „Blätter"). In einem Schreiben an den amerikanischen Verteidigungsminister McNamara hat Prof. Melman im Frühjahr d. J. darauf hingewiesen, daß die USA als Reaktion auf eine westliche MLF höchstwahrscheinlich ein entsprechendes Projekt von sowjetischer Seite zu gewärtigen hätten. Prof. Melman bezog sich dabei auf ein Memorandum amerikanischer Wissenschaftler, in dem die Behauptung widerlegt wird, die Sowjetunion sei vor allem aus finanziellen Gründen zum Aufbau einer östlichen MLF nicht imstande. Im Auftrag McNamaras antwortete am 25. Juni der Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium Cyrus Vance auf seinen Brief. Im Anschluß daran nahm Prof. Melman noch einmal, diesmal in einem Schreiben an den Unterstaatssekretär, eingehend zu dem Projekt MLF Stellung. Aus dem in der Bundesrepublik bisher unbekannten Brief des amerikanischen Wissenschaftlers drucken wir im folgenden die wichtigsten Passagen in deutscher Übersetzung ab.

Es sei daran erinnert, daß der tschechoslowakische Außenminister, Dr. Vaclav David, anläßlich seines Besuches in Paris Ende November von der Möglichkeit einer östlichen MLF als Antwort auf die geplante westliche gesprochen hat. *D. Red.*

Herrn
Cyrus R. Vance
Stellvertr. Verteidigungsminister
Verteidigungsministerium

17. Juli 1964

Washington 25, D. C.

Sehr geehrter Herr Vance!

Ich danke Ihnen für Ihren im Auftrag des Verteidigungsministers McNamara übersandten Brief vom 25. Juni 1964. Ich habe auf eine denkbare militärische Gefahr, die durch eine von Amerika ins Leben gerufene multilaterale Atomflotte (MLF) entstehen könnte, aufmerksam gemacht. In Beantwortung einer solchen amerikanischen Initiative könnten die Sowjets (wie Herrn Dilloways technische Untersuchung aufzeigt) gegebenenfalls eine eigene 25-Schiff-Raketenflotte vor der Atlantik- und Golfküste der Vereinigten Staaten stationieren.

Zur Zeit der Abfassung dieses Schreibens sieht es so aus, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten mit einem Versuchsschiff — dem US-Zerstörer Biddle — begonnen hat, den MLF-Plan auszuführen. Hat Ihr Ministerium vom Kongreß einen Auftrag bekommen, mit dem Aufbau dieser Streitmacht fortzufahren?

Ihr Brief vom 25. Juni läßt viele der wesentlichen Gesichtspunkte der politischen und militärischen Sicherheit, die durch das MLF-Projekt aufgeworfen wurden, unbeantwortet...

Da wir hinsichtlich der möglichen militärischen Gegenzüge der Sowjets kein Vorauswissen besitzen, gebietet es die Vorsicht, eine Reihe von Möglichkeiten einzukalkulieren: eine sowjetische MLF; eine die Erde in Satelliten umkreisende Bombe; Raketen auf Kuba; Sprengköpfe in Unterwasserminen vor unserer Küste; oder den Einsatz irgendeiner anderen Technik aus der Reihe der Trägerwaffen, die von der Militärtechnologie entwickelt worden sind.

Eine sowjetische MLF-Flotte könnte legal bis zu drei Meilen vor der Küste der Vereinigten Staaten operieren. Das läßt alle Arten von Möglichkeiten offen: z. B., es heißt, daß die Sowjets angeblich Sprengköpfe von 100 Megatonnen haben, deren Einsatz allerdings durch ihr beträchtliches Gewicht begrenzt sein soll. Nun, ein Frachtschiff ist der richtige Träger für einen solchen Sprengkopf, der ja nur einen kleinen Teil seiner Tonnage ausmacht. *Ein 100-Megatonnen-Sprengkopf braucht nicht näher als drei Meilen vom* Ufer gezündet zu werden, um ungeheure Gebiete verwüsten zu können.

Eine MLF des Sowjetblockes würde sich, wie Herr Dilloway berechnet, möglicherweise auf Kuba als Versorgungs- und Instandsetzungsbasis stützen. Dies könne zu einer Ausdehnung des sowjetischen militärischen Engagements und der sowjetischen Kontrolle in Kuba führen. Keine dieser Auswirkungen ist für die amerikanische Sicherheit wünschenswert.

Wenn die Sowjets in gleicher Weise gegenziehen, dann würden, wie Sie sagen, die sowjetischen MLF-Schiffe vor der amerikanischen Küste Gegenstand schärfster amerikanischer Marine-Überwachung werden. Diese Überwachung würde aber, wie Herr Dilloway aufzeigte, leicht zur Quelle gefährlicher Irrtümer und militärischer Zu- und Unfälle werden: z. B. in der Fehlinterpretation von Raketenübungen oder Übungsschießen.

Sicherlich haben Sie damit recht, daß eine sowjetische MLF-Flotte vor den amerikanischen Küsten sehr verletzbar wäre. Es bleibt aber ungeklärt, warum im Wesentlichen das gleiche Argument nicht auch auf eine westliche Flotte nahe dem sowjetischen Territorium zutreffen sollte. Alle Schiffe der MLF-Art sind verhältnismäßig langsam, groß und damit ein leichtes Ziel für U-Boote oder ballistische Raketen, die, ausgerüstet mit Atomsprengköpfen, solche Ziele, ohne sie direkt treffen zu müssen, zerstören können.

Die westliche MLF-Initiative und der sowjetische Gegenzug würden im Ergebnis zwar zu der bereits fürchterlichen nuklearen Schlagkraft neue hinzufügen, diese aber getragen von Mitteln, die bekanntermaßen verletzlich sind. Darf ich Sie daran erinnern, daß die gegenwärtige Theorie verhältnismäßig verletzbare Waffensysteme als äußerst destabilisierend und unfallträchtig ansieht, als eine Gefahrenquelle von Fehleinschätzung und Escalation während einer militärischen Konfrontation.

In Anbetracht all dessen finde ich wenig Trost in Ihrem Vertrauen darauf, daß die Streitkräfte unseres Landes leicht eine sowjetische MLF zerstören könnten. Ein solcher militärischer Erfolg könnte einen Weltatomkrieg auslösen, der nicht nur der sowjetischen MLF, sondern auch uns allen das Ende setzt.

Das Ergebnis des westlichen Zugs und sowjetischen Gegenzugs würde sicherlich eine Reihe neuer und gefährlicherer militärischer Konfrontationen sein und somit eine schwierigere Lage für die Abrüstungsverhandlungen schaffen.

Sowohl wir, als auch die Sowjets haben ein gemeinsames Interesse, gerade diese Art militärischer Wechselwirkung zu verhindern. Deshalb sind die amerikanische und sowjetische Regierung übereingekommen, keine Sprengköpfe in den Erdumlauf zu bringen. Beide Regierungen sind sich stillschweigend darin einig, keine Anti-Raketen-Programme zu starten und keine allumfassende Zivilverteidigung zu organisieren. Die Weisheit und der praktische Nutzen einer solchen Enthaltung — *ob nun in formaler Vereinbarung oder* stillschweigend — ist offensichtlich: Die Initiative der einen Seite und die Gegenantwort der anderen in gleicher Weise auf diesem Feld würde offenbar die militärische Lage beider verschlechtern. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion setzten nicht einfach jeden militärischen Zug, der technisch möglich ist, in die Tat um. Beide Regierungen waren im Umgang mit den Nuklearwaffen vorsichtig. Unser Ziel sollte es sein, solche Präzedenzfälle zu verstärken, nicht aber gegen sie zu handeln, indem wir daran gehen, die MLF zu schaffen...

Auf Grund der faktischen politischen Planung der MLF liegt die Bedeutung der vorgeschlagenen Streitmacht in der politischen und militärischen Wirklichkeit darin, daß sie zu einem großen Teil eine deutsche Atomstreitmacht sein würde. Dagegen würden sich Kanada, England, Frankreich, Italien und die skandinavischen Länder wenden, wahrscheinlich im Zusammenwirken mit Nordafrika, Osteuropa und Rußland. Eine hauptsächliche amerikanisch-deutsche Teilnahme an der MLF könnte das Ende der NATO und aller Arten vernünftiger Zusammenarbeit der westlichen Länder bedeuten. Neue politische und wirtschaftliche Gruppierungen würden aufgrund der Übereinstimmung entstehen, daß eine deutsche Atomstreitmacht für viele Länder eine Bedrohung darstellt.

Die neuen politischen Gruppierungen würden einen der angeblichen militärischen Hauptvorteile der neuen Streitmacht zunichte machen: daß diese in vielen Meeren operieren und viele Häfen als Heimathäfen benützen könne. Welche Häfen im Mittelmeer wären zum Beispiel zur Benützung durch eine deutsche Atomstreitmacht offen?

Im Atomzeitalter erfordert die Sicherheit des Menschen die Beschränkung und Verkleinerung der Anzahl der Atomwaffen und die Kontrolle über diese, so wie das von den Präsidenten der Vereinigten Staaten des öfteren dargestellt wurde, nicht aber die Vermehrung der Sprengköpfe und der Atommächte. Gegen den Vorschlag, den US-Militärbefehlshabern vermehrte Verfügungsgewalt beim Einsatz von Kernwaffen im Felde zu geben, gab es eine beträchtliche Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit. Die gleiche Vorsicht, die Verfügung über die Kernwaffen zu begrenzen, rät uns, diese nicht den deutschen Kommandeuren zu überlassen.

Gleichzeitig läßt sich schwer eine wirksamere amerikanische Maßnahme denken, die geeigneter wäre, die stalinistischen Konservativen innerhalb der Regierungen der UdSSR und Osteuropas zu stärken und somit die Chancen eines Abkommens über die Détente und eine Abrüstung mit den Vereinigten Staaten zu verringern. Eine deutsche Atomstreitmacht würde intensive Furcht und Haß unter der osteuropäischen und russischen Bevölkerung erzeugen. Sie würde zu einer Vermehrung der sowjetischen Truppen in Osteuropa führen und so die osteuropäischen Hoffnungen auf größere Unabhängigkeit beschneiden.

Wenn einmal die tiefe Furcht und der Argwohn infolge der deutschen Verfügung über Kernwaffen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs erweckt sein werden, könnte dies zu einem unglücklichen Rückschlag hinsichtlich der Abrüstungsverhandlungen führen. Glaubwürdigkeit ist eines der wichtigsten — wenn auch kaum meßbaren — Elemente, das beide Seiten in den Abrstungsverhandlungen brauchen. Die sichtbare Entwicklung einer deutschen Atommacht unter amerikanischem Patronat würde der amerikanischen Glaubwürdigkeit in den Augen der Sowjets — und in denen vieler anderer Nationen ebenso — Schaden zufügen. Der Prozeß der Abrüstung würde durch das Entstehen neuer Atommächte, besonders wenn diese Ausdehnung der atomaren Potenzen noch von einem der Hauptteilnehmer der internationalen Abrüstungsverhandlungen gefördert wird, erschwert werden.

Die vorgeschlagene Atomstreitmacht würde zu einem verläßlichen politischen Störungsfaktor. Man könnte sie kaum ohne eine deutsche Zustimmung durch alleinige amerikanische Entscheidung oder eine einer Staatengruppe wieder auflösen, sobald die deutsche Regierung einmal den versprochenen ‚besonderen Einfluß ... auf die Verfügung' erhalten hat. Es ist als ob uns die Befürworter der MLF auf unabsehbare Zeit auf die nukleare Konfrontation von Ost und West festlegen wollen, ohne Rücksicht auf Veränderungen in Osteuropa oder in Westeuropa oder in der UdSSR bzw. die mögliche Bereitschaft der Sowjets, annehmbaren Bedingungen einer Abrüstung zuzustimmen.

In Beantwortung der jüngsten Sowjetnote über die MLF beanspruchte die deutsche Regierung, daß die Erwerbung nuklearer Macht ihre innere Angelegenheit sei. Man beanspruchte dieses Eigenrecht, nachdem die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich anerkannt hatten, daß man sowohl Kern- als auch andere Waffen anwenden könne. Bis jetzt hat der deutsche Staat noch keinen Hinweis gegeben, daß die Abrüstung eines seiner politischen Ziele ist.

Eine deutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen würde die innenpolitische Position der extremen deutschen Rechten (der Konservativen) stärken. Die deutsche Wiederbewaffnung war lange ihr besonderes Ziel. Die Erlangung einer deutschen Atomrüstung

würde in Deutschland als die Erfüllung des Programmes der Rechten aufgefaßt. Unausweichlich würde das politische Prestige der Faschisten innerhalb Deutschlands vergrößert.

Deutschland ist heute die stärkste Industrienation und die stärkste Militärmacht — was die konventionelle Bewaffnung betrifft — auf dem europäischen Kontinent. Die Verfügung über Atomwaffen würde der deutschen Regierung einen beträchtlich erweiterten Raum für politische Manöver geben.

Diese erweiterte Militärmacht zusammen mit der deutschen industriellen Kraft würde den Deutschen die Möglichkeit geben, politische Ziele unabhängig von den Wünschen unseres Landes zu verfolgen. Offensichtlich würde ein so ausgerüstetes Deutschland alle anderen europäischen Staaten im wirtschaftlichen und militärischen Wettlauf überschatten.

Verständlicherweise kann man erwarten, daß die deutsche Regierung ihre militärische Kapazität für einseitig deutsche politische Zwecke benützt. Der deutsche Irredentismus ist in Bonn auf Regierungsebene vertreten. Es wäre unklug für die amerikanische Politik, die Möglichkeit nicht in Betracht zu ziehen, daß man in militärische Konfrontationen mit den Sowjets verwickelt wird, die von politischen Abenteuern der westdeutschen Rechten und der Flüchtlingsgruppen ihren Ausgang nehmen.

Ein atomar bewaffnetes Deutschland bedeutet, daß die Vereinigten Staaten von Europa praktisch nicht mehr in Frage kommen, es sei denn auf Grund deutscher Bedingungen.

Ich bin mir der westdeutschen Verhandlungsstärke bewußt, die darin besteht, daß sie ungefähr 30 % der Ansprüche auf die Goldreserven der Vereinigten Staaten in ihrem Besitz weiß. Diese Anhäufung von Rechten auf das Gold der Vereinigten Staaten wurde durch die massiven Militärausgaben der Vereinigten Staaten in Westdeutschland verursacht, die nur zu einem Bruchteil durch deutsche Waffenkäufe ausgeglichen wurden. Die Überlassung von Verfügungsgewalt über Atomwaffen ist nicht der Weg, dieses Problem zu lösen. Tatsächlich würde sie Deutschland noch mehr Macht über die Entscheidungen der Vereinigten Staaten geben. Sie würde es der deutschen Regierung ebenfalls ermöglichen, selbst als Unterzeichner des atomaren Teststopp-Vertrags, Kernwaffen zu erwerben.

Ebensowenig würde der Verkauf von Kernwaffen an Deutschland ein richtiger Weg sein, das Problem unseres Zahlungsausgleichs zu lösen. Das fehlende Gleichgewicht der internationalen Zahlungen der Vereinigten Staaten ist in erster Linie durch unsere Dollarausgaben für militärische Zwecke im Ausland entstanden. (Wirtschaftsbericht des Präsidenten, 1962, S. 158.) Die grundsätzliche Lösung dieses Problems der Anhäufung von ausländischen Ansprüchen auf das Gold der Vereinigten Staaten liegt daher in der Begrenzung und Reduzierung der gesamten militärischen Aktivität und Ausgaben. Abrüstung und nicht neue Atomstreitkräfte ist der Schlüssel zur Frage, wie man den Dollar aus der gegenwärtigen Gefahr befreien kann.

Eine deutsche Verfügung über Atomwaffen würde den Kreis der Möglichkeiten der amerikanischen Außenpolitik beschränken. Der Plan einer deutschen Atomstreitmacht würde unsere Fähigkeit vermindern, Arrangements nach unserer Wahl und zu unserem Nutzen zu machen. Er würde die amerikanische Politik an den Argwohn und den Haß fesseln, der gegenüber der deutschen Staatsmaschine in einem großen Teil Europas herrscht.

Sie bemerken in Ihrem Brief vom 25. Juni, daß wir den MLF-Plan weiterverfolgen sollten „falls wir und unsere NATO-Alliierten darin übereinstimmen, daß dieser unserer gemeinsamen Sicherheit zum Vorteil gereichen würde". Ein solcher gemeinsamer Vorteil läßt sich schwer feststellen.

In diesem Zusammenhang kann man, angesichts der Tatsache, daß weder dem Kongreß noch der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben wurde, die Art und möglichen Folgen des vorgeschlagenen Planes kennenzulernen, nur Bestürzung empfinden ...

Die amerikanische Öffentlichkeit wird mit State Department- und Marine-Verlautbarungen und formalen Berichten beruhigt, die die MLF als einen Weg zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen hinstellen. Indessen verfolgt die deutsche Regierung diese Planung als genau den Weg um „besonderen Einfluß ... auf die Verfügung" zu erlangen, was das State Department verspricht, und also als deutsche Atomstreitmacht innerhalb des Rahmens einer deutsch-amerikanischen Allianz.

Ziemlich bestürzt bin ich über die Ermahnung, daß wir uns nicht gestatten sollten, von

der Furcht oder einer Fehleinschätzung der Lage beherrscht zu werden. Äußerste Furcht verursacht oft eine Lähmung oder einen unvernünftigen Haß. Aber Vorsicht, die zu Entscheidungen führt, nachdem umsichtig und gründlich die Alternativmöglichkeiten und ihre Auswirkungen erforscht wurden — das ist es, was sehr wünschenswert ist.

Wir müssen diese Entscheidung im Lichte einer öffentlichen Diskussion und der Abschätzung der darin enthaltenen Risiken und Gewinne treffen. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Weder übertriebene Furchtsamkeit noch äußerste Rücksichtslosigkeit sind hier am Platze. Auf Grund der vorhandenen Fakten und ihrer Beurteilung können wir die Entscheidung mit der Vorsicht herbeiführen, die dem, was auf dem Spiel steht, angemessen ist.

Welchen Profit haben die Vereinigten Staaten beim MLF-Projekt? Die Befürworter der MLF haben die militärische Seite als nicht ins Gewicht fallend oder nur von bescheidenem Vorteil beurteilt, während sie gleichzeitig behaupten, daß politische Gewinne zu erzielen seien. Eine genaue Untersuchung der wahrscheinlichen politischen Antworten auf den MLF-Plan zeigt, daß das Nachgeben gegenüber den deutschen nuklearen Ambitionen automatisch eine weitgreifende politische Feindschaft in West und Ost erzeugt. Zur selben Zeit vermehrt das MLF-Projekt das militärische Risiko, was außerordentlich schädlich sein kann. Wie würde das Verteidigungsministerium reagieren, wenn es unter dem Druck stünde, sagen wir, 25 Raketenträger des Sowjetblocks von unserer atlantischen und Golfküste zu vertreiben? Und wie würden Sie dann auf die Frage antworten: Wer begann damit zuerst und warum?

Zusammengefaßt: Der MLF-Plan verspricht eine sich verschlechternde militärische Situation, erzeugt das Aufbrechen von dem, was als westliche Allianz übriggeblieben ist, und vernichtet die Möglichkeiten einer sich entwickelnden Détente mit den Sowjets.

In meinem Brief vom 10. Juni schlug ich vor, daß man den MLF-Plan auf Eis legen möge, bis eine entsprechende Untersuchung stattgefunden hat.

Wir können das dornige Problem deutscher Atomwaffen nicht ignorieren, aber es gibt bessere Alternativen zur MLF. Es kann dies ein Punkt sein, wo wir und die Sowjets ein gemeinsames Interesse haben: nämlich darauf zu sehen, daß Deutschland keine Atommacht wird — auch nicht indirekterweise. Ist dies die Zeit, unsere Beziehungen mit den Sowjets dadurch zu verschlechtern, daß wir ihre tiefsten Befürchtungen hervorrufen oder ist dies eine Chance, Wege ausfindig zu machen, gemeinsam mit den Sowjets im gemeinsamen Interesse zu handeln, um die Verfügungsgewalt über die Kernwaffen auf unserem kleinen Planet zu beschränken?

Hochachtungsvoll
Seymour Melman

(Aus dem Amerikanischen „Blätter für deutsche und internationale Politik").

Sowjetische Stellungnahme zum MLF-Projekt

In einer Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 15. November 1964 heißt es u. a.:

Die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO in beliebiger Form stellen eine Angelegenheit dar, die durchaus nicht die Mitglieder der nordatlantischen Gruppierung allein angeht. Die Realisierung derartiger Pläne würde unumgänglich die europäische Sicherheit als Ganzes, die nationalen Interessen aller Staaten Europas, und nicht nur Europas, tangieren. Das Ergebnis wären die Ausdehnung des Atomwettrüstens und eine weitere Ausbreitung der nuklearen Waffen, der Zutritt jener Kräfte zu dieser Waffe, deren ganze Politik auf die Aufrechterhaltung der internationalen Spannungen und auf eine gewaltsame Revision der in der Welt entstandenen Lage berechnet ist. Es wäre Blindheit, nicht zu sehen, daß auf den Annäherungswegen zur Abrüstung zusätzliche, schwer zu überwindende Hindernisse auftreten würden und daß auch die mühsame Arbeit vieler Länder und Regierungen zur Gesundung der internationalen Lage und zur Festigung des Friedens untergraben würde.

Deshalb ist die Sowjetregierung entschieden gegen die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Die Regierung der UdSSR tritt konsequent für die

friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichem sozialem System, für Zusammenarbeit zwischen den Ländern zur friedlichen Regelung ungelöster internationaler Probleme, für die Einstellung des Wettrüstens, für das Verbot und die Vernichtung von Raketen- und nuklearen Waffen ein. Sie hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, ein internationales Abkommen zu treffen, um eine weitere Verbreitung der Kernwaffe zu verhüten, ob es durch deren Übergabe in den nationalen Besitz der nicht über Kernwaffen verfügenden Staaten oder auf der Linie militärischer Bündnisse sei. Ein solches Abkommen würde den Belangen aller Völker, den Interessen der Festigung des Weltfriedens entsprechen ...

Es ist kein Geheimnis, daß die meisten Staaten deutlich die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht verurteilen oder mit Besorgnis verfolgen. Sogar innerhalb des nordatlantischen Blocks befinden sich die Anhänger solcher Pläne offensichtlich in der Minderheit. Auf die Verwirklichung dieser Pläne drängen faktisch nur die USA und die Bundesrepublik Deutschland, wobei sie ihre Absichten als die Absichten der gesamten NATO hinstellen und die Erweiterung der thermonuklearen militärischen Vorbereitungen als Maßnahmen ausgeben, die zur Verteidigung der NATO getroffen werden ...

Die Schaffung einer multilateralen Atomflotte der NATO könnte auch nicht um ein Jota das in der Welt bestehende Kräfteverhältnis verändern, und wenn irgend jemand in Westdeutschland etwas anderes annimmt, so sind diese Berechnungen auf Sand gebaut. Die Gefahren für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt bestehen nur darin, daß über den Mechanismus einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht die revanchistischen und militaristischen Kreise Westdeutschlands Zutritt zur Kernwaffe bekämen, die mit dem Besitz der Kernwaffe direkt die Verwirklichung ihrer Pläne zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges verknüpfen. Das Kräfteverhältnis würde sich nicht ändern, aber die internationalen Spannungen und die Möglichkeit von Provokationen seitens abenteuerlicher und militaristischer Elemente würden sich vergrößern. Und darin liegt der Kern der Dinge.

In der Absicht, ihre Pläne zu rechtfertigen, behaupten die Anhänger der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht, daß solche Streitkräfte geradezu ein Mittel zur Verhütung einer weiteren Verbreitung von nuklearen Waffen sein könnten. Derartige Erklärungen kommen jedoch der Behauptung gleich, durch die Begrenzung der Kernwaffe könnte deren immer stärkere Verbreitung erzielt werden. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht erleichtert offenkundig den westdeutschen Militaristen, die nach der Kernwaffe streben, ihre Aufgabe. Für sie ist es eine Sache, auf Biegen und Brechen durch separate Bemühungen eigene Raketen- und nukleare Streitkräfte zu schaffen, und eine andere Sache, Zutritt zur vervollkommneten Raketen- und Kernwaffe der USA mit Hilfe einer „multilateralen" NATO-Atomstreitmacht zu erlangen. Wer behauptet, es werde keine direkte Übergabe von Raketen- und nuklearen Waffen in den „nationalen Besitz" irgendeines der Teilnehmer der NATO-Atomstreitmacht erfolgen, umgeht faktisch das Wesen der Frage. Es besteht aber darin, daß auf einem solchen Wege den westdeutschen Revanchisten die Möglichkeit geboten wird, die für sie erforderlichen geheimen Angaben über die Kernwaffe und die Waffe selber aus USA-Quellen zu erhalten ...

Bestimmte Kreise in den USA suchen die Dinge so darzustellen, als seien die Pläne zur Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht darauf zurückzuführen, daß die westeuropäischen Länder nachdrücklich wünschen, Zutritt zur Kernwaffe zu erhalten. Von den 15 Mitgliedstaaten der NATO haben sich jedoch nur sieben einverstanden erklärt, versuchsweise Personal für das „multilaterale" Experimentalschiff „Rickets" (früher „Biddle") zu stellen. Mithin zeigt es sich, daß in Wirklichkeit sich die Mehrheit der westeuropäischen Mitgliedsländer der NATO gegenüber derartigen Plänen entweder reserviert oder ablehnend verhält. Im Grunde genommen drängt nur Westdeutschland von Anfang an bis zum heutigen Tage in jeder Weise auf die Verwirklichung dieser Idee.

Worin liegt nun die Erklärung dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland bestrebt und bereit ist, ein Drittel aller Ausgaben für die Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht zu bezahlen? Die ganze Sache ist die, daß die militaristischen Kreise in der Bundesrepublik Deutschland auf diese riesigen Aufwendungen eingehen, um den Schlüssel zu den Kernwaffenarsenalen zu erkaufen. Jedenfalls denken, ja sie sprechen auch unverhohlen so, sogar wenn man in Washington und in anderen westlichen Hauptstädten etwas anderes erhofft.

Die Geschichte kennt nicht wenige Beispiele dafür, wie die deutschen militaristischen Kreise immer neue Zugeständnisse von den Westmächten erreichten. Fast jede zusätzliche Forderung wurde als die letzte hingestellt, aber es gab keinen Fall, wo sie tatsächlich die letzte geblieben wäre. Zugeständnisse an den abenteuerlichen deutschen Militarismus haben seinen Appetit niemals gestillt. In dem Maße, in dem sich im Arsenal der Bundeswehr Waffen anhäufen, wird auch das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Verpflichtungen, zu den internationalen Abkommen, sogar gegenüber den eigenen Verbündeten in den Militärblöcken jetzt immer ungenierter, und die Ansprüche steigen.

Nein, wer darauf rechnet, daß sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Beteiligung an einer multilateralen NATO-Atomflotte zufriedengeben und nicht noch mehr wollen wird, der macht sich Illusionen und befaßt sich faktisch mit der Täuschung der Völker. Schon heute wird in der Bundesrepublik Deutschland unverblümt erklärt, daß die multilaterale NATO-Atomflotte von Westdeutschland nur als erste Etappe im Programm der Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen- und nuklearen Waffen betrachtet werden kann. Kaum hatten sich westdeutsche Offiziere und Matrosen an Bord des „multilateralen" Schiffes „Rickets" begeben, als man in Bonn für alle vernehmbar von der Notwendigkeit der Aufhebung des USA-Vetos, von Beschlußfassungen über den Einsatz der NATO-Atomflotte mit einfacher Stimmenmehrheit zu sprechen begann. Und was bedeutet der Einsatz einer mit strategischen Kernwaffen bestückten Flotte? Das ist Krieg. Deswegen also ist der westdeutsche Militarismus bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Das ist das Recht, das er sich durch die Beteiligung an der multilateralen NATO-Atomstreitmacht erkaufen will!

Die westdeutschen Militaristen versuchen ihre Ziele durch Erpressung und Drohungen zu erreichen. Die multilaterale Atomstreitmacht sehen sie als ein geeignetes Mittel an, um ihre Verbündeten in die Abenteuer, die sie aushecken, hineinzuziehen, das militärische Potential der NATO für ihre eigenen Ziele zu benutzen. Die Bonner Revanchisten stellen bereits das neueste Modell des USA-Jagdbombers, „F-104", her. Die Betriebe der Bundesrepublik Deutschland produzieren bereits mehrere Arten von Raketenwaffen auf der Grundlage der von den USA erhaltenen Dokumentation. Und mit Hilfe der multilateralen Atomstreitmacht möchten die westdeutschen Militaristen Zutritt zu der neuesten Kerntechnik, zu den Geheimnissen der Kernwaffenerzeugung erlangen. Bei dem jetzigen Stand der Wissenschaft und der Produktion würde es der Bundesrepublik Deutschland keine große Mühe kosten, auch eigene Kernwaffen zu erzeugen. Dafür brauchten die westdeutschen Militaristen nicht mal Versuche mit der Kernwaffe anzustellen — sie ist bereits auf amerikanischem Versuchsgelände restlos getestet.

Faktisch hat die Bundesrepublik Deutschland die Vorbereitungen zur Aufkündigung der letzten Beschränkungen im militärischen Bereich begonnen. Offizielle Bonner Persönlichkeiten erklären, daß die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus der Kapitulation Hitlerdeutschlands im Jahre 1945 ergeben, ihre Geltung verloren hätten, und daß das Auftreten der friedliebenden Staaten in Fragen, die mit den widerrechtlichen Versuchen der Bundeswehr zusammenhängen, Raketen- und nukleare Waffen zu erlangen, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland darstelle.

Die Einhaltung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gemäß den internationalen Abkommen, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches abgeschlossen worden sind, — ist keineswegs eine innere Angelegenheit Westdeutschlands. Keinerlei Verträge, die von der Bundesrepublik Deutschland unter Verletzung oder Umgehung des Potsdamer Abkommens oder der anderen Nachkriegsabkommen der Alliierten unterzeichnet wurden oder unterzeichnet werden können, entheben die Westmächte oder die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verantwortlichkeit und ihrer Verpflichtungen und schmälern in keiner Weise die Rechte, welche die Staaten der Anti-Hitler-Koalition diesen Abkommen entsprechend besitzen.

Die Regierung der Sowjetunion als der Großmacht, die die Hauptlast des Kampfes gegen Hitlerdeutschland trug, und dessen bedingungslose Kapitulation entgegennahm, hat auf ihre in internationalen Abkommen niedergelegten Rechte und Pflichten nicht verzichtet und beabsichtigt nicht, dies zu tun. Bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird der militärisches Status der Bundesrepublik Deutlschland eben von den Nachkriegsabkommen der Alliierten bestimmt, die im Verlaufe des Krieges und nach dem Kriege getroffen worden sind ...

In den führenden Kreisen der UdSSR wird erklärt, daß die Sowjetunion auch weiterhin aufmerksam diese gefährlichen Pläne verfolgen, erforderlichenfalls zusammen mit ihren Verbündeten die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen und entsprechende Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheit und der Sicherheit ihrer Freunde und Verbündeten treffen wird.

Offener Brief zur Frage der deutsch-israelischen Beziehungen

An den: Herrn Bundestagspräsidenten D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Herrn Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard, Herrn Bundesminister Dr. Gerhard Schröder. — An die: Herrn Mitglieder des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident!
Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!
Sehr verehrter Herr Bundesminister!
Sehr geehrte Herren Abgeordnete!

Die unterzeichneten Hochschullehrer wenden sich an Sie in einer Angelegenheit, die sie mehr und mehr mit großer Sorge erfüllt. Es handelt sich um die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und dem Staate Israel, damit also auch um das Verhältnis zwischen dem deutschen Volke und dem jüdischen Volk. Diese Beziehungen werden gegenwärtig, wie allgemein bekannt, durch zwei Tatsachen belastet: die immer noch ausstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staate Israel und die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler und Techniker, sowie deutscher Firmen bei der Herstellung von modernen Angriffswaffen für die Verwirklichung der von ägyptischer Seite immer wieder ausgesprochenen Vernichtungsdrohungen gegen Israel. Alle bisherigen Bemühungen, nach den furchtbaren Verfolgungen des europäischen Judentums durch den Nationalsozialismus, die im Namen unseres Volkes geschehen sind, ein neues positives Verhältnis zwischen den Deutschen und den Juden herzustellen, sind damit aufs tiefste gefährdet. Daß das heutige Deutschland mit dem Geiste der Hitlerzeit gebrochen hat, wird dieser beiden Tatsachen wegen für die israelische Bevölkerung in zunehmendem Maße fragwürdig. Aber auch bei unserer deutschen Bevölkerung muß sich die Diskrepanz zwischen Worten und Taten als Hemmnis in einer Umbesinnung gegenüber dem Judentum und als Förderung antisemitischer Einstellung auswirken.

Weil im Jahre 1952 beim Abschluß des Vertrages über die Reparationslieferungen der Bundesrepublik an Israel, den wir als großes Verdienst der Bundesregierung dankbar anerkennen, die diplomatischen Beziehungen wegen der verständlichen Abneigung eines großen Teiles der israelischen Bevölkerung noch nicht aufgenommen werden konnten, hat Bundeskanzler Adenauer beim Abschluß des Vertrages erklärt, die völlige Normalisierung der Beziehungen müsse der heilsamen Kraft der Zeit überlassen werden, die Bundesregierung werde aber, sobald Israel die Zeit für gekommen halte, die entgegengestreckte Hand ergreifen. Es ist bekannt, daß Israel heute zu dieser Normalisierung bereit ist, ja sie wünscht, Daß ein Staat, dessen Menschen von Menschen unseres Volkes so Entsetzliches erfahren haben, normale Beziehungen zu uns wünscht, daß wir aber diesen Wunsch nicht erfüllen, ist ein Zustand, der jedem Deutschen aus Gründen der Moral und der Ehre, aber auch aus politischen Gründen unerträglich sein muß.

Die Bedenken der Bundesregierung gegen einen jetzigen Botschafteraustausch mit Israel sind uns ebenso bekannt wie die Schwierigkeiten eines wirksamen Vorgehens gegen die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler, Techniker und Firmen in der ägyptischen Rüstung. Wir sind aber der Meinung, daß die Bundesregierung sich nicht länger mit diesen Hindernissen abfinden darf. Es muß und kann versucht werden, der befürchteten Anerkennung der Ost-Berliner Regierung durch die arabischen Staaten als Reaktion auf diplomatische Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel durch Einsatz wirtschaftlicher und politischer Argumente bei den arabischen Staaten vorzubauen. Jedenfalls muß die Bundesregierung deutlich zu erkennen geben, daß sie den gegenwärtigen Zustand für so unwürdig und unerträglich hält, wie er ist, und daß sie deshalb alles daran setzt, ihn in möglichst kurzer Zeit zu beendigen.

Wer einem Staate normale diplomatische Beziehungen verweigert, stellt damit dessen Existenzrecht und Bestand in Frage oder schließt sich denen an, die dies tun. Außer den arabischen Staaten ist die Bundesrepublik (abgesehen von Ost-Berlin und Rotchina) der einzige Staat auf der Erde, der Israel normale Anerkennung verweigert. Umgekehrt berücksichtigt aber die israelische Regierung die Interessen der Politik der Bundesregierung, indem sie eine Anerkennung seitens der Ost-Berliner Regierung nicht anstrebt. Wenn nun zu dieser Situation hinzukommt, daß deutsche Firmen und Einzelpersonen zur Verwirklichung der arabischen Vernichtungsdrohungen gegen Israel beitragen, ohne daß dem eine wirksame Mißbilligung und Hinderung von offizieller deutscher Seite entgegen steht, so kann das in Israel und sonst in der Welt nur den Eindruck hervorrufen, daß die Bundesrepublik im Widerspruch zu allen Beteuerungen für die Araber und gegen Israel Partei ergreift, daß also wiederum die Vernichtung von Juden mit deutscher Unterstützung geplant und betrieben wird. Wir dürfen aber der Schande, mit der Hitler und die Seinen unser Volk bedeckt haben, nicht durch unsere eigenen Entscheidungen neue Schande hinzufügen.

Mit einer Beendigung dieses unmöglichen Zustandes würde die Bundesregierung keineswegs einseitig gegen die arabischen Staaten Partei ergreifen; sie würde vielmehr durch die Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel einen Beitrag zur Normalisierung der Verhältnisse im Nahen Osten leisten.

Wir bitten Sie, sehr verehrte Herren, diese unsere Sorge in Ihre Erwägungen aufzunehmen und den jetzigen Zustand baldmöglichst zu beenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Prof. Dr. Helmut Arndt-Berlin — Prof. Dr. Max Born-Bad Pyrmont — Prof. Dr. Hans Braun-Bonn — Prof. Dr. Martin Drath-Karlsruhe — Prof. Dr. Karl Freudenberg-Heidelberg — Prof. D. Helmut Gollwitzer-Berlin — Prof. Dr. Gustav Heckmann-Hannover — Prof. Dr. Hermann Heimpel-Göttingen — Prof. Dr. Uvo Hoelscher-Heidelberg — Prof. Dr. Werner Kliefoth-Kiel — Prof. Dr. Alfred Marchionini-München — Prof. Dr. Rolf Rendtorff-Heidelberg — Prof. Dr. Kurt Sontheimer-Berlin — Prof. Dr. Wilhelm Weischedel-Berlin.

Telegramm der Referenten des Stuttgarter Öffentlichen Forums zur Notstandsgesetzgebung an den SPD-Parteitag in Karlsruhe

Herrn Regierenden Bürgermeister Brandt, z. Z. SPD-Parteitag in Karlsruhe, Schwarzwaldhalle!

Die überwältigende Mehrheit der über 750 Teilnehmer einer Öffentlichen Forum-Diskussion „Freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Notstandsgesetze" am 22. November 1964 in der Stuttgarter Liederhalle beauftragten die Unterzeichner, sich an den Parteitag der SPD zu wenden.

Die Unterzeichner stellen mit Befriedigung fest, daß die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag durch ihr bisheriges Verhalten die Absicht der Bundesregierung verhindert hat, eine Notstandsgesetzgebung durchzusetzen, mit der das Grundgesetz in seinem Wesensgehalt verfälscht worden wäre. Die hohe Verantwortung, die gerade in dieser Frage auf der SPD lastet, sollte ihr Anlaß sein, gerade vor der Bundestagswahl 1965, treu ihrer demokratischen Tradition jede Notstandsgesetzgebung abzulehnen, die schon in Friedenszeiten die Möglichkeit einer alle Gebiete unseres Lebens umfassenden Mobilisierung, bis zu ihrer totalen Form hin, bietet, und die damit also präfaschistische Zustände schaffen kann.

Die versammelten Bürger stimmen darin überein, daß sie ihre Stimme in der kommenden Bundestagswahl einer Partei geben wollen, die die Garantie gibt, daß die Grundrechte und die Form unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens nicht durch eine Notstandsgesetzgebung aufgehoben werden kann, auch nicht durch die Hintertür der sogenannten nicht-verfassungsändernden Notstandsgesetze.

Pfarrer Rudolf Daur, Stuttgart — Dr. Helmut Lindemann, Lindau — Prof. Dr. jur. Werner Maihofer, Saarbrücken — Manfred Pahl-Rugenstein, Köln — Olaf Radke, MdL, Frankfurt — Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen — Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn — Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München.

Bemerkungen

Dr. Ernest L. M o s s stammt aus Hamburg. Als politisch und rassisch Verfolgter mußte er nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus nach USA emigrieren. Er war lange Jahre UNO-Korrespondent amerikanischer und deutscher Zeitungen. Seit 1957 lebt er in der Bundesrepublik und ist als freier Publizist wie auch in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig.

Michail W o s s l e n s k i ist Kandidat der Geschichtswissenschaften am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

In der Reihe
»Stimmen zur Zeit«
erscheint soeben:

Günther Anders

DIE TOTEN

Rede über
die drei Weltkriege

56 Seiten glanzkart. DM 3.50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Benjele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Altaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragnar Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Hellmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johann Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Marvyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gotteradorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Martin Pakozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Resch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Scholtlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schwalgart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sparber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steega
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Dr. Ernest L. M o s s stammt aus Hamburg. Als politisch und rassisch Verfolgter mußte er nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus nach USA emigrieren. Er war lange Jahre UNO-Korrespondent amerikanischer und deutscher Zeitungen. Seit 1957 lebt er in der Bundesrepublik und ist als freier Publizist wie auch in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig.

Michail W o s s l e n s k i ist Kandidat der Geschichtswissenschaften am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

In der Reihe
»Stimmen zur Zeit«
erscheint soeben:

Günther Anders

DIE TOTEN

Rede über
die drei Weltkriege

56 Seiten glanzkart. DM 3.50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Benjele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.